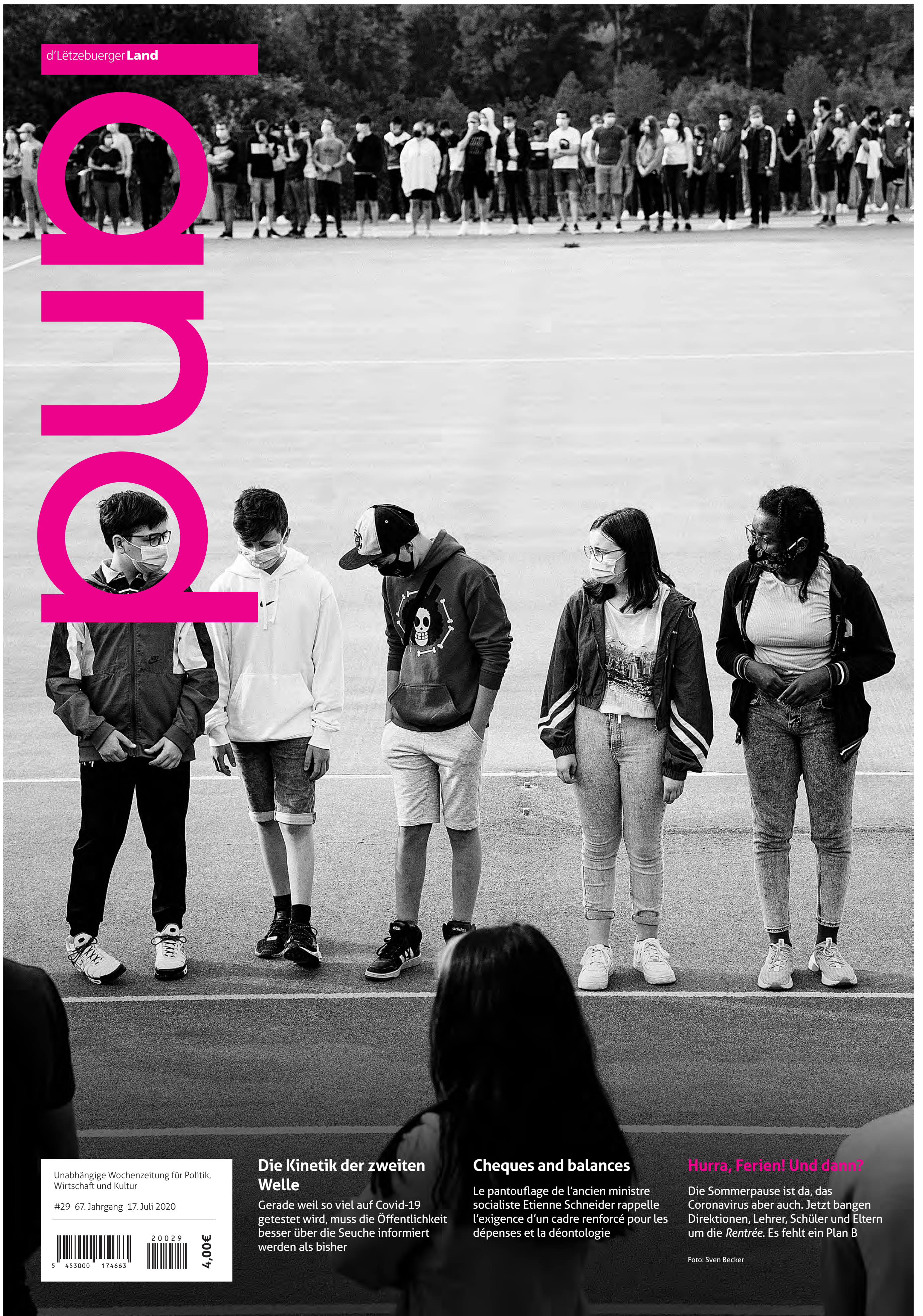




Unabhängige Wochenzeitung für Politik,  
Wirtschaft und Kultur

#29 67. Jahrgang 17. Juli 2020



5 453000 174663



4,00€

## Die Kinetik der zweiten Welle

Gerade weil so viel auf Covid-19 getestet wird, muss die Öffentlichkeit besser über die Seuche informiert werden als bisher

## Cheques and balances

Le pantouflage de l'ancien ministre socialiste Etienne Schneider rappelle l'exigence d'un cadre renforcé pour les dépenses et la déontologie

## Hurra, Ferien! Und dann?

Die Sommerpause ist da, das Coronavirus aber auch. Jetzt bangen Direktionen, Lehrer, Schüler und Eltern um die *Rentrée*. Es fehlt ein Plan B

Foto: Sven Becker



Gerade weil so viel auf Covid-19 getestet wird, muss die Öffentlichkeit besser über die Seuche informiert werden als bisher

# Die Kinetik der zweiten Welle

Peter Feist

Nur einen guten Monat hat es gedauert, und Luxemburg stürzte vom Vorbild zum Paria ab. Am 9. Juni hatte *Le Monde* das Großherzogtum als „laboratoire d'une gestion efficace du coronavirus“ gelobt. Doch dann erklärte vergangene Woche Belgien das Nachbarland zur „Zone orange“, gegenüber der eine „vigilance accrue“ geboten sei, und Dänemark setzte Luxemburg auf die Liste der „banned countries“. Die baltischen Länder verlangen von hier Einreisenden zwei Wochen Quarantäne ab, Norwegen auch. Besonders wehtut, dass

seit Montag dieser Woche Luxemburg auf der Corona-Karte des deutschen Robert-Koch-Instituts als kleine rote Insel inmitten des großen Europas auftaucht: Kein anderes Land hat mehr als 50 Neuinfektionen auf 100 000 Einwohner im Sieben-Tage-Schnitt, was zur Einstufung als „Risikogebiet“ durch die oberste deutsche Seuchenschutzbehörde führte und zu einer Reisewarnung durch das Außenministerium in Berlin. Damit ist nicht nur erst einmal wieder Schluss mit Einkaufsausflügen nach Trier. Luxemburg hatte mit seiner Corona-

Strategie auch mindestens genauso gut, wenn nicht besser sein wollen als Deutschland.

Entsprechend groß ist die Aufregung in der Regierung. Auch wenn der deutsche Innenminister, der im März die Grenzen schloss, erklärt hat, das nicht wiederholen zu wollen – was auch die Landesregierungen von Saarland und Rheinland-Pfalz aufatmen lässt. Schließlich will niemand, dass es erneut so kommt, wie damals; nicht zuletzt der Wirtschaft wegen. Die Handelskammer Trier sorgt sich über ausbleibende Luxemburger Einkaufstouristen, die nun auf Verlangen einen negativen Corona-Test vorweisen müssen, der nicht älter ist als 48 Stunden.

Die Luxemburger Regierung suchte schon vergangene Woche nach geeigneten Erklärungen gegenüber dem Ausland, aber auch gegenüber ihren Bürgern, die ihre Ferienpläne in Gefahr sehen. Ob die Regierung ihre „Partner“ über die „spezifische Situation“ des Landes informiert habe, erkundigten sich vergangenen Freitagvormittag die LSAP-Abgeordneten Yves Cruchten und Mars Di Bartolomeo mit einer dringenden parlamentarischen Anfrage bei LSAP-Außenminister Jean Asselborn. Weil doch, meinten sie, das „Large-scale testing“, das seit Anfang Juni auf Initiative des Luxembourg Institute of Health läuft, die hohen Zahlen „erklärt“. Am Freitagabend sagte Asselborn im „Owesjournal“ von RTL, „wir wehren uns dagegen“, und „unsere Zahlen sind einfach deshalb so hoch, weil wir so viel testen“.

Doch „einfach deshalb“ sind die Zahlen nicht so hoch. Jedenfalls nicht, wenn man LSAP-Gesundheitsministerin Paulette Lenert glaubt, die es immerhin wissen muss. Vergangenen Freitagnachmittag, Stunden vor Asselborns RTL-Interview, bilanzierte sie, von den 289 Covid-positiven Laborresultaten, die es innerhalb einer Woche gab, gingen zwölf Prozent auf die Massentests zurück, die große Mehrzahl auf ärztlich verschriebene Routinetests. Als sie am Mittwoch dieser Woche mit Premier Xavier Bettel (DP) vor die Presse trat, konnte sie den Gesamtstand seit Einführung der landesweiten Großtests an den 17 Stationen mit-

teilen. Mit 15 Prozent Anteil „erklärt“ das *Large-scale testing* die hohen Zahlen aber nicht besser.

Und so rudert die Regierung zwischen Argumenten, die an Donald Trump erinnern, und dem Eingeständnis, dass die Infektionslage nicht gut ist. Der Sieben-Tage-Schnitt der Neuinfektionen betrug am Dienstag 64. Anfang Juni lag er im einstelligen Bereich. Die Zahl der aktiven Infektionen war am Dienstag mit 764 mehr als 30 Mal so hoch wie im Juni vor Aufhebung des Notstands, als sie um die 25 oszillierte.

Die Auffassungen, wie schlimm das ist, sind nicht ganz einheitlich. Jean-Claude Schmit, Chef des Gesundheitsamts und Virologe, sagte dem *Land* am Mittwoch, nachdem am Vortag 100 neue Infektionen gezählt worden waren: „Ich bleibe optimistisch, dass wir das Geschehen im Griff behalten“. Verglichen mit dem Ausbruch im März sei „die Kinetik der Kurve eine andere“. Damals habe es einen „exponentielleren“ Zuwachs gegeben. Das zeige sich im Mittel über jeweils sieben Tage. So ähnlich drückte sich später auch der Premier aus: „Bisher ist der Anstieg linear. Die Zahlen sind hoch, aber der Anstieg ist linear.“ Den „Luxemburger Kontext“ werde er beim bevorstehenden EU-Gipfel erklären. Sämtliche Regierungsmitglieder täten das gegenüber ihren Amtskolleg/innen ebenfalls.

Doch zur Regierungsratssitzung am Mittwoch hatten die Modellierer der Taskforce Research Luxembourg der Regierung eine aktualisierte Simulation vorgelegt. Ihr zufolge klang die „erste Welle“ bis zum 25. Juni ab. Aber betrachte man, so die Modellierer, die Entwicklung seither und bis Mitte dieser Woche, dann weiche schon seit vergangener Woche die Entwicklung von einem „linearen“ Trend ab. Der Anstieg sei „zwar langsamer als Anfang März“, jedoch „eine recht klare Indikation einer zweiten Welle“.

Zweite Welle – das ist ein Begriff, den niemand mag. Die Regierung nicht, die einen erneuten *Lockdown* unbedingt vermeiden will. Die DP vielleicht insbesondere nicht, denn sie hält sich gern im Alles-wird-gut-Modus auf. Die Bürgerinnen und Bürger natürlich auch nicht, denn die Schulferien sind da, doch Xavier Bettel kündigte an, je nach Zahlenlage rufe er am Sonntag womöglich den Regierungsrat zusammen, damit der „weitere Schritte berät“. Ausgeschlossen ist es ja nicht, dass sich ein zweiter Ausbruch aufbaut. Der Direktor des Gesundheitsamts sagt, die neuen Infektionen würden sowohl in „Clustern“ gefunden – wobei sie bei mindestens drei Personen miteinander zusammenhängen –, als auch „sporadisch“ übers Land verteilt. Dass die Infektionen sich „schon in der Gesamtbevölkerung bemerkbar machen und nicht nur von Clustern getrieben werden“, ist für die Modellierer der Forscher-Taskforce ein weiteres wichtiges Indiz dafür, dass schon „von einer allgemeinen zweiten Welle“ auszugehen sei.

Die Frage ist natürlich, was daraus folgt. Dass sich, wenn ein Virus umgeht, Menschen anstecken, liegt auf der Hand, sofern man ihnen nicht *Bleift doheim!* befiehlt. Potenziell ist Luxemburg ähnlich gefährdet wie im März, denn ausschlaggebend ist weniger die Zahl neuer Fälle als die Beanspruchung von Krankenhausbetten und Intensivplätzen, weil die personalintensiv sind. Und



Gesundheitsministerin und Premier auf dem Weg zum und während des Corona-Briefings am Mittwoch

**„Die Zahlen sind hoch, aber der Anstieg ist linear“, betonte der Premier am Mittwoch. Für die Forscher-Taskforce ist er dagegen exponentiell genug, dass sie von einer „zweiten Welle“ spricht**





Dieser Tage im Zentrum von Luxemburg-Stadt. Nicht alle tragen auch an der frischen Luft eine Maske, doch darunter sind Jüngere wie Ältere

ob die Sanitätsinspektion im Gesundheitsamt mit dem *Contact tracing* Infizierter nicht überfordert wird, denn das ist ebenfalls personalintensiv. Je 2 000 Kontakte seien in den beiden letzten Wochen nachzuverfolgen gewesen, sagte Paulette Lenert am Mittwoch. Das sei gerade zu schaffen gewesen, da sei bis in die Nacht telefoniert worden.

In den Krankenhäusern ist die Lage noch eine andere als im März. Im CHL, das mit dem nationalen Dienst für Infektionskrankheiten Covid-Patienten als erstes Spital empfängt, wurden seit Anfang Juli 25 stationär eingewiesen, erklärt Generaldirektor Romain Nati. Zwölf konnten wieder entlassen werden. Nati möchte über eine zweite Welle nicht spekulieren. „Die Patienten sind bisher jünger. Aber das war in der ersten Welle zunächst auch so, da brachten viele Skitouristen das Virus mit. Das waren keine Achtzigjährigen. Die kamen später.“ Covid-Intensivpatienten betreut das CHL zurzeit zwei. „Erfahrungsgemäß müssen immer mal Patienten auf die Intensivstation“, sagt der Direktor, der das offenbar nicht überbewerten will. Jedenfalls momentan nicht. Mit der Gesundheitsministerin haben Krankenhausverband und Ärztesverband einen Vier-Stufen-Plan abgemacht. Nur in der allergrößten Not sollen die Klinikaktivitäten auf das Allernötigste zurückgeschraubt werden wie Mitte März.

Mit Blick auf die Schwere der Erkrankungen sieht auch der Gesundheitsamtschef im Moment keinen Grund zu großer Sorge. „Zurzeit infizieren sich vor allem Jüngere. Der Altersschnitt liegt bei 34 Jahren, in der ersten Welle lag er bei 45 bis 46.“ Man könne zwar sagen, dass über kurz oder lang auch Ältere angesteckt würden. „Aber von denen, die wir in letzter Zeit in Hausquarantäne geschickt haben, sind nur fünf Prozent älter als 60. Das sind relativ wenige.“ Und wenngleich Jüngere Risikofaktoren haben könnten, sei das „selten“. Verstorben sei in Luxemburg seit Beginn der Epidemie nur ein Patient in den Fünfzigern.

Solche Feststellungen haben Gewicht, wenn es darum geht, eine Politik für die „zweite Welle“ zu entwerfen. Das geschieht auch schon, die Krisenzelle im Gesundheitsministerium wurde reaktiviert. Doch die parlamentarische Opposition warf der Regierung am Mittwoch in einer von CSV,

ADR, déi Lénk und Piratenpartei gemeinsam abgehaltenen Pressekonferenz vor, noch immer „wie im Notstand“ zu agieren. Die Abgeordneten beschwerten sich, Modellierungen der Wissenschaftler-Taskforce spät zu erhalten, wichtige Informationen der Presse entnehmen zu müssen. Der Lénk-Abgeordnete Marc Baum bemerkte, es gebe Gerüchte, nach denen es Infektions-Cluster in Schwarzarbeiter-Unterkünften gab, wo viele auf engem Raum zusammenwohnen, sowie bei „Partys von Baulöwen“. Sollte das stimmen, sei eine Infektion mit dem Coronavirus eine „Klassenfrage“. Der ADR-Abgeordnete Gast Gybérien prophezeite: „Wenn die Regierung uns weiter Informationen vorenthält, macht sie sich verantwortlich für alles, was die Gerüchteküche künftig hergibt.“

Das ist nicht nur politisches Spiel. Denn nicht nur die Abgeordneten brauchen Informationen, um Entscheidungen zu fällen. Um die Entscheidungen verstehen zu können, brauchen auch die Bürgerinnen und Bürger Informationen. Damit tut die Regierung sich schwer, seit am 29. Februar der erste Covid-Fall registriert wurde. Nur nach einigem Überlegen rang die Gesundheitsministerin sich damals zur Auskunft durch, es handle sich „um eine Person in den Vierzigern“. Mehr könne sie wegen des Datenschutzes nicht sagen. Aber seitdem wurden immer wieder Informationen wegen des Datenschutzes oder der ärztlichen Schweigepflicht nicht publik gemacht. Dabei geht es gar nicht darum, Namen zu nennen oder im kleinen Land ihr Erraten möglich zu machen. Sondern um Transparenz zum Infektionsgeschehen, und um Erklärungen von offizieller Seite, auf welche Weise es wo zu Ansteckungen gekommen ist.

Das kann sogar wichtig sein für das für die Regierung so „strategische“ *Large-scale testing*: Der Virologe und Seuchenforscher Claude P. Muller zum

Beispiel würde es für sehr wichtig halten zu erläutern, „wie viele Covid-Positive durch das *Contact tracing* von Personen gefunden wurden, die beim *Large-scale testing* Covid-positiv waren“. Denn die Massentests stehen auf zwei Beinen: Einerseits werden Infizierte direkt entdeckt, andererseits werden durch Nachverfolgung ihrer Kontakte zusätzliche Covid-Positive gefunden und in Quarantäne geschickt. „Diese Information könnte eine zusätzliche Motivation sein, um am *Large-scale testing* teilzunehmen“, findet Muller. Wichtig wäre auch zu wissen, wieviele Personen, die an den Großtests teilnahmen, tatsächlich keine Symptome hatten oder nur leichte und in diesem Fall welche. „Das würde die Bereitschaft von Personen mit geringen Symptomen erhöhen, sich testen zu lassen.“

Noch aber sind diese Informationen im Gesundheitsministerium nicht aufgeschlüsselt. Ähnlich wie andere „noch nicht aufgearbeitet sind“, wie Paulette Lenert vergangenen Freitag einräumte und es am Mittwoch wiederholte und um Verständnis bat. Doch die Erfahrung lehrt, dass der Ministerin Informationen auch immer wieder abgerungen werden müssen. Ob für sie nicht doch noch immer gilt wie zu Beginn der Krise: „Wir geben nur heraus, was nötig ist, und wenn etwas geleakt wird, ist es eben so“, bleibt noch zu zeigen. Dabei hat die Regierung kaum eine Alternative zu mehr Transparenz: Bleibt Sars-CoV-2 in Umlauf, lässt es sich nicht allein mit Vorschriften bekämpfen. Dann sind intelligente Ansätze nötig, um mit dem Virus zu leben, und die müssen verstanden werden. Alles andere infantilisiert die Menschen.

Und wie die Statistik des *Large-scale testing* bisher zeigt, wächst die Teilnahme daran zwar und lag vor einer Woche bei über 50 Prozent, wie die Taskforce mitteilte. Dem Entwurf für ein Gesetz, durch das eine „zweite Phase“ ab 1. September

**Noch ist die Teilnahme an dem so strategischen *Large-scale testing* nicht hoch. Bis zum 6. Juli lag sie nur bei 17,5 Prozent. Den Bürger/innen müsse besser verständlich gemacht werden, dass die Tests funktionieren, findet der Virologe Claude P. Muller**

und bis ins nächste Jahr hinein mit 60 Millionen Euro aus der Staatskasse finanziert werden soll, ist aber zu entnehmen, dass sie seit Beginn der Tests und bis zum 6. Juli nur 17,5 Prozent betrug. Der Motivenbericht zum Gesetzentwurf nennt die Tests nicht nur wichtig, sondern „kritisch“ für die nächsten Monate. Garantiert werden soll ein „kontinuierliches Monitoring“ der Bevölkerung.

Ganz einfach ist es natürlich nicht, in einem kleinen Land wie Luxemburg für mehr Corona-Transparenz zu sorgen. Das zeigte sich bei den Diskussionen von Gesundheitsministerium und Innenministerium mit den Gemeinden und ihrem Verband Syvicol. Die Gemeinden sollen stärker in den Seuchenschutz eingebunden werden. Der frühere Hochkommissar für nationale Sicherheit Frank Reimen wurde dazu Verbindungsmann zum kommunalen Sektor. Aber während die Gemeinden mehr Informationen von den Gesundheitsbehörden wollen, um gezielt intervenieren zu können, und Syvicol-Präsident Emile Eicher sagt, „bei der Kommunikation ist noch Luft nach oben“, kam die Idee, die Infektionszahlen nach Gemeinden öffentlich zu machen, bei den Bürgermeistern nicht gut an. „Was brächte es, nur zu sagen, wo es Ansteckungen gab? Man müsste sagen, wo und wie“, findet Eicher, und trifft damit durchaus einen Punkt. Doch er lässt auch durchblicken, dass schon die Karte mit den Fällen nach Kanton, die seit Mitte dieser Woche publik ist, manche Gemeinden problematisch finden. „Das kann man verstehen wie Hinweise, wo es sicher ist.“ Ganz unrecht hat Eicher mit seinen Bedenken vermutlich nicht: Je länger Luxemburg auf Schwarzen Listen bleibt oder gar auf weitere gesetzt wird, umso lauter dürften die Leute zu wissen verlangen, wer ihnen den Sommerurlaub verdorben hat. Die Schaffung von mehr Transparenz müsste dann unter erschwerten Bedingungen erfolgen.





Leitartikel

# Individualisierung der Schuld

Pol Schock

Da standen sie also wieder. Staatsminister Xavier Bettel und Gesundheitsministerin Paulette Lenert. Wie ein Elternpaar, das seinen unerzogenen Kindern die Leviten lesen muss. Das zum wiederholten Mal mit Nachdruck die Regeln erklären muss. Das erneut mit erhobenen Zeigefinger den Rotznasen ins Gewissen reden muss und ein allerletztes Mal mahnt, bevor erneut Hausarrest und drakonische Maßnahmen drohen.

Dabei hat das Elternpaar sich natürlich nichts vorzuwerfen: Die Politik war bestens durchdacht, die Vorgaben präzise, der Weg aus der Krise klar. Aber was nützt die beste Strategie, wenn die Bürgerinnen und Bürger unfähig sind, sich daran zu halten?

Denn es sind laut Lenert und Bettel nicht die frühzeitig geöffneten Schulen, es sind nicht die Restaurants und Bars, es sind nicht die Fitnessstudios, Schwimmbäder, Großraumbüros oder Schlachthöfe, es sind auch nicht die öffentlichen Busse und Züge und schon gar nicht die scheinbar sterilen Luxair-Flugzeuge. Es hat auch nichts mit unzureichenden Informationen zu Infektionsherden, mit überforderten *Tracing*-Teams oder einer fehlenden App zu tun, aber immerhin ein wenig mit Grenzgängern

und zu eifrigem Testen. Nein, der wahre Grund, warum sich gerade eine zweite Infektionswelle in Luxemburg ausbreitet, sind Lenert und Bettel zufolge die unvorsichtigen Bürger. Sie haben versagt, waren unfähig ihren verfassungsrechtlichen Freiheiten in einer Krise gerecht zu werden, unmündig, sich ihrer Verantwortung bewusst zu werden. Denn das Virus scheut den öffentlichen Raum und verbreitet sich im Privaten – auf frivolen Partys.

Dieser plumpe Paternalismus war tatsächlich der Erklärungsversuch des Premierministers und der Gesundheitsministerin angesichts der hohen Infektionszahlen in Luxemburg. Damit schiebt die Regierung die Verantwortung vollends auf die Bevölkerung und will sich keiner Schuld bewusst sein. Das ist nicht nur von einer anmaßenden Überheblichkeit, das sät auch Zwietracht in der Gesellschaft. Nachbarn verdächtigen sich gegenseitig, hetzen sich die Staatsmacht an die Tür, in Polizeikreisen redet man von einer nie dagewesenen Denunziationswelle.

Und wer tatsächlich an Covid-19 erkrankt, wird stigmatisiert, muss sich in sozialen Medien als *#Covididiot* beschimpfen lassen, sich für frevelhaftes Verhalten und

leichtsinnige Verbreitung der Seuche schämen. Dieses Muster der sozialen Ächtung, der Individualisierung der Schuld, ist natürlich nicht neu in der Geschichte: Auch HIV-Infizierte mussten in den 1980-er-Jahren gegen ein Stigma ankämpfen.

Dieses Klima des Verdachts ist leider eine Frucht der intransparenten Informationspolitik der Regierung: Lange Zeit war unklar, wie sich das Virus in Luxemburg wieder verbreitet, Infektionsherde wurden nicht genannt, granulare Daten zurückbehalten. So konnten sich im Ungefähren Gerüchte von wilden Partys und Infektionsclustern in Flüchtlingsheimen ausbreiten. Die Regierung sah stets davon ab, die Bürger vollends aufzuklären. Frei nach dem Motto: Verunsicherte Bürger sind wache Bürger.

Aber diese Taktik schlug fehl, mittlerweile hat sich das Virus wieder in der gesamten Bevölkerung verbreitet, lässt sich kaum isolieren. Und die Nachbarländer stufen Luxemburg als Risikogebiet ein – sozusagen als nationalen *Superspreader*. Die Regierung hat sich feiern lassen, für die erfolgreiche Bekämpfung der ersten Welle. Wohl zu Recht. Doch ebenso verantwortlich ist sie für das Ausbrechen einer zweiten Welle. Sie kann sich dieser Tatsache nicht entziehen.

blog

„Das Jahr 2020 verläuft alles andere als erwünscht“, sagt DP-Fraktionspräsident Gilles Baum zu Beginn beim parlamentarischen Rückblick der Demokratischen Partei. Er erinnert an den Suizid seines Vorgängers Eugène Berger Anfang des Jahres und spricht von den schweren Herausforderungen der Corona-Krise. Dabei steht es um die DP – rein machtpolitisch betrachtet – äußerst gut. Die Liberalen verästeln ihre Macht in Ministerien und Institutionen, manche DP-Abgeordnete nehmen bereits selbst den Begriff „DP-Staat“ in den Mund. Und auch der Trend zeigt in Richtung DP. *Déi mam Bettel* haben in jüngsten TNS-Ilres-Umfragen die Koalitionspartner LSAP und Déi Gréng hinter sich gelassen und sind mit 15 hypothetischen Sitzen der CSV auf den Fersen wie zuletzt im Wahljahr 1999. Die damalige DP-Spitzenkandidatin war übrigens die ewige Bürgermeisterin der Stadt Luxemburg: Lydie Polfer. ps

Personalien

Personalie

Politik

Medien

Bildung

Soziales

## Marco Schank,

(65), CSV-Abgeordneter, früherer Umwelt- und Wohnungsbauminister und Kriminalautor zieht sich am 13. Oktober aus dem Parlament zurück. Das teilte er am Mittwoch Chamberpräsident Fernand Etgen (DP) per Schreiben mit. Schank bildete stets den ökologischen Flügel der CSV und war Anfang der 1990-er Jahre, bevor er 1994 in die CSV eintrat, als Schlichter bei der Gründung von Déi Gréng beteiligt. Er will sich nun stärker auf sein lokales Mandat als Bürgermeister von Esch-Sauer konzentrieren sowie auf seine schriftstellerische Tätigkeit und seinen Platz für einen jüngeren Politiker freimachen. Der junge Mann, der für Schank ins Parlament rückt, ist Jean-Paul Schaaf (54), Bürgermeister von Ettelbrück. ps

## Gerry Wagner,

Chef des zur BNP Paribas-Gruppe gehörenden Leasing-Unternehmens Arval, wurde für zwei Jahre zum Sprecher des House of Automobile (HoA) gewählt. Weil er zugleich Präsident von Mobiz ist, dem Verband der Luxemburger Leasingfirmen, und das HoA ein Lobbyorgan nicht nur der Luxemburger, sondern auch der belgischen Autohändler, ist Wagners Wahl strategisch wegen der bevorstehenden Reform der Dienstwagenbesteuerung zu sehen. Für das HoA ist die Reform „unüberlegt, und sie könne den wegen Covid-19 „fragilen“ Automarkt weiter gefährden. Damit das nicht geschieht, werde das HoA der Regierung „seine beträchtliche Expertise zur Verfügung stellen“, heißt es freundlich über den zu erwartenden Gegendruck der Branche, den Gerry Wagner anführen soll. pf

## « Never forget », XB

Dans une vidéo diffusée le weekend dernier sur les réseaux sociaux, le Premier ministre Xavier Bettel (DP) rend hommage au 8 000 bosniaques massacrés en 1995 à Srebrenica, « cinquante ans après la découverte des camps d'extermination ». « Nous avons alors réalisé que des politiques, sur notre continent, à deux heures d'avion, avaient tué des gens parce qu'ils avaient des origines ethniques ou des orientations sexuelles différentes », poursuit le chef de l'exécutif dans l'enregistrement vidéo, avant de conclure (le discours est prononcé en anglais) : « N'oublions pas ce qu'il s'est passé il y a 25 ans. » Très bien. Le message est bienvenu. Précisons seulement qu'Aleksandar Vucic, actuel président de Serbie et chef de la Première ministre Ana Brnabic avec qui « XB » défend les droits des homosexuels (elle est considérée par beaucoup comme un alibi moderniste, dans une logique de *pinkwashing*, pour masquer le conservatisme du régime), était dans les années 1990 journaliste pour la chaîne de propagande de Radovan Karadzic (chef politique des Serbes de Bosnie et instigateur du nettoyage ethnique), puis cadre du parti radical nationaliste serbe. Florian Bieber, universitaire expert de la région, nous rappelle des propos tenus alors par Aleksandar Vucic, mais regrettés ensuite : « Pour tout Serbe mort, nous tuons cent Musulmans (bosniaques, ndlr.). » À deux heures d'avion donc. pso

## Instinct et émotion

Parce que Philippe Baudry, le PDG du développeur immobilier français Artea, avait plusieurs fois déjà apprécié les ambiances *lifestyle* que l'architecte d'intérieur basée à Londres Geraldine Dohogne (Beyond design ; photo : Post Luxembourg) a créées dans les hôtels de luxe qu'il fréquente (notamment The Post à Gand), il voulait absolument travailler un jour avec elle. Ce sera chose faite au centre de Luxembourg-ville, pour le projet Hôtel des Postes, qui a été présenté ce mardi. Sur ce projet de réaffectation de l'ancienne poste centrale du Aldringen, construite il y a un siècle par Sosthène Weis, Artea s'associe à Post Luxembourg, qui reste propriétaire de l'immeuble, pour ouvrir le bâtiment sur la ville, avec une terrasse spectaculaire sous les arcades, où sera installé un restaurant. L'essentiel du projet sera constitué d'un hôtel de luxe type *lifestyle* de 85 chambres, avec un espace *wellness* en sous-sol et du *coworking* au dernier étage. Les développeurs du projet, Claude Strasser de Post et la bourgmestre libérale Lydie Polfer n'avaient que des éloges pour cette valorisation de l'hypercentre, qui prône une ouverture au grand public. Le parti Déi Lénk par contre a immédiatement répondu avec un communiqué demandant de « revenir instantanément sur ce projet inadapté aux besoins des habitants de la ville ». jh



## De l'indépendance

Dans les premières cinq minutes du débat parlementaire sur l'indépendance dans l'audiovisuel de service public, mardi après-midi, tout était déjà dit : pas moins de trois députés (Claude Wiseler, CSV, Gilles Baum, DP, et Georges Engel, LSAP) ont alors expliqué qu'ils n'allaient participer ni aux discussions, ni à aucun vote, pour éviter tout conflit d'intérêt. Tous les trois sont membres du conseil d'administration de CLT-Ufa, appartenant à RTL Group et exploitant donc entre autres les programmes luxembourgeois du groupe. Dont *RTL Tele Lëtzebuerg*, chargée des missions de service public télévisuel. Le Premier ministre et ministre des Médias Xavier Bettel (DP) avait bien orchestré la dramaturgie du débat, qui devait initialement porter sur l'indépendance de la radio publique 100,7, en déposant le jour même le projet de loi portant réforme du régime d'aide à la presse (écrite). Il pouvait ainsi souligner à quel point des médias forts et indépendants importent à ce gouvernement. Bettel a annoncé le dépôt d'ici l'automne d'une loi spécifique sur *Radio 100,7*, qui a été créée avec un seul article (n° 14) de la loi de 1991 sur les médias électroniques. Cette loi à venir doit notamment réformer la gouvernance de la radio, en objectivant la nomination des membres du conseil d'administration. Le gouvernement s'exprimant toujours contre la création d'une chaîne de télévision autonome de service public, Xavier Bettel a annoncé que les discussions sur une prolongation de la convention avec RTL, par laquelle le gouvernement s'engage à couvrir le déficit de la chaîne luxembourgeoise à hauteur de dix millions d'euros par an, commenceront incessamment sous peu. Une motion parlementaire soutient ces deux axes. jh

## So nicht!

Empört ist die Gewerkschaft der Sonder- und Heilpädagogen (Spebs-CGFP), die sich in Schulen und Kompetenzzentren um Kinder und Jugendliche mit Behinderungen und/oder spezifischem Förderbedarf kümmern. Ihr Dienstchef, Erziehungsminister Claude Meisch (DP), habe ihre Aufgabenprofile ändern wollen, ohne mit ihnen Rücksprache zu halten. Dabei hatte die Gewerkschaft wohl am Montag ein Treffen im Ministerium zur *tâche*, doch der Minister war dazu nicht erschienen. Vielmehr seien die Vertreter von den anwesenden Beamten vor vollendete Tatsachen gestellt worden: Statt die Arbeitsbedingungen und die Betreuungsqualität zu verbessern, sei das Gegenteil der Fall. Eine dem Syndikat vorgelegte Ministerialnotiz sehe klar ein *nivellement vers le bas* vor. Das im Spebs organisierte erzieherische Personal besteht aus einer Vielzahl von Berufen wie Logopädinnen, Ergotherapeuten, Sonderpädagoginnen, die teils in mobilen Teams Kindern in den Regelschulklassen zur Seite stehen, die beratend tätig sind oder als Fachpersonal in den Kompetenzzentren beispielsweise Diagnostiken und individuelle Entwicklungspläne erstellen. Die Notiz hat zum Ziel, die sehr unterschiedlichen Präsenzzeiten, Stundenpläne und Aufgaben im Sektor anzugleichen. ik

## Letztes gutes Jahr

Als die CNS am Mittwoch das Finanzresultat 2019 für die Krankenversicherung publizierte, war es das vorerst wohl letzte über ein gutes Jahr. 2019 machte die CNS auf Ausgaben von 3 102 Millionen Euro und Einnahmen von 3 203 Millionen 102 Millionen Euro Boni. Dadurch wuchsen ihre Reserven auf 971 Millionen. Doch dann kam die Corona-Krise, und wie die von der Regierung beschlossenen Maßnahmen sich auf die Finanzen der CNS auswirken werden, sei „zurzeit noch nicht genau einzuschätzen“, wie die Kasse in einer Mitteilung schreibt. Auf der Krankenkassen-Quadrupartite wurde vor vier Wochen gemutmaßt, wegen der recht hohen Reserven könnte die Lage erst 2021 richtig schwierig werden. Das wird stark davon abhängen, was der „Kassensturz“ nach der Krise ergibt – von der aber zurzeit nicht so klar ist, ob sie schon zu Ende ist. pf

## Nachtrag

Ginette Jones ist amtierende Präsidentin der Entente des Offices sociaux, Jean-Paul Reuter ihr Sekretär.



# La crise impacte aussi fortement le secteur associatif. Passerell en est un exemple

## Stress post-confinement

Interview : josée hansen

**En 2016, Cassie Adelaïde a quitté le secteur financier, dans lequel elle évoluait depuis la fin de ses études en économie à Sciences-Po Rennes, pour se lancer dans le soutien des demandeurs de protection internationale. L'association Passerell, dont elle est une des cofondatrices et actuellement coordinatrice de projets, accompagne les demandeurs d'asile et les réfugiés dans la défense de leurs droits et dans leur socialisation. Malgré le confinement durant les derniers mois, l'équipe de Passerell n'a pas chômé. Comme tout le secteur associatif, Passerell constate qu'elle encaisse les dégâts collatéraux de la crise, subissant une baisse dramatique de revenus, qui va jusqu'à mettre en péril la survie de la structure. Entretien.**

*d'Land : Parlons d'abord des gens dont soccupe Passerell... Comment les demandeurs de protection internationale ont-ils vécu le confinement, et quelle est la situation actuelle ?*

**Cassie Adelaïde :** Dès les premiers jours du confinement, à la mi-mars, on recevait beaucoup d'appels de gens qui ne comprenaient pas ce qu'on leur imposait. Il y avait un réel effort de pédagogie à faire, parce que pour ceux qui ont par exemple déjà subi la détention arbitraire, leur expliquer qu'ils devaient rester enfermés au Luxembourg, ce n'était pas évident. Le travail des équipes sociales sur le terrain a été considérable. On était d'abord tous sous le choc de l'incertitude, puis Passerell a produit des vidéos dans quatre langues pour bien expliquer que c'était pour tout le monde, qu'il s'agissait de lutter contre la propagation du virus Covid-19. Il ne faut pas oublier qu'il s'agit de personnes exilées qui ont derrière elles un parcours extrêmement difficile, qui ont déjà perdu leurs repères – et soudain, elles ont à nouveau perdu toute perspective. Ensuite, durant le confinement, cela s'est arrangé, elles ont patienté comme tout le monde, mais maintenant, avec le déconfinement, il y a à nouveau une grosse pression dans cette population, parce que beaucoup d'incertitudes demeurent : quand est-ce que les procédures vont reprendre ? Ce serait important pour les demandeurs de savoir quand les entretiens du ministère de l'Immigration vont recommencer – on n'en sait toujours rien, après quatre mois d'interruption. Pour les concernés, ce stress post-confinement est énorme, d'autant plus que des vies humaines sont en jeu, par exemple pour des regroupements familiaux. Nous avons récemment eu la visite d'un père qui nous montrait des images de sa famille restée en Syrie, dans une situation extrêmement dangereuse. Les autorisations de séjour avaient été simplement prolongées, ce qui est une bonne chose, mais les demandes sont suspendues, tout comme le sont les transferts intra-européens du règlement Dublin III. Mais impossible pour les DPI de se projeter face à toutes ces inconnues.

*Au début, il y a eu un certain nombre de personnes malades des suites du coronavirus dans les foyers et à la structure d'accueil Shuk au Kirchberg ? Le virus a-t-il pu être contenu ?*

Oui, il y a eu des malades. Le ministère avait mis en place un foyer dédié aux DPI malades, mais il a pu fermer depuis, car la propagation du virus a été contenue. Jusqu'à un tiers des quelque 70 résidents du Shuk, qui sont ceux des demandeurs qui ont vocation à être transférés vers d'autres États européens, étaient atteints du virus. On peut d'ailleurs se demander si c'est raisonnable de transférer des personnes qui étaient malades maintenant, aussi parce que, lors de ces transferts, il peut être nécessaire d'intervenir physiquement. C'est pourquoi nous avons lancé une pétition, avec le Lëtzeburger Flüchtlingsrot (LFR), qui demande que le Luxembourg se déclare exceptionnellement compétent pour analyser les cas Dublin arrivés avant le 15 juin au Luxembourg. Nous attendons un retour du ministre sur ce point.

*Passerell, votre association née dans la foulée de l'afflux migratoire massif de 2015, s'engage dans le*



Cassie Adelaïde

*conseil juridique aux migrants et les aide à s'orienter dans une jungle législative et réglementaire dans laquelle même un autochtone se perdrait. Pour ce faire, vous avez créé deux postes, dont un à temps partiel, et vous craignez maintenant que vous soyez un « dégât collatéral de la crise ». Pourquoi ?*

Nous avons une équipe d'une vingtaine de juristes bénévoles qui nous aident à détricoter des problématiques juridiques souvent complexes : chaque cas est différent. Or, les heures de recherche et l'information aux demandeurs de protection internationale ne sont pas pris en charge par le système d'assistance judiciaire. Nos premiers projets, essentiellement sociaux, furent financés grâce à une bourse *Mateneen* de l'Œuvre nationale de secours, qui jouait un rôle d'incubateur, mais nous devons désormais trouver des financements pérennes. Nous recevons de toutes petites aides du ministère des Affaires étrangères et de l'Immigration (3 750 euros cette année), du ministère de la Justice (1 500 euros) et de la Ville de Luxembourg, et comptons trouver une partie via la vente de notre livre *Réhumanisez-moi* et le mécénat privé, mais ces deux piliers se sont effondrés avec la crise. Certaines promesses de mécénats ont été divisées par quatre. De manière récurrente depuis plusieurs années, nous avons contacté le ministère de la Famille et de l'Intégration pour savoir quelles étaient les possibilités d'avoir des financements de nos projets, et nous avons participé deux fois à des appels à projets dans le cadre du plan national d'intégration, mais les deux fois, nous avons obtenu des refus, parce que le minis-

**« Il y a visiblement un décalage entre les idéaux du ministre Jean Asselborn et la pratique administrative. »  
Cassie Adelaïde**

tère demande que ces projets s'adressent à tous les étrangers, pas seulement aux demandeurs de protection internationale. Que le gouvernement soutienne l'économie avec des aides directes, c'est très bien et nous ne le contestons pas. Mais il ne faudrait pas oublier le secteur associatif qui œuvre dans des domaines complémentaires à l'État<sup>1</sup>

Alors il faut improviser, nous avons lancé un *crowdfunding* à hauteur de 15 000 euros<sup>2</sup> et peut-être qu'on ne pourra garder qu'une seule employée... Mais il sera alors impossible d'avoir le même impact : nous deux faisons le travail de coordination des bénévoles et accueillons les DPI au jour le jour, ce serait dommage d'abandonner cela. Ceci dit, nous n'allons certainement pas arrêter Passerell.

*Le Clae (Comité de liaison des associations d'étrangers) a lancé une enquête auprès de ses membres pour savoir quelles étaient les répercussions du virus et de la crise sur leurs activités, et 90 pour cent des répondantes disaient en ressentir les conséquences néfastes directes. Vous demandez donc une aide exceptionnelle pour le secteur associatif, au même titre que celles consacrées à des secteurs économiques comme les PME, le tourisme ou l'agriculture...*

Ce que nous constatons, c'est que l'impact de la crise sanitaire est variable selon la taille, les modes et besoins de financement de chaque association. Les associations couvertes par des conventions sont protégées. Ce sont celles qui n'ont qu'une

Zufallsgespräch mit dem Mann in der Eisenbahn

## Der missverstandene Staatsanwalt

Romain Hilgert

Die zwölfte Kammer des Bezirksgerichts Luxemburg hatte am 25. Juni die drei ehemaligen Geheimdienstagenten Marco Mille, Frank Schneider und André Kemmer freigesprochen. Sie waren beschuldigt gewesen, Telefongespräche ihres Lieferanten Loris Mariotto illegal abgehört zu haben. Nun kündigte die Staatsanwaltschaft an, Berufung gegen den Freispruch einzulegen. Der Antrag mag das Gericht überrascht haben. Denn Staatsanwalt Jean-Jacques Dolar hatte während der Verhandlung die Straftat heruntergespielt und lediglich eine Geldbuße beantragt. So dass das Gericht dies eilfertig als Wink verstanden haben könnte, die Angelegenheit mit einem Freispruch beizulegen.

Ein solches Missverständnis ist nachvollziehbar. Denn die Staatsanwaltschaft ist in einer undurchsichtigen Lage. Wie ihr Name sagt, vertritt sie die ins öffentliche Interesse gehüllte Staatsräson. Diese verlangt einerseits, dass stets am Rand der Legalität balancierende Geheimdienstagenten ungestraft dem Schutz der herrschenden Verhältnisse nachgehen können. Andererseits müssen die Staatsbürger Vertrauen in die Unnachsichtigkeit der Justiz behalten, um sich ihr zu unterwerfen.

Dieses Vertrauen wurde strapaziert: 1984 bis 1986 hatte der staatliche Sicherheitsapparat eine Welle von Sprengstoffanschlägen veranstaltet, um die staatliche Autorität erst zu erschüttern und danach umso mehr zu festigen. Die Ahndung wird seit einem halben Menschenleben aufgeschoben, bis die Terroristen vergeist oder tot sind. Das Ziel ist so gut wie erreicht.

Anfang 2007 hatte Geheimdienstdirektor Marco Mille mittels einer präparierten Armbanduhr ein Gespräch mit CSV-Premier Jean-Claude Juncker aufgenommen. Im Interesse der Staatsräson zeigte der Premierminister den Straftäter nicht an. Die im parlamentarischen Geheimdienstkontrollausschuss informierten Parteien CSV, LSAP, DP und Grüne deckten die Straftat so lange, bis sie verjährt war.

Loris Mariotto hatte mit dem Geheimdienst Katz' und Maus um eine verschlüsselte CD gespielt. Auf ihr sollte sich ein illegal mitgeschnittenes Gespräch zwischen Großherzog Henri und Premier Juncker befinden. Im Prozess um die Sprengstoffanschläge hatte sich das innigliche Verhältnis zwischen Mariotto und dem Geheimdienst gezeigt. Folglich verzichteten Regierung und Justiz auf eine Strafverfolgung wegen Hehlerei und Erpressung.

Stattdessen hörte der Geheimdienst seinen Lieferanten ein Wochenende lang ab. Mit oder ohne das in einer Dringlichkeitsprozedur ausreichende Einverständnis des Premierministers. Weil sich niemand mehr genau erinnern wollte, entschied das Gericht auf Freispruch. Schließlich lassen all die anderen Straftaten den Vorgang als eine Bagatelle erscheinen.

Doch die Staatsanwaltschaft sieht voraus. Sie ist besorgt, dass das Vertrauen der Staatsbürger in die Justiz leidet, wenn nach der Terrorwelle und dem Amoklauf des Geheimdienstes alle Beteiligten straffrei ausgehen. Also hofft sie, dass nun ein Berufungsgericht ihren Wink richtig deutet. Wenigstens in dieser Bagatellangelegenheit soll jemand symbolisch verurteilt werden, damit niemand sagen kann, die Justiz wäre untätig geblieben.

**Wie ihr Name sagt, vertritt die Staatsanwaltschaft die ins öffentliche Interesse gehüllte Staatsräson**

taille moyenne, comme nous, qui ont du mal à boucler des budgets déjà très serrés. Pour des structures comme la nôtre, 5 000 euros – comme ce qui est attribué aux PME –, feraient déjà une énorme différence.

*Pourtant, le Luxembourg s'est montré extrêmement solidaire dans le domaine de l'asile durant la crise : même si seulement une dizaine de nouvelles demandes ont été déposées durant les mois d'avril et de mai – ce qui s'explique aussi par les frontières fermées –, le ministre Jean Asselborn (LSAP) a remué ciel et terre pour accueillir douze demandeurs de protection internationale mineurs en provenance des camps sur les îles grecques à la mi-avril. Et il s'engage sur le parquet européen et dans les médias pour une approche humaniste du droit d'asile...*

...oui, c'est très bien. Mais il y a visiblement un décalage entre les idéaux du ministre et la pratique administrative. Ce qu'il faudrait maintenant, ce serait que les procédures reprennent et qu'elles soient expliquées aux concernés. Et pourtant, on est toujours dans l'incertitude totale.

<sup>1</sup> Jointe par le *Land* sur la question d'un paquet de sauvetage du secteur associatif, la ministre de la Famille et de l'Intégration Corinne Cahen (DP) a souligné que le secteur associatif était trop diversifié pour n'y donner qu'une seule réponse générale. Les différents ministères regarderaient les associations avec lesquelles ils travaillent au cas par cas pour les aider de manière adaptée.

<sup>2</sup> [www.gingo.community/fr/http-www-passerell-lu](http://www.gingo.community/fr/http-www-passerell-lu).





Direktor Claude Boever, Mitbegründer des Atert-Lycée in Redingen, beim Freiluft-Abschiedsgruß mit Schüler/innen

# Hurra, Ferien! Und dann?

Ines Kurschat

„Ich hatte noch gesagt, schade, dass wir nicht im Festsaal Abschied nehmen können“, sagte ein sichtlich gerührter Claude Boever am Dienstag. Der Direktor des Atert-Lyzeums in Redingen geht Ende September in den Ruhestand. Seine Kolleg/innen ließen es sich nicht nehmen, ihm trotz Corona-Pandemie zu zu applaudieren. Also verlegten sie den Abschied kurzerhand nach draußen: Durch ein Spalier von 1 300 Schüler/innen und rund 130 Lehrer/innen schritt Boever am Vormittag und winkte nach rechts und links, fast wie ein kleiner König. Immerhin entstand das Regional-Lyzeum unter Boevers Führung und wuchs zur festen Größe im Osten heran.

Im Lycée Aline Mayrisch wird am selben Tag mittags keine Schulleitung verabschiedet, sondern ein Jahrgang, der an die Berufsschule wechselt. Damit die Schüler sich ein letztes Mal zusammen sehen, hat sie die Leitung gerufen. Unter freiem Himmel – mit der Ermahnung, jetzt nicht mehr zu reden – nehmen sie die Maske ab. Ein Klick, das Klassenfoto hält den Abschluss fest. „Damit haben die Jugendlichen trotz der Covid-Aufregung etwas in der Hand“, freut sich die Lehrerin. Denn aufgeregt bis besorgt sind sie. Wie es im September weitergeht, unter welchen Bedingungen der Unterricht wieder starten wird, weiß niemand. Die Infektionszahlen sind zuletzt gestiegen; das Gesundheitsministerium hat sie bisher nicht für das Bildungswesen aufgeschlüsselt. Jedoch waren 19,5 Prozent der zwischen 6. und 12. Juli positiv auf Covid-19 Getesteten zwischen fünf und 19 Jahre alt.

**Diszipliniert** Zwar hatte Bildungsminister Claude Meisch (DP) betont, die Ansteckungen seien bis auf zwei nicht abschließend analysierte Fälle nicht in der Schule erfolgt. *D'Land* weiß von zwei Lyzeen, wo Covid-19 positiv getestete Schüler aus einer Bezugsgruppe stammen. Haben sie sich in der Klasse, nach der Schule oder im erweiterten Schulkontext angesteckt? Zählt der Schulweg dazu oder nicht? Das zum Schutz und zum besseren *Tracing* gedachte Gruppenkonzept stößt nicht nur wegen der für die letzten zwei Wochen vor den Ferien zusammengelegten A- und B-Gruppen an Grenzen: Spätestens im Bus vermischen sich die Schüler/innen wieder. Sie gehen zusammen nachhause, machen Hausaufgaben oder verbringen ihre Freizeit zusammen.

„Unsere Schüler waren in der Schule sehr diszipliniert“, freut sich Claude Boever. Wie an vielen anderen Lyzeen durften sie zuletzt die Masken abzunehmen – sofern genügend Raum war, um den gebotenen Sicherheitsabstand von zwei Metern einzuhalten. Bestand ein Schüler auf den Mund-Nasenschutz im Klassensaal, behielten alle anderen ihre Masken auf. „Sie waren da sehr rücksichtsvoll.“

Ähnlich positiv fällt das Fazit des Erziehungsministeriums aus: „Die Schulen haben die Schutzmaßnahmen vorbildlich umgesetzt, manche sogar strenger als vom Gesundheitsministerium vorgegeben“, lobt Francine Vanolst, Leiterin der Grundschulabteilung, den Kraftakt des Lehr- und des technischen Perso-

## Stufenmodelle und an jeweilige Infektionsszenarien angepasste Schutzvorgaben sollen den Schulen bei der Planung der nächsten *Rentrée* nach der Sommerpause helfen

nals, die sanitären Auflagen in der Schule umzusetzen. Geteilte Klassen, getrennte Pausen, Masken und Schals, Desinfektionsmittel und Lenksysteme durch das Gebäude – das ressourcenintensive Sicherheitssystem scheint in den Schulen aufgegangen zu sein. Zumindest für eine gute Weile. Denn jetzt, zu Beginn der Sommerferien, ist das Virus dabei, verstärkt zu zirkulieren, und davon ist auch die Jugend nicht ausgenommen. Oder wie es Gesundheitsministerin Paulette Lenert (LSAP) am Mittwoch auf der Pressekonferenz beschrieb: „Wenn die jungen Leute vor allem Kontakte mit anderen jungen Leuten hatten, die dann isoliert werden, ist das Risiko niedriger.“

Minister Meisch hält trotzdem an einer „normalen *Rentrée*“ fest. Auf seiner letzten Pressekonferenz vor den Ferien, am 10. Juli, schilderte er, wie sein Ministerium „immer wieder neu“ abgewogen habe. Man sei schrittweise vorgegangen, habe sich zweieinhalb Monate Zeit gelassen, um die zunächst getrennten Klassen zusammenzuführen, um „zu lernen, mit dem Virus zu leben und Schule zu halten“. Meischs Fazit fällt positiv aus. Die Schulen könnten stolz sein, sie hätten ein „vollwertiges Abitur“ organisiert.

**Lockdown nach den Ferien?** Die steigende Zahl der Infektionen ficht den Minister nicht an: 60 Prozent der Covid-19-positiv Getesteten besäßen einen Führerschein. „Trotzdem denkt niemand, sie stecken sich im Auto an“, vergleicht er. „Ja, ein guter Teil davon sind Schüler. Aber das heißt noch lange nicht, dass deshalb die Schule daran schuld ist.“ Auch die Gesundheitsinspektion geht davon aus, dass außer bei zwei unklaren Fällen sich die Jugendlichen außerhalb der Klasse und der Schule ansteckten.

Für die Verantwortlichen in den Schulen ist das kaum ein Trost. Einige haben in den vergangenen Tagen plötzlich damit umgehen müssen, dass bei ihnen Kinder und Jugendliche positiv auf das Virus getestet wurden: erst einer, dann zwei, dann drei. Mehrere Klassen wurden in Quarantäne gesetzt, in der Stadt, im Süden und im Norden.

Auch wer sich nicht unmittelbar in Schadensbegrenzung üben musste, macht sich Sorgen um die Entwicklung – jetzt, wo Luxemburg (wieder) als Corona-Krisenregion gilt. Wie geht es nach den Ferien weiter, wenn die Kinder aus dem Urlaub, vielleicht sogar dem Ausland, zurückkommen? „Wir haben dazu bisher keine Informationen“, beklagt sich Alain Massen, Sprecher der nationalen Elternvereinigung. Die Eltern fordern Stundenpläne, je nachdem, wie sehr sich das Virus ausbreitet, ähnlich wie sie derzeit Schulen in angrenzenden Bundesländern aufsetzen.

„Uns ist kein solcher Plan B bekannt, weder für die Sekundarstufe noch für die Grundschulen“, schreibt Patrick Arendt von der Lehrgewerkschaft SEW. Man habe wohl einen Plan angefragt, damit sich die Schulen besser auf die *Rentrée* vorbereiten können und „nicht kurz vor dem Schulbeginn ein Riesenchaos“ entstehe. „Aber der Minister ist nicht darauf eingegangen.“ Auch dem SNE ist kein spezieller Plan für das nächste Schuljahr bekannt. „Wir bereiten uns normal vor“, heißt es am Atert-Lycée. Man werde aber die Zeit nutzen, um die Internetvernetzung besser zu organisieren. Schulen planen verstärkte Aktivitäten im Freien, etwa für den Sportunterricht oder den *Accueil*. Auf eigene Faust.

**Noch kein Plan** Die Antworten von Schulleitungen, die das *Land* kontaktierte, klingen alle ähnlich: Bisher sei „kein Notfall-Stundenplan vorgesehen, weil bislang keine Vorgaben aus dem Erziehungsministerium vorliegen“, schreibt ein Lehrer. Zu den neuen Testbedingungen, die die Gesundheitsministerin Paulette Lenert für die *Rentrée* angekündigt und für die ein Gesetzentwurf dem Parlament vorliegt (siehe Seiten 2-3), wisse er nichts. „Kein Plan fürs *Tracing*“, schreibt ein Direktor kurz und bündig. Seine Erklärung für die Informationslücke: „Im Augenblick macht das keinen Sinn. Unsere Schüler sind fort und dann kommt da noch das Chaos aus dem Ferienverhalten von den einen und anderen, sprich viele Neuinfektionen in allen Bereichen hinzu“. Dass die Teststrategie geändert wird, um vor und um den Schulbeginn gezielt Schüler und das Schulpersonal testen zu lassen, weiß der Direktor aus der Zeitung; Informationen aus dem Erziehungs- oder dem Gesundheitsministerium habe er dazu nicht erhalten.

Manche Schulen hatten vor den Ferien interveniert, um beim *Large Scale Testing* mitmachen zu können. Ohne Reaktion. Privatschulen, welche vom Luxemburger Bildungsministeriums erfasst werden, werden im Rahmen der schulspezifischen Teststrategie einbezogen. Alle Schüler/innen und Lehrer/innen seien über die sechs letzten Schulwochen angeschrie-

ben worden; die Europa- und sonstige Privatschulen wurden im Rahmen des Kontingents der in Luxemburg lebenden oder arbeitenden Personen erfasst, heißt es. „Die ersten Resultate des *Large Scale Testing* werden zur Zeit ausgewertet, es liegen noch keine Ergebnisse zu den Schulen vor“, so Jasmin Schulz, Projektmanagerin am Luxembourg Health Institute, das das *Testing* verantwortet, die für weitere Details an die Gesundheitsbehörden verweist.

**Info-Ping-Pong** Was deutlich wird: Die Kommunikation zwischen Schulen, Gesundheitsinspektion und Ministerien läuft nicht immer rund. Als die *Land*-Redakteurin am 10. Juli in einem *Tweet* andeutete, der Erziehungsminister habe Daten zum Sars-CoV2 von den Gesundheitsbehörden, publiziere sie womöglich aber nicht, weil sonst seine Covid-Politik überprüft werden könne, erhält sie prompt einen empörten Anruf von Alex Folscheid, Regierungsberater im Schulministerium und Meischs rechte Hand. Er insistiert: Das Ministerium erhalte keine systematisch aktualisierten Schülerzahlen von der Santé.

Auf der Pressekonferenz am selben Tag indes präzisieren Jean-Claude Schmit, Direktor des Gesundheitsamts, und Ministerin Paulette Lenert: In einer Arbeitsgruppe, in der ebenfalls zwei Beamte des Erziehungsministeriums saßen, würden aktuelle Fälle und Daten täglich besprochen. Mit der Antwort wiederum konfrontiert, beharrt Folscheid: Seine Beamten lieferten der Arbeitsgruppe wohl alle gefragten Informationen, aber sie selbst bekämen keine über diesen Weg. „Je persiste et je signe!“

Die von ihm zur Unterstützung gerufenen Ministerialbeamten, Romain Nehs, zuständig für die Sekundarschulen, ebenso wie die Leiterin der Grundschulabteilung, Francine Vanolst, bestätigen im Interview die Existenz einer solchen Arbeitsgruppe, die ihnen zufolge auf ihre Initiative hin seit „letzter Woche“ bestehe und in der Beamten der Gesundheitsinspektion sich mit Beamten des Erziehungsministeriums über Corona-Lageberichte täglich austauschten. Laut Pressestelle des Gesundheitsministeriums existiert diese Schnittstelle seit 3. Juli. Dort würden aktuelle (auch schulbezogene) Fallzahlen übermittelt und Ergebnisse des analogen *Tracing* besprochen, sollte etwa ein/e Schüler/in oder Lehrer/in positiv auf Covid-19 getestet worden sein. Zuvor war das anders: Um Informationen und Daten zu positiven Fällen zu bekommen, rief das Erziehungsministerium in den Schulen an, aber auch die Direktionen seien nicht immer sogleich im Bild gewesen.

Am Ende klärt der Erziehungsminister selbst über den komplizierten Informationsaustausch auf: Verwirrung und Unruhe entstehe vor allem in der Zwischenzeit. „Eltern wissen als erste, ob ihr Kind positiv getestet wurde. Oft zirkulieren Geschichten schon auf den sozialen Netzwerken, bevor die Schulleitung einen Überblick hat“, sagte Claude Meisch dem *Land*. Zusätzliche zeitliche Verzögerungen entstünden beim Rückfluss von Informationen zu Quaran-

tämaßnahmen: „Wir können nicht sofort sagen, wie lange Schüler isoliert werden“, so Francine Vanolst. „Das ist eine Entscheidung der Santé.“ Da die Schulferien begonnen haben, „sind jetzt keine Klassen mehr in Quarantäne, sondern nur noch einzelne Kinder und Jugendliche“.

Schulleitungen erzählen dem *Land* indes im *Off*, sie würden coronabedingte Informationen lieber direkt von der Santé beziehen, weil sie im Erziehungsministerium keinen reaktionsfähigen Ansprechpartner hätten. Andere zeigen mit dem Finger auf die Santé: „Die Gesundheitsinspektion ist mit dem *Tracing* überfordert“, hatte Alex Folscheid gegenüber dem *Land* vergangene Woche gesagt. Dass die Rückverfolgung positiv getesteter Personen die Gesundheitsbehörden an Grenzen bringe, bestätigte Jean-Claude Schmit im Gespräch mit *Radio 100,7* diese Woche indirekt: „Es fängt an, sportlich zu werden.“

**Behörden überfordert?** „Die politisch Verantwortlichen antizipieren nicht genug“, sagt ein Mitglied einer Schulleitung, das anonym bleiben will, zunehmend genervt über das Hin und Her. „Wie kann es sein, dass Schulen den Behörden Verdachtsfälle direkt melden, sie dann aber nicht zurückgerufen werden, um sie darüber zu informieren, wie sich die Fälle weiter entwickeln?“, fragt es. „Und warum wird erst jetzt das Inspektionspersonal aufgestockt?“

Was geschehen kann, wenn Schulen verfrüht öffnen, zeigt sich derzeit in Israel. Dort mussten angesichts steigender Infektionszahlen mehrere Schulen wieder schließen, nachdem die Regierung die Schulen während des ersten Corona-Ausbruchs rasch geschlossen hatte. Zu Beginn der Pandemie war Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu deshalb für sein rasches und entschiedenes Handeln gelobt worden, inzwischen steht er wegen seines Krisenmanagements zunehmend in der Kritik. Ihm werden zu schnelle Lockerungen und eine mangelnde Vorbereitung auf eine zweite Welle vorgeworfen.

Dasselbe droht jetzt Premier Xavier Bettel (DP) und seinem Parteikollegen. Es war Meischs Idee, nach einer Schulöffnung unter strengen Sicherheitsauflagen zunächst getrennte Klassen wieder zusammenzuführen. Dass es mindestens einen Plan B für die *Rentrée* brauchen wird, sollten die Infektionszahlen weiter steigen, sieht der Minister ein: „Vielleicht gibt es mehrere Szenarien.“ Man sei dabei, Pläne vorzubereiten. Zudem warte man die Analyse der Gesundheitsdaten ab, bekräftigt Sekundarstufen-Ableitungsleiter Romain Nehs. Eine genaue Evaluation stehe noch aus. Sie sei für August geplant. „Vorher machte sie keinen Sinn, solange die Schüler noch zur Schule gingen“, erklärt Vanolst. Man werde mit Stufenmodellen operieren und diese entsprechend den dann zum Zeitpunkt der *Rentrée* gemeldeten Infektionszahlen finalisieren. An erholsame Ferien ist also für die Beamten im Erziehungsministerium noch nicht zu denken. Und, wie es aussieht, an eine normale Schul-*Rentrée* sehr wahrscheinlich auch nicht.

## Die Sommerferien sind da, das Coronavirus aber auch. Wie wird die *Rentrée* 2020-2021?, fragen Direktionen, Schüler und Eltern bange



# Keng Preise ginn

Pol Schock

**Historischer Determinismus** Zu den schwer fassbaren Begriffen in der Geschichtswissenschaft gehört die Kontingenz. Der Begriff ist alt, bereits Aristoteles sprach von „kontingenten Ereignissen“, doch so richtig in Mode geriet Kontingenz erst durch den Systemtheoretiker Niklas Luhmann. Dieser leicht schräge Soziologe mit einer Vorliebe für Zettelkasten integrierte den Begriff der Kontingenz in seine Theorie. Für ihn war klar, dass alles auch anders sein könnte, dass Zukunft offen ist.

Das klingt erst einmal äußerst banal. Aber für Historiker, die sich auf Fakten berufen, Interpretationen anhand von Quellen erstellen, Geschichte durch Tatsachen re- oder dekonstruieren, ist das eine Herausforderung. Denn es bedeutet, dass sie gelegentlich kontrafaktisch denken müssen, da die Geschichte nicht durch einen unsichtbaren roten Faden verbunden ist, sondern die Dinge auch völlig anders verlaufen könnten. Das Römische Reich musste nicht untergehen, auf die Machtergreifung der Nationalsozialisten musste kein Weltkrieg folgen und ohne das Attentat von Gavrilo Princip auf Franz Ferdinand, das den Ersten Weltkrieg auslöste, hätte das 20. Jahrhundert möglicherweise vollkommen anders ausgesehen. Oder wie es der Freiburger Historiker Jörn Leonhard ausdrückt: Nichts ist falscher als die deterministische Annahme, dass es kam, wie es kommen musste.

**Hegemonialkampf** Solche kontingenten Ereignisse lassen sich natürlich auch in der Geschichte Luxemburgs finden, historische Kreuzungen, an denen die Geschichte auch hätte anders verlaufen können. Vor einer solchen Abzweigung stand Luxemburg am Sonntag vor genau 150 Jahren. Es war der Beginn des Deutsch-Französischen Kriegs. Der Antagonismus zwischen Frankreich und dem von Preußen dominierten Norddeutschen Bund hatte sich in den 1860er-Jahren bereits verschärft, aber es war ein kleiner diplomatischer Vorfall, ein kleiner Schubser von Kanzler Otto von Bismarck, ein *Nudge*, wie es heute in der Verhaltenswissenschaft heißt, der den Krieg auslöste. Es leidet fehl, Bismarck als Puppenspieler zu betrachten, der gezielt die Dinge zu steuern wusste, aber seine manipulierte Emser Depesche setzte die französische Öffentlich-



Zeitgenössische Karikatur in Harper's Weekly

**„Und ist nicht die Neutralität des Ländchens, die künstliche Schöpfung einer Nation luxembourgeoise in Wahrheit eine Schmach für Deutschland?“ (Heinrich von Treitschke)**

keit in Erregung und veranlasste Kaiser Napoleon III. die Truppen zu mobilisieren.

Das 19. Jahrhundert mag aus Sicht der Gegenwart wie ein fremdes Land wirken, aber Ehre und Stolz waren zu dieser Zeit hehre Werte, die über Handlungen bestimmten. Wie ein nationaler Volkskörper erzürnte sich Frankreich über den brüskierten Ton der Preußen und zog in den Krieg, um sein Gesicht und die Hegemonialstellung auf dem Kontinent zu wahren. Doch nichts davon konnte gerettet werden. Nach wenigen Monaten waren die französischen Truppen von Napoleon III. in der Schlacht bei Sedan besiegt – der Kaiser reichte Bismarck seinen Degen. Die neue Republik kämpfte vergeblich weiter bis Anfang 1871 und wurde von deutschen Truppen in Paris umkesselt. Auf die Niederlage folgte die Demütigung: Wilhelm I. wurde ausgerechnet im Spiegelsaal von Versailles am 18. Januar 1871 zum Kaiser des neu gegründeten Deutschen Kaiserreichs gekrönt. Und Frankreich musste Elsass und große Teile von Lothringen an das neue Reich abtreten. Das Machtverhältnis hatte sich zugunsten des neuen *Players* in der Europäische Mitte entschieden.

**Heim ins Reich** Luxemburg blieb in diesem Krieg passiver Beobachter. Das Großherzogtum galt seit dem Londoner Vertrag von 1867 als neutral; die preußische Garnison war abgezogen, die Festung geschleift. Doch trotz dieses Neutralitätsstatus, der in der Luxemburger Bevölkerung zu Beginn noch mit Argwohn betrachtet wurde, war die Gefahr, in einen Konflikt hineingezogen zu werden, stets latent. Nach dem Triumph von Sedan brachen in den deutschen Staaten nationale Vereinigungsträume aus. Die Nationalbewegung forderte die Erschaffung des deutschen Nationalstaats.

Und manche deutsche Zeitgenossen forderten in Zeitungen ebenfalls die Annexion Luxemburgs. Der preußische Gelehrte Heinrich von Treitschke – zu dieser Zeit eine Art Popstar unter den Historikern – veröffentlichte kurz nach der Schlacht von Sedan einen Artikel über *Luxemburg und das Deutsche Reich*, in dem er davon sprach, die „verpasste Gelegenheit“ von 1867 zu revidieren und die „verwelschte Bevölkerung“ des kleinen Staats „Heim ins Reich“ zu führen. „Und ist nicht die Neutralität des Ländchens, die künstliche Schöpfung einer *Nation luxembourgeoise* in

Wahrheit eine Schmach für Deutschland? [...] Der Friedensschluß mit Frankreich kann und soll die Gelegenheit bieten, Luxemburg dem deutschen Reich einzuverleiben.“

**Comité patriotique permanent** Diese Töne aus Preußen blieben in Luxemburg nicht unkommentiert. Zeitungen wie das katholische *Luxemburger Wort* oder das liberale Blatt *L'Union* sprachen sich deutlich gegen eine Annexion und für den Erhalt der Unabhängigkeit aus. Als Stadthalter Prinz Heinrich im Oktober 1870 mit dem Zug nach Luxemburg reiste, wurde er von Massen mit den Gesängen zum *Feierwon* empfangen, Zeitungsberichte sprechen von 15 000 bis 20 000 Menschen, die sich in der Hauptsadt versammelten. Es war die Zeit, als *Mir wëlle bleiwe, wat mir sinn* zur patriotischen Parole avancierte und in *Mir wëlle jo keng Preise ginn* umgedeutet wurde. „Des Volkes Stimme ist Gottes Stimme“, schrieb das *Wort* begeistert, „beim Anblick des wahrhaft grandiosen Aufschwungs der öffentlichen Meinung und der nationalen Manifestation am 21. Oktober“. Und weiter: „Es war das ganze Volk, welches zusammentrat, um ein Fest des Vaterlandes zu feiern und der Welt das Schauspiel ihrer Liebe an die Heimath, an ihren Fürsten und an ihre Institutionen zu geben.“ (*Luxemburger Wort*, 23./24.10.1870) Ähnlich kommentierte *L'Union* das Schauspiel: „Nie, und dies können wir mit Überzeugung behaupten, hat die Geschichte ein Volk hervorgebracht, welches derart einheitlich sein Recht auf Unabhängigkeit eingefordert hat.“ (*L'Union*, 23.10.1870)

Es waren vor allem Beamte, Handwerker, einfache Bürger, Bauern und Arbeiter, die sich hinter dem Gedanken an ein autonomes Luxemburg versammelten. Die Notabeln und das Wirtschaftsbürgertum betrachteten die Massenszenen mit Argwohn, wollten die großen Nachbarn nicht verstimmen und vor allem nicht die wirtschaftlichen Beziehungen zu Preußen im Zollverein gefährden. Dennoch gründeten 26 Vereine aus Luxemburg das *Comité patriotique permanent* – eine Art zivilgesellschaftliche *Celule de crise*, um für die Unabhängigkeit des Landes zu kämpfen. Den Opportunismus und Zerrissenheit dieser Zeit hat Michel Rodange in seinem *Renert* festgehalten.

Als Anfang Dezember Bismarck dem Großherzogtum einen vertraglichen Neutralitätsbruch unterstellte, weil es mit einem Eisbahnkonvoi die französische Kriegswirtschaft unterstützte, drohte der Kanzler mit Truppen in Luxemburg einzumarschieren. Die Luxemburger Regierung um Staatsminister Emmanuel Servais legte Protest ein, und die Gefahr eines tatsächlichen Einmarschs war aufgrund der Garantiemächte Russland und Großbritannien für die Luxemburger Neutralität nicht sonderlich groß, aber das Gerücht einer Annexion verbreitete sich trotzdem. Das patriotische Komitee beschloss in einer Eilversammlung am 12. Dezember, eine Petitionsaktion im ganzen Land für den Erhalt der Unabhängigkeit zu organisieren. Die Petitionsaktion fand großen Widerhall: 43 773 männliche Bürger unterzeichneten die Bittschrift, bei einer damaligen Bevölkerung von rund 200 000 Einwohnern.

Luxemburg wurde anders als Elsass und Lothringen nicht Teil des neuen Deutschen Reichs und blieb weiterhin ein autonomer Staat. Aber um es mit Niklas Luhmann zu formulieren: Es hätte auch anders sein können.



Der Bockfelsen im Jahr 1866



Der Festungsabriss dauerte bis 1883



Die preußische Garnison rückte im September 1867 aus Luxemburg ab



Anton von Werner: Die Proklamierung des deutschen Kaiserreiches (18. Januar 1871)

## Der Deutsch-Französische Krieg von 1870/71 ist heute fast in Vergessenheit geraten. Doch sein Ausgang prägte das Machtverhältnis in Europa und war auch für Luxemburg von zentraler Bedeutung



Deutschland



Polizisten an Ende einer antifaschistischen Demonstration irgendwo in Deutschland

Der Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) hat das Nein des Bundesinnenministers zu einer Studie zu rassistisch motivierten Polizeikontrollen kritisiert

Martin Theobald, Berlin

Die Deutschen und ihre Ordnungshüter: War das Verhältnis lange Zeit von Obrigkeitshörigkeit bestimmt, so begibt man sich heute zunehmend in ein zwiespältiges Verhältnis. Auf der einen Seite sollen Polizistinnen und Polizisten Recht und Ordnung sicherstellen und das Gewaltmonopol des Staates aufrechterhalten. Auf der anderen Seite drängt sich die Vermutung auf, dass manche Polizeibeamte ihr Amt missbrauchen, um Untaten zu begehen oder zumindest zu unterstützen. Die Frage, ob es sich dabei um ein strukturelles Versagen handelt, mag Bundesinnenminister Horst Seehofer (CDU/CSU) nicht so recht beantworten lassen. Doch aktuelle Ereignisse verlangen eine deutliche Ansage des Ministers.

So geht etwa die Polizei in Hessen dieser Tage Fällen von rechtsextremistischen Bedrohungen möglicherweise aus den eigenen Reihen nach. Von einem Rechner der hessischen Polizei seien persönliche Daten einer Künstlerin abgerufen worden, die von Rechtsextremisten seit Monaten mit Schmäh- und Drohschreiben überzogen werde, berichtet die Tageszeitung *Frankfurter Rundschau*. Die Sprecherin der Staatsanwaltschaft bestätigte Anfang der Woche, dass es „weitere Fälle“ gebe. „Wir haben mehrere Drohschreiben gegen mehrere Geschädigte.“ Namen wollte sie nicht nennen. Die jeweiligen E-Mails weisen Ähnlichkeiten in Aufbau und Wortlaut zu bisher bekannt gewordenen Fällen auf, wie die Zeitung unter Berufung auf die Staatsanwaltschaft berichtete.

So hatte die Frankfurter Anwältin Seda Basay-Yildiz, die im NSU-Prozess die im Prozess um die rechtsterroristische Mordserie Familien der Opfer als Nebenkläger vertrat, 2018 Drohungen erhalten, die mit „NSU 2.0“ unterzeichnet waren. In diesem Jahr hat Janine Wissler, Vize-Vorsitzende der Linken, solche Schreiben bekommen. Zuvor waren jeweils persönliche Daten der Betroffenen über einen hessischen Polizeicomputer abgefragt worden. Hessens Innenminister Peter Beuth (CDU) hat keine Belege, aber den Verdacht, dass es ein rechtes Netzwerk in der hessischen Polizei geben könnte, was nun interne Ermittler klären sollen.

An einer Aufklärung müsste auch Bundesinnenheimatminister Horst Seehofer interessiert sein.

Gerade in seiner Funktion als oberster Dienstherr aller deutschen Polizistinnen und Polizisten. Dies sollte eine Studie leisten, die vor rund einem Monat von einem Sprecher des Innenministeriums angekündigt wurde. Sein Ressort sowie das Bundesjustizministerium, so zitierte die Tageszeitung *Die Welt* den Ministeriumssprecher, arbeiteten derzeit an der „konzeptionellen Entwicklung für eine Studie zu *Racial Profiling* durch die Polizei. Kurz darauf stellte das Innenministerium klar, dass das Vorhaben auf eine Empfehlung des Europarats gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) zurückgehe. Seehofer stellte sich allerdings dagegen und erklärte im Innenausschuss des Bundestags, dass eine solche Studie nie geplant worden sei. Das Ministerium versucht nun herauszufinden, wie es zur Ankündigung einer solcher Studie überhaupt hat kommen können.

Der Begriff *Racial Profiling* beschreibt Fälle, bei denen Polizeibeamte Menschen allein aufgrund von äußeren Merkmalen wie etwa der Hautfarbe kontrollieren. „Schon der Titel einer solchen angeblichen Studie wäre doch tendenziös und gleicht einer Vorverurteilung der Polizei“, sagte der CDU-Innenexperte Armin Schuster der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* (FAS). „Dass von unseren Polizisten systematisches *Racial Profiling* betrieben würde, ist eine groteske polittheoretische Wahrnehmung auf der linken Seite.“ Schuster regte stattdessen an, eine Studie aufzulegen, die „aus Sicht der Bürger repräsentativ untersuchen würde, wie sie die Qualität der Polizeiarbeit einschätzen und wie zufrieden sie mit der deutschen Polizei sind“. Würden dabei strukturelle Missstände offengelegt, „böte das dann Gelegenheit, zielgerichtet vorzugehen“.

Andrea Lindholz (CSU), Vorsitzende des Innenausschusses im Bundestag, erklärte dazu, dass erst einmal abgewartet werden solle, was der Verfassungsschutz mit seiner neuen Zentralstelle zur Aufklärung rechtsextremistischer Umtriebe im öffentlichen Dienst herausfinde: „Wenn wir das auf dem Tisch haben, kann es durchaus sinnvoll sein, so eine Studie in Auftrag zu geben. Aber bestimmt nicht jetzt in dieser aufgeheizten Atmosphäre.“

Allerdings, Seehofer bekommt auch Gegenwind aus den eigenen Reihen, nämlich von Annette

Widmann-Mauz, der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung und CDU-Mitglied. Es brauche die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema, um eine sachliche Diskussion zu ermöglichen, sagte die Politikerin den Zeitungen der Funke Mediengruppe.

Der SPD-Innenpolitiker Lars Castellucci sagte, er könne Seehofer zwar „verstehen, dass er sich in einer aufgeheizten Lage vor die Polizisten stellt, aber ich verstehe auch meinen Fraktionskollegen Karamba Diaby mit seinen Alltagserfahrungen sehr gut“. Diaby ist im Senegal geboren. Castellucci fügte mit Blick auf die diskutierte Studie hinzu: „So etwas hätten wir schon längst mal machen müssen. Wir erweisen doch auch den Polizisten einen Bärendienst, wenn wir da keine Klarheit haben.“ Dies gelte insbesondere in Hinblick auf Polizisten, die sich nichts vorzuwerfen haben.

Auch der Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) hat das Nein des Bundesinnenministers zu einer Untersuchung zu rassistischen

Polizeikontrollen kritisiert. „Ich finde die Begründung, die ich gehört habe, einigermaßen peinlich, weil sie natürlich nicht schlüssig ist. Und sie erweist auch den Sicherheitsbehörden selber einen Bärendienst“, sagte der BDK-Vorsitzende Sebastian Fiedler am Montagabend in den *ARD*-Tagesthemen. Fiedler plädierte beim Nachrichtenportal *ZDF-heute* für eine Studie, die „anonymisiert die Einstellungen bei der Polizei“ zu Rassismus und Rechtsextremismus untersucht.

Hingegen sprach sich der stellvertretende Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Jörg Radek dagegen aus: „Eine Studie zu Rassismus in der Polizei lehne ich ganz klar ab, denn wir haben kein Rassismusbildungsproblem.“ Wichtiger sei es, der Ursache dieser Wahrnehmung auf den Grund zu gehen. Eine Prüfung bestehender Gesetze, deren Anwendung womöglich dazu beitrage, dass die Polizei in ihrem Handeln als rassistisch wahrgenommen werden, sei wichtig. „Denn die Rechtsprechung des einen oder anderen Falles zeigt, dass wir da sehr schwammig aufgestellt sind.

mal weitgehend frei berichtenden türkischen Medien systematisch unter Druck zu setzen. Nicht mit gestrichelten Einschränkungen, sondern durch schlaue Infiltrationen. Der erfahrene und kritische Journalist Aydin Ergün beschreibt dieses Vorgehen im Blog international.de-link.de so: „Ein Finanzpool, der aus höchstens fünf oder sechs großen Bauunternehmern besteht, die den Lowrentmarkt bei staatlichen Ausschreibungen erhalten, hat Zensuren und Fernsehkanälen aufgekauft und deren Führungsgesam mit Leuten besetzt, die Erdogans Empfindungen und Anweisungen befolgen.“

ernsten Angriffs des autoritären Regimes auf kritische Medien häufen sich bereits im Vorfeld. Denn seitdem die größten und bekanntesten Medien von Erdogans Helfern übernommen sind, sind es vor allem die kleinen Medien im Internet, die dem Regime ein Dorn im Auge sind.

Mit einer Abordnung vom 1. August 2019 versuchte der türkische Hohe Rat für Rundfunk und Fernsehen (RTÜK) zur Zeit, das Internet unter seine Kontrolle zu bringen. Laut ihr müssen ab jetzt Sender und Livestream-Kanäle, die in der

Der Vertreter von Erdogans Partei im RTÜK, Nuraliha Öztürk, beantragte gegenüber der BBC, zwar, dass Sender, die auf YouTube oder Persicope einige Stunden senden, von der neuen Regelung nicht betroffen seien. Doch der Text der Anordnung ist demgegenüber unmissverständlich, dass nicht nur die vom Regime verbotenen kritischen Medien in der Türkei wie MedyaScope oder F24 bald zum Schweigen gebracht werden könnten, sondern auch internationale Sender. Vor allem wird bereits spekuliert, wie die Kontrolleure von RTÜK mit dem neuen, gemeinsamen YouTube-Kanal der Sender Deutsche

nen lässt, wobei die Rete gitter untereinander Medienanstalten

In diesem „Analysis“ wird nicht erstattung der türkischen und Sendungen der britischen schen DW, der US-amerikan französischen France 24, die n und des chinesischen CCTV Tagesschau The Independent das Privilegium einzelner Jour Medien wird analysiert. Sie v ihrer Facebook- oder Twitter-“: „Seit bekannt, der Internationale Ergebnisse

Die genannten Medienanstalten der dort beschäftigten für zum Beispiel in den sozialen N Terrorangriffen auf die Dik verurteilt nach ihre Trauer 5 Schaulagerung: „Ein beider ar Medienanstalten, die von vielfältigen und unabhängigen bereiten, befinden sich unter Türkei-Gegensatz.“

Sie, „empfehle“ den Internat häusern direkt, sie sollen ihre überprüfen, die Arbeit der Rindirekt, die antworten Dikt Türkei mehr Beachtung schen einseitige Berichterstattung nur

Dabei bleibt zu betonen, da Regime noch nicht sein gesamt und Polen gegen die Medien v dass es in naher Zukunft wech hielten, nach für die noch a ten auch nur eines Schlimmer Normalisierung gibt.

**Votre publicité ici**

Contactez Zoubida Belgacem qui est en charge de la régie publicitaire au sein du Lëtzeburger Land.

+352 48 57 57 32  
zbelgacem@land.lu



.....

11,65

ticker

.....

### Grandes manœuvres à l'aéroport

Une 308 grimée LCGB dépose le syndicaliste Patrick Dury devant le bâtiment Schuman sur le Kirchberg, quelques centaines de mètres en amont du rassemblement de ses troupes mardi matin devant le ministère de la Mobilité où la tripartite aviation est organisée (photo : pso). À vélo, le ministre François Bausch (Déi Gréng) double le représentant syndical et le précède devant la grosse centaine de manifestants massés (mais pas trop, distanciation covidienne oblige) sur le parvis de l'Europe. (Entre-temps la ministre écolo de l'Environnement, Carole Dieschbourg, a garé sa Mercedes classe E devant la tour ministérielle, mais elle ne participe pas au meeting). Syndicats et employés, dont des pilotes venus en costume, s'inquiètent de potentielles coupes dans les effectifs à cause de la crise économique que traverse le secteur. Il emploie environ 10 000 personnes. Selon les chiffres communiqués mardi par la direction de Luxairport (capitalisée par l'État), le nombre de passagers a chuté de 64 pour cent au premier semestre, la faute notamment à l'arrêt total des vols en avril. Chez Luxair, le nouveau patron Gilles Feith grimace également.

À la tribune de la conférence de presse organisée dans la foulée de la rencontre entre syndicats, patronat et gouvernement, l'ex-chef de cabinet du ministre de la Défense François Bausch relate des chiffres du même acabit. 67 pour cent de passagers en moins sur les six premiers mois de l'année pour l'acti-

vité *airline*, 73 pour cent pour le *tour operator*. L'activité cargo, soit la prise en charge des marchandises des avions de fret, seuls habilités à voler au printemps, s'est maintenue... avec une légère chute du tonnage de deux pour cent. D'ailleurs, seule Cargolux aura profité de cette crise. La direction, représentée sur scène par Richard Forson (directeur général), ne s'attarde pas sur les chiffres communiqués sur papier. Le volume de marchandise transportée a augmenté de 4,6 pour cent entre janvier et juin... mais surtout (et ce n'est pas indiqué), le prix de la *chargeable tonne*, unité de mesure du fret, a considérablement augmenté dans ce contexte de raréfaction des solutions de transport. Plusieurs sources indiquent que Cargolux se dirige vers une année record, malgré deux premiers mois difficiles à cause du *lockdown* en Chine. Alors on souligne de concert la volatilité de l'industrie, la probabilité élevée qu'elle ne fonctionne plus sur le même rythme et la nécessité de ficeler des plans pour se préparer à l'avenir. Parallèlement aux mesures de chômage partiel permettant un retour progressif à l'activité, les trois entreprises, en collaboration avec les syndicats, s'engagent, d'ici le 17 septembre, à définir des plans. De son côté, le gouvernement s'apprête à mettre la main à la poche. « L'État doit savoir jusqu'où il peut prendre ses responsabilités. Ce que nous pouvons amener pour que tout le plan fonctionne », affirme François Bausch. Qui dit plans, dit investissements. La flotte de Luxair et le cargocentre mériteraient rafraîchissement, dit le ministre au *Land*. Idem pour l'aéroport, pas adapté



aux nouveaux contrôles et pas optimal en termes de *workflow*. Puis il y a l'engagement sur la rénovation de la piste l'année prochaine.

Or, les liquidités manqueraient selon les discours diffusés par l'exécutif depuis plusieurs semaines. Le trésor de guerre d'Adrien Ney, CEO de Luxair parti à la retraite en mai, estimé à 180 millions d'euros au début de l'année, aurait fondu de moitié. Chez Luxairport, les comptes annuels révèlent 87 millions d'euros de réserves, mais le budget piste s'élève à 260 millions d'euros et les revenus de la société d'exploitation de l'aéroport (liés officiellement aux loyers, aux parkings et aux redevances passagers, mais largement infusés par l'État) pourraient ne pas répartir comme avant.

L'État est néanmoins contraint par les règles européennes de la concurrence, bien qu'assouplies, et d'autres compagnies aériennes, comme Lufthansa et Air France, ont du alléger leur masse salariale pour répondre à un marché plus restreint et ne pas vivre des aides de leurs États d'origine. Il va donc falloir se montrer ingénieux pour justifier l'injection d'argent frais permise par le ministère des Finances, dont les trois plus hauts émissaires (le ministre Pierre Gramegna, le secrétaire général Bob Kieffer et Étienne Reuter, directeur de l'Inspection générale des Finances, photo : SIP) ont participé à la Tripartite (mais pas à la conférence de presse consécutive). Des premiers contacts avec Bruxelles ont été opérés, informe le ministre. Il se présentera à l'automne dans la capitale européenne. Une idée dans les cartons depuis plusieurs mois : transférer les activités cargo de Luxair (notamment la gestion du Cargocentre) pour permettre les investissements sur le site. La piste du *sale & leaseback* du nouveau siège de Luxair est aussi explorée pour apporter des liquidités. pso



C'est pour 1 000 habitants le nombre de logements livrés au Luxembourg en 2019, indique en fin de semaine passée Deloitte dans son rapport comparant annuellement depuis une décennie l'immobilier résidentiel en Europe. Le Grand-Duché, inclus dans l'étude pour la première fois cette année, y apparaît comme un *outlier*, une aberration statistique. Le second marché en nombre de logements construits est la France avec un score de 6,7, soit quasiment deux fois moins proportionnellement. L'avance du Luxembourg révèle une course pour que l'offre rattrape la demande. Le retard se traduit par des prix comparativement très élevés. Avec des appartements neufs à 7 145 euros le mètre carré à la vente ou un tarif mensuel de 30,71 euros par mètre carré loué, le Grand-Duché domine bon nombre de classements. Paris reste néanmoins la ville la plus chère du continent à 12 863 euros le mètre carré (à la vente), devant Tel Aviv (9 769) et Luxembourg-Ville (9 565). D'autres comparaisons sautent aux yeux. Vivre à Milan coute deux fois moins cher qu'à Esch-sur-Alzette. Idem pour Rome par rapport à Differdange. On s'achète quasiment quatre appartements à Dublin pour un à Luxembourg. pso

### BGL et Bil : l'État s'attache

Le gouvernement pouvait exercer jusqu'en 2020 (le ministère des Finances n'arrive pas à communiquer l'échéance exacte) l'option de vendre ses dix pour cent du capital de la Bil au prix de 2017, quand les Chinois de Legend Holdings avaient racheté les 90 autres pour cent aux Qataris de Precision Capital. On parle de 160 millions d'euros (dix pour cent de 1,6 milliard), soit très probablement bien plus que ce qui serait obtenu dans le contexte de crise actuel. Pour rappel, la Bil avait été valorisée 730 millions d'euros en 2011. Le ministère des Finances nous confie néanmoins qu'il n'a pas l'intention de se séparer de ses parts dans la banque de la route d'Esch, officiellement pour assurer la stabilité de la Bil, pas plus que de brader celles de BGL (34 pour cent) qui vient de virer son ancien patron, Geoffroy Bazin, pour placer à sa tête une banquière privée, Béatrice Belorgey. pso

### Vite, vite, le Gafi

Le nouveau rapport de la CRF est arrivé. Le millésime 2019 se veut plutôt technique et aride, en convient le chef de la cellule chargée de la lutte contre le blanchiment des capitaux et le financement du terrorisme, Max Braun. Le document est cette année dépourvu d'analyse typologique (des détails sur les infractions par genre). La cellule de renseignement financier a hâté la rédaction et la publication de son rapport annuel en vue de la préparation de la visite du Gafi. L'étude de la place luxembourgeoise par le groupe d'action financière était prévue en octobre, mais elle a été repoussée d'une année. Il s'agit néanmoins de préparer l'évaluation et cela passe par l'envoi de documentation statistique. Le directeur de la CRF voulait travailler sur des chiffres définitifs, qui montrent idéalement que le Luxembourg n'a pas seulement transposé les directives européennes antiblanchiment, mais que les autorités appliquent les textes. Max Braun partage quelques satisfactions : des progrès sur les dossiers fiscaux. « On a bien travaillé avec les administrations fiscales. On a bloqué des sommes non négligeables », relève le substitut du procureur. En 2019, la CRF a pris 89 mesures de blocage pour un montant total de 231 millions d'euros. Le

montant total des sommes bloquées est en forte augmentation par rapport à 2018 (alors de 144 millions).

2019 marquait aussi l'application de la nouvelle loi sur les organismes autorégulés comme les notaires, qui ne soulevaient jusqu'à présent que très peu d'activités suspectes, alors qu'ils sont au carrefour des mouvements d'argent par la création de sociétés. Là encore, la direction de la CRF s'avoue très satisfaite, car cette profession a investi dans des outils et la formation, pour signaler une cinquantaine de transactions ou activités douteuses. « Mais il y a encore des progrès à réaliser », corrige Max Braun. Ces dernières années, la CRF a presque triplé le nombre de ses analystes (bientôt quatorze) et augmenté celui de ses magistrats, cinq aujourd'hui (plus cinq personnes au secrétariat et trois informaticiennes). Le nombre de déclarations de soupçons est anecdotique, car pollué par les prestataires de paiements en ligne comme Amazon ou Paypal. Il s'est d'ailleurs stabilisé après plusieurs années d'augmentation liée à l'arrivée et la généralisation du *e-commerce* et du paiement en ligne. 52 374 déclarations de soupçon en 2019 contre 55 848 en 2018 (encore 4 500 en 2013). La CRF remarque une augmentation 19,39 pour cent des déclarations en provenance des banques traditionnelles entre 2018 et 2019 (2 635 contre 2 124). La plus grande partie des déclarations de soupçon émanent des banques privées (723) puis des banques de détail et commerciales.

Les chiffres de la CRF renseignent en outre sur la nature de la coopération avec le régulateur, la CSSF. Ils révèlent une diminution de la communication de 35 pour cent (de 102 sollicitations en 2018 à 66 en 2019). La cellule l'explique par un nombre de prises de contact élevé de la part du régulateur en 2018 dans le cadre de « différents dossiers dits Laundromat », du nom des révélations du consortium de journalistes au sujet de soupçons de blanchiment d'argent en provenance de Russie et via le système bancaire européen. Dernière satisfaction dans le rapport, à partir de septembre 2020, la CRF accèdera au fichier central des détenteurs de comptes et de coffres forts au Luxembourg. pso



# Le pantouflage de l'ancien ministre socialiste Etienne Schneider et l'alternance dans ses anciens ministères rappellent l'exigence d'un cadre renforcé pour les dépenses et la déontologie

# Cheques and balances



Etienne Schneider, LSAP, dans son bureau de ministre en 2019

Pierre Surlut

**PPP** Lundi, 10 heures. Les rédactions apprennent la nomination de l'ancien ministre de l'Économie Etienne Schneider (LSAP) au conseil d'administration du développeur immobilier d'origine belge Besix. La boîte en question n'est pas bien connue du grand public, mais elle a récemment livré ici des ouvrages d'envergure : le siège de Ferrero (2019) à côté de l'aéroport ou celui d'ING face à la gare (2017). Le patron de la banque au lion orange de 2012 à 2017, Rik Vandenbergher dirige maintenant le groupe immobilier qui a développé le siège de son ancien employeur, également présent au Luxembourg via les entreprises de constructions Wust ou LuxTP. Ceux-là ont notamment œuvré à la rénovation du Pont Adolphe ou à la conception de la gare du Pfaffenthal-Kirchberg. Besix réalise cinquante pour cent de ses 3,3 milliards d'euros de chiffre d'affaires annuel en Europe, 17 pour cent au Moyen-Orient, et notamment dans le Golfe persique où Etienne Schneider entretient un vaste réseau de connaissances du fait de ses nombreuses visites sur place lors de ses mandats de ministre de l'Économie entre 2012 et 2020. Il a d'ailleurs mis un terme à Dubaï en février au temps qu'il s'est lui-même imparti dans l'exécutif. Voilà qu'il « fait aujourd'hui du fric » dans le privé, pour reprendre l'expression de l'ancien président français Nicolas Sarkozy.

Depuis le 4 février et l'officialisation de son départ du gouvernement, Etienne Schneider a, en plus de Besix, rejoint les conseils d'administration du sidérurgiste luxembourgo-indien ArcelorMittal et du conglomérat russe Sistema, dirigé et capitalisé à soixante pour cent par le consul honoraire du Luxembourg en Russie, Vladimir Evtushenkov. Les deux postes précédemment occupés par le prédécesseur d'Etienne

**« Si celui qui définit le marché est celui qui le reçoit, ce n'est pas très... comment dire... » François Bausch, ministre de la Défense**

Schneider sur le boulevard Royal, Jeannot Krecké, avait rapporté en 2019 à l'intéressé quelque 171 000 et 190 000 euros. Le rapport annuel de Besix n'indique pas les émoluments des administrateurs. De telles nominations tiennent en tout cas davantage à l'entregent de l'élu, voire à sa vision stratégique, qu'à ses aptitudes techniques et son habileté à remplir un fichier Excel. Par exemple, l'ancien commissaire européen Karel de Gucht siège aussi auprès de la famille Mittal.

Etienne Schneider a saisi le comité d'éthique avant de rejoindre ces conseils d'administration pour que ses membres se prononcent sur l'adéquation de ces nominations par rapport au code de déontologie applicable aux membres du gouvernement. L'institution éminemment consultative (la personne concernée pouvant passer outre l'avis) a, le 22 avril, souligné que le texte qui énumère les bonnes pratiques est totalement inopérant pour le pantouflage de ministres qui s'orientent vers des entreprises sur lesquelles ils exer-

çaient une tutelle quand ils étaient au gouvernement. Pour le comité présidé par la grande figure du parti libéral Colette Flesch, il n'est pas possible de savoir si, comme l'exige le code, le fraîchement nommé administrateur n'utilise pas dans le privé (pendant deux ans) les informations qu'il a obtenues alors qu'il servait l'intérêt public. Le gouvernement sait d'ailleurs depuis belle lurette que son code ne tient pas la route. Le Greco, émanation du conseil de l'Europe pour lutter contre la corruption, enjoint le Grand-Duché depuis 2018 de réformer son code de déontologie. Un projet de texte a été envoyé fin 2019. L'institution basée à Strasbourg devrait répondre endéans les prochaines semaines si la proposition d'introduire un délai de carence de deux ans après le départ du poste de ministre est satisfaisante. Selon le texte proposé, le gouvernement aurait la possibilité d'empêcher l'un de ses membres sortants de rejoindre une entreprise pendant un maximum de deux années s'il considérait que l'intérêt public était menacé.

**Soupons ex ante** L'intérêt public paraît cependant moins exposé lorsque le ministre a quitté le gouvernement que quand il exerce. Les soupçons de conflit d'intérêt naissent ex ante. Comment s'assurer que le ministre n'a pas accordé l'une ou l'autre faveur au géant de l'acier en vue d'une nomination ultérieure ? On pense (de manière tout à fait hypothétique) à l'attribution du terrain au Kirchberg pour qu'ArcelorMittal y bâtisse son nouveau siège ou à la reprise de l'ancien château de l'avenue de la Liberté où opère dorénavant la BCEE. Concernant Besix, n'y a-t-il pas eu des attributions de marchés à des conditions favorables ? Ou quoi que ce soit avec East West United Bank, prestigieux établissement appartenant au groupe Sistema... Contacté par le *Land*, Etienne Schneider jure ses grands dieux qu'il n'a pas favorisé l'une ou l'autre de ces entreprises. « Je ne peux répondre que par la plus stricte négative. Pour ArcelorMittal, c'est plutôt le contraire parce que je leur réclamaient une somme très importante en décembre passé », réagit l'ancien ministre. Etienne Schneider explique en outre « n'avoir jamais travaillé ni pour Besix ni pour Sistema en tant que ministre ». Il ne connaissait Vladimir Evtushenkov que par son statut de consul honoraire et il n'a jamais « été impliqué dans des affaires avec lui, que ce soit directement ou indirectement ». Dont acte.

Lundi, 17 heures. Un autre front s'ouvre au Kirchberg. Au 22ème étage du *Heichhaus*, le ministre de la Défense François Bausch (Déi Gréng) multiplie les accusations plus ou moins frontales à l'adresse de son prédécesseur, un certain Etienne Schneider. En cause, le très polémique dossier Luxeosys, du nom du satellite d'observation dont il faut doubler le budget pour l'utiliser. Le ministre socialiste avait fait voter au Parlement à l'été 2018 (avant le congé législatif qui précédait la campagne électorale et les élections) la loi portant sur un financement de 170 millions d'euros. Tout le monde (ou presque) à la Chambre trouvait l'investissement, nécessaire vis-à-vis des engagements pris auprès de l'Otan, pertinent au regard de l'aventure spatiale née dans les années 1980 avec SES et revitalisée par Etienne Schneider en 2016 avec l'initiative Space Resources. Au cours de ses deux mandats, le ministre de l'Économie socialiste a eu à cœur d'alimenter un écosystème, à grands coups d'investissements, estimés par ses services à 200 millions d'euros sur cinq ans : Création de la Luxembourg Space Agency, investissement dans des sociétés de l'espace, financement de la recherche, injections dans un fonds d'investissements spécialisé (Orbital ventures), LuxGovsat (le satellite de communication monté avec SES dont l'échec commercial semble assuré) et donc Luxeosys.

Comme l'a d'abord révélé la radio *100,7*, le ministre Bausch mène campagne depuis le mois de mars, étude de PwC en main, pour démontrer que le projet initial a été mal ficelé avec des coûts d'exploitation écartés. L'objectif affiché ? Désamorcer une bombe à retardement trouvée dans les tiroirs de la direction de la Défense à son arrivée en décembre 2018. Lundi, il revient sur la genèse de Luxeosys en 2016 et une prise de contact à l'initiative de la société Hitec dont l'un des principaux actionnaires est Yves Elsen, par ailleurs président de l'université, et qui sous-traite les productions (antennes et matériel pour satellites) du

géant allemand de l'espace OHB, ici plus précisément pour sa filiale italienne de OHB-I. Le groupe paneuropéen OHB (2 000 employés) a trouvé en la petite firme luxembourgeoise Hitec (cinquante salariés), ainsi qu'en ses administrateurs bien connectés, un partenaire idéal pour placer ses produits et bénéficier des aides luxembourgeoises via son implantation locale, Luxspace. En l'espèce, le projet d'un satellite d'observation de la Terre doté d'une caméra à très haute résolution.

**Charité bien ordonnée** Il a été pensé par OHB-I. Le ministre de la Défense s'en offusque. Il aurait fallu travailler selon la même méthode que pour les travaux publics, notamment la réalisation d'un appel d'offres (voie contournée, légalement, en 2018). « J'aurais pris un consultant externe pour définir un cahier des charges », explique le ministre devant l'associé du cabinet PwC François Mousel, ravi de la confiance qu'on lui accorde (il a passé deux heures pour son client, l'État, à une conférence de presse à laquelle il n'aura contribué activement que dix minutes). « J'aurais exclu celui qui m'a défini le marché, car si celui qui le définit est celui qui le reçoit, ce n'est pas très... comment dire... ». François Bausch laisse planer le mystère sur le fond de sa pensée. Celle-ci consiste à rompre avec ces pratiques jugées surannées des échanges de bons procédés. Notons au passage qu'OHB abonde dans l'embryon de fonds Orbital Ventures aux côtés d'acteurs locaux pour financer des start-up du spatial. Que le successeur d'Etienne Schneider boulevard Royal, Franz Fayot (LSAP), a rencontré à Rome, le 4 mars, soit un mois après son arrivée au ministère, un représentant du gouvernement italien. Une entrevue préparée de longue date, avait-il dit au *Land*, durant laquelle a été longuement évoqué « le rôle important d'OHB-I dans les relations entre les deux pays » (information visible sur le site du groupe). Le ministre de l'Économie voulait-il prévenir le partenaire italien de la remise en cause du projet ou existe-t-il des tractations en cours pour soutenir une éventuelle candidature d'Etienne Schneider à la tête de l'agence spatiale européenne (ESA), dont l'Italie est le troisième contributeur ? Le cabinet de Franz Fayot joue la montre. « La question du soutien se posera quand Etienne Schneider aura officiellement postulé pour prendre la relève du directeur Jan Wörner ». Les candidatures, pour lesquelles « une lettre de soutien rédigée par la délégation d'un État membre serait (simplement, ndlr) appréciée », sont ouvertes jusqu'au 31 août. On ne s'exprime pas davantage sur un éventuel soutien de l'ancien ministre au ministère d'État.

Au cours de la même conférence de presse lundi, François Bausch laisse entendre que les députés de la commission de l'exécution budgétaire pourraient saisir la Cour des comptes afin de juger de la pertinence des engagements initiaux dans Luxeosys. L'institution de contrôle de la gestion financière de l'État avait, dans son avis sur le projet de budget 2019, déjà manifesté ses doutes sur la cohérence et la traçabi-

lité des investissements réalisés dans le *New Space*. Au bout de dix pages d'examen, la Cour des comptes finit par demander au ministre Schneider de préciser la stratégie et d'y ajouter des indicateurs d'avancement. Les troupes de Marc Gengler travaillent en outre depuis quelques semaines sur la vente du terrain au fabricant de yaourt Fage, un dossier piloté par Etienne Schneider, dont le coût et les modalités (pas un bail emphytéotique comme généralement pratiqué) ont été sujets à débats. L'engagement résolu d'Etienne Schneider dans l'espace, a constitué jusqu'à un atout formidable dans la manche du candidat à la tête de l'agence spatiale basée à Paris, pour laquelle il a laissé entendre son intérêt (toutefois mesuré) depuis Dubaï fin janvier. Aujourd'hui, François Bausch attise les braises d'un héritage potentiellement inflammable. Le récent rejet de la proposition émanant de Post de nommer Etienne Schneider au conseil d'administration d'Encevo (selon les informations du *Land*) en est la conséquence. Aux yeux du doyen des Verts, le ministre pantoufle est devenu l'as de pique du parti socialiste, la carte qu'il agit pour mettre en valeur sa propre probité politique.

Au CSV, Laurent Mosar met les formes. Il qualifie le dossier de « scandale » (voir encadré), dans la même mesure que Join (acquisition foireuse de Post sujette à investigation du parquet) ou Planet Resources (start-up de l'espace qui a explosé au lancement comme Spire), mais le responsable des polémiques économiques chez les chrétiens-sociaux, avocat d'affaires au civil, reconnaît bien des qualités au ministre-entrepreneur Etienne Schneider, chouchou du patronat pour avoir lancé des initiatives à tire-larigot. Or, tout entrepreneur de cette trempe connaît des échecs, notamment lorsqu'il est mué par une volonté d'agir. Que retenir donc ? Peut-être qu'un encadrement déficient des dépenses et des reconversions du personnel politique dessert l'intérêt de tous, pris collectivement ou individuellement.

## Des coûts supplémentaires affinis

Dans le rapport rendu par le consultant externe PwC, les coûts liés à une modification de la configuration afin d'améliorer l'exploitation du satellite s'élèvent à neuf millions d'euros, ceux liés à des hypothèses non réalisables à 58,7 millions et ceux non couverts dans la loi initiale à 67 millions, soit une enveloppe supplémentaire (selon l'hypothèse pessimiste) de 138 millions, et non plus 180. Mais une partie non négligeable tient aux dépenses de personnel. Un cabinet d'avocats a en outre estimé que rompre le contrat signé en septembre 2018 avec OHB-I coûterait 145 millions d'euros, soit quasiment l'intégralité du budget établi dans le projet de loi initial. pso



François Bausch (Déi Gréng, au centre) a invité la presse lundi au ministère des Transports. Au pupitre, Geoffroy Baudot, responsable Luxeosys à la direction de la Défense



# Le nucléaire, ça pue

Dominique Seytre

**Maisouetdoncornicar** La proposition d'enfouir des déchets nucléaires en Wallonie a provoqué une levée de boucliers de part et d'autre de la frontière luxembourgeoise. La récente consultation du public menée (entre mai et juin) par l'organisme fédéral des déchets radioactifs, l'Ondraf, a eu lieu au moment où la justice européenne, sauf surprise, est en train d'offrir un boulevard à l'industrie nucléaire pour la construction de nouvelles centrales nucléaires, lesquelles produiront encore plus de déchets. Le long procès que l'Autriche et le Luxembourg ont intenté à la Commission européenne à propos des aides d'État accordées à la centrale nucléaire d'Hinkley Point C arrive à son terme. Les conclusions récentes d'un avocat général ne présagent rien de bon pour les opposants au nucléaire.

La consultation publique organisée par l'Ondraf, que le Covid 19 a rendu plus confidentielle, a récolté quelque 10 000 commentaires. Elle portait sur le principe de la gestion des déchets nucléaires des centrales belges par stockage géologique. Une fois le principe de l'enfouissement au plus profond du sol adopté – l'Ondraf cite le chiffre de 13 000 tonnes – il faudra, dit-il, procéder par étape et envisager les aspects sociaux, éthiques, financiers et techniques du projet. Dans son rapport sur les incidences environnementales du 15 avril 2020 l'Office belge admet en effet ne donner à ce stade ni le où (formation géologique hôte), ni le comment (concept de stockage), ni le quand (« début de l'exploitation dans plusieurs décennies au mieux »). L'Ondraf ajoute, qu'à ce stade, elle ne peut pas encore évaluer les incidences sur l'environnement et sur l'homme. L'accord sur le principe, l'enfouissement d'abord, d'autres consultations suivront.

Les parties concernées trouvent la ficelle un peu grosse. Pour la Région wallonne, il n'existe pas d'étude d'incidences à l'étranger sur le stockage géologique des déchets en tant que « concept ». Elles sont toutes basées sur des éléments d'analyse concrets (type de sous-sol, les risques d'infiltration, etc). Le gouvernement luxembourgeois voit rouge, constatant qu'aucune incidence transfrontalière n'est envisagée. Il s'inquiète pour les conséquences sur l'approvisionnement en eau du Grand-Duché. Qu'advient-il de l'aquifère du Grès du Luxembourg en cas de contamination par les substances radioactives stockées ?

Enfin, pour ne citer qu'une ONG, Greenpeace qualifie le projet de « coquille vide ». Un projet sans échéance pour un concept vague. Un plan qui ne répond pas aux exigences de la directive européenne de 2011 sur la gestion des déchets nucléaires laquelle impose à chaque État membre – le Luxembourg en est dispensé –, d'avoir un plan national de gestion, avec des échéances claires, des solutions techniques, des estimations financières et de la transparence. La Belgique est sous le coup d'une procédure d'infraction pour ne pas encore avoir soumis son plan. Dans un rapport de 2017 la Commission fixait à 3 313 000 m<sup>3</sup> le volume total de déchets radioactifs sur le territoire de l'UE.

**Poubelle verte** Alors, la Commission, championne de l'environnement ? Elle a récemment créé sa liste verte européenne, la première au monde, dit-elle fièrement. Un système de classification des activités économiques durables – ou taxonomie – qui, selon ses termes, permet de créer un langage commun que les investisseurs peuvent utiliser lorsqu'ils investissent dans des projets et activités économiques qui ont un impact dur le climat et l'environnement. L'industrie nucléaire y a été écartée. Elle produit de l'électricité à faible émission de carbone, mais elle génère des déchets. Une victoire pour les anti-nucléaires. Sous la pression de la France notamment, elle a ensuite accepté qu'un groupe de travail étudie la possibilité future de l'y intégrer.

Victoire pour le lobby nucléaire. Un dossier que tous suivent de très près pour voir de quel côté la Commission va pencher.

Pour les écologistes, l'exécutif européen joue quand même un double jeu, notamment dans le dossier Hinkley Point C, la centrale nucléaire que construit EDF en Angleterre, dans le Somerset. Un dossier un peu perdu de vue tant la procédure est longue, mais d'une importance capitale pour l'industrie nucléaire si elle veut poursuivre ses constructions de nouvelles centrales notamment dans les pays de l'Est, un marché qu'elle convoite. La Commission a choisi son camp. Il faut repartir du 8 octobre 2014, date à laquelle la Commission européenne a surpris son monde en autorisant les aides très importantes accordées par le Royaume-Uni à EDF, lequel, avec son partenaire chinois, est à la tête du projet Hinkley Point C.

La Commission avait tout d'abord été hostile à ces aides les considérant comme des aides d'État illégales. Puis après que le Royaume-Uni a légèrement remanié son projet, sans toucher vraiment à ce que la Commission lui reprochait – les juristes l'ont souligné – cette dernière a finalement autorisé ces aides à une majorité de voix très faible, à

trois semaines de son départ pour faire place à la Commission Juncker. Une décision politique dénoncée à l'époque. Protestation immédiate de l'Autriche. Le Chancelier Werner Faymann annonce qu'il va poursuivre la Commission européenne en justice. Les Autrichiens ont une aversion pour le nucléaire. « Un politicien pro-nucléaire serait un politicien mort », explique l'un d'eux.

L'Autriche a combattu pour annuler la décision de la Commission. Elle n'avait eu aucune difficulté à avoir accès au prétoire contrairement à des sociétés privées productrices d'énergie verte allemande qui, parallèlement, ont voulu en faire autant parce que, disaient-elles, la centrale d'Hinkley Point C, lourdement subventionnée, allait leur faire de la concurrence illégale sur le grand marché commun de l'énergie. Elles ont été déboutées parce que, ont dit les juges européens, elles n'avaient pas d'intérêt individuel à agir. Fureur de leur avocate à la lecture de l'arrêt. « Ce n'est pas l'Europe que je veux ! », indiquait alors Dörte Fouquet avocate au cabinet allemand Becker Büttner Held spécialisé dans les infrastructures énergétiques. « Nous sommes allés dans les détails. Nous avons montré, chiffres à l'appui, comment la centrale nucléaire d'Hinkley Point

allait influencer le prix de base de l'électricité à la bourse, affecter chacune de nos clientes qui produisent de l'électricité verte. Le juge européen nous dit que nous n'avons pas qualité à agir parce que Hinkley Point ne nous concerne pas ! »

**Lëtzy party** Le Luxembourg est aussi partie au procès. Il va intervenir au côté de l'Autriche. La ministre de l'Environnement luxembourgeoise, Carole Dieschbourg, en explique les raisons à Europaforum : « Nous voulons empêcher une renaissance de l'énergie nucléaire et une nouvelle orientation de la politique énergétique européenne. » Elle précise que si le feu vert de la Commission au principe des aides d'État au nucléaire n'était pas annulé par les juges, Hinkley Point C constituerait un précédent et encouragerait d'autres pays à construire des centrales nucléaires. Sans aides d'État, le nucléaire n'est pas viable. La France, la République tchèque, la Hongrie, la Pologne, la Roumanie et la Slovaquie sont entrés en lice, mais du côté de la Commission.

Parmi ses arguments, l'Autriche disait que dans le traité Euratom sur l'énergie atomique créé en 1958, il n'était nullement question de création de nouvelles centrales ni a fortiori d'aides d'État

**« Nous voulons empêcher une renaissance de l'énergie nucléaire. »**  
**Carole Dieschbourg, ministre de l'Environnement**

donc pouvait bénéficier l'industrie nucléaire. Elle dit aussi que et que si la Commission estimait, comme elle l'a fait, qu'il fallait appliquer les dispositions manquantes en prenant celles qui figurent le Traité de l'UE, – c'est-à-dire celles concernant les aides d'État – il fallait prendre aussi les dispositions sur la santé et sur l'environnement du Traité de l'UE. Des arguments balayés par la Commission. Petit rappel juridique : Dans le Traité de l'Union, il est dit, article 107, que les aides d'État sont interdites, car elles faussent la concurrence et risquent de favoriser certaines entreprises. Sauf, entre autres raisons, si elles « sont destinées à promouvoir la réalisation d'un projet important d'intérêt européen ».

L'Autriche et le Luxembourg soutiennent qu'Hinkley Point C n'est pas un projet d'intérêt européen puisqu'une partie des États membres est opposée au nucléaire. Le 12 juillet 2018, le Tribunal européen leur répond que le Royaume-Uni a clairement un « intérêt public » à construire la centrale puisqu'elle veut augmenter ses capacités énergétiques, ce qui est suffisant. Quant à l'intérêt commun prévu dans le Traité, « il ne doit pas forcément s'agir d'un intérêt de tous les États membres ou d'une majorité d'entre eux ». Substituer un intérêt national à l'intérêt commun fait bondir les écologistes. L'Autriche se pourvoit en cassation. Le 7 mai dernier, l'avocat général Hogan propose que la Cour de justice européenne confirme l'analyse du Tribunal et estime « que le développement de l'énergie nucléaire est, comme cela résulte du traité Euratom, un objectif clairement défini du droit de l'Union et que cet objectif ne saurait être subordonné à d'autres objectifs de ce droit, comme la protection de l'environnement ». Nouvelle indignation des anti-nucléaires.

Politique du fait accompli : Sans attendre l'issue du procès, le 1er juin dernier, EDF annonce que, malgré la pandémie, elle a posé une dalle de béton de 49 000 tonnes qui supportera le deuxième réacteur EPR de la centrale Hinkley Point C. Au même moment, le gouvernement hongrois indique qu'il autorise les travaux de terrassement de sa centrale Paks II, avec l'appui des Russes, sans attendre l'avis de son agence nationale de l'énergie atomique. La Commission européenne avait autorisé les aides prévues pour ce projet dans une décision qualifiée aussi de très politique par les médias. L'Autriche et le Luxembourg ont aussi demandé l'annulation des aides à Paks II devant la justice européenne laquelle a suspendu l'affaire en attendant l'arrêt Hinkley Point C qui sera rendu en 2021.



Saisie par l'Autriche et le Luxembourg, les juges européens devront statuer sur la légalité des aides au nucléaire

## L'opposition du Grand-Duché et de l'Autriche devant la Cour européenne aux soutiens nationaux à l'énergie nucléaire se dirige vers un échec



Zu Gast

# Solidarität großgeschrieben

Gilles Baum

Das Budget 2020 von Finanzminister Pierre Gramegna ist das sozialste, das es je in Luxemburg gegeben hat: 47 Prozent – also nahezu die Hälfte der eingeplanten Mittel – gehen in den sozialen Bereich.

Die Solidarität zieht sich wie ein roter Faden durch die Regierungspolitik. Angefangen mit der Einführung des gratis öffentlichen Transports, die den regelmäßigen Kunden von Bus, Zug, Tram oder Funiculaire eine Ersparnis von 440 Euro Jahresabonnement bringt. Geld, das seit März dieses Jahres anderswo investiert werden kann. Der gratis öffentliche Transport ist auch eine zusätzliche Maßnahme zur Verbesserung der Lebensqualität. Dies betrifft insbesondere den ländlichen Raum, in dem das Transportangebot deutlich erweitert werden muss. Darüber hinaus müssen Bus und Zug besser aufeinander abgestimmt werden, unter anderem durch die Einführung von Express-Buslinien. Auch die Parkplätze in der Nähe von Bahnhöfen müssen dringend ausgebaut werden, da es auf dem Land einer Kombination aus Individualverkehr, P&R und Zug oder Bus bedarf.

Die regelmäßige Erhöhung des Mindestlohns ist der Kollektivvertrag jener Arbeitnehmer, die keinen Kollektivvertrag haben. In diesem Sinne ist die Anpassung des Mindestlohns um netto 100 Euro zu sehen, die zu zwei Drittel vom Staat und zu einem Drittel von den Betrieben getragen wird. Nicht zu vergessen die Einführung eines zusätzlichen, 26. Urlaubstages sowie des Europatags als offizieller Feiertag.

Was die sogenannten Zeitsparkonten betrifft, setzt die DP darauf, dass die Regierung diese Regelung auch auf den Privatsektor ausdehnen wird. Schließlich hat sich die Maßnahme seit ihrer Einführung im öffentlichen Sektor als großer Erfolg erwiesen.

Die Notwendigkeit von flexiblen Arbeitszeiten und der Wunsch nach einer persönlicheren Arbeitszeitgestaltung hat sich während der Corona-Pandemie erhärtet. *Nine-to-five*, das war gestern. Die DP steht voll und ganz hinter einer, den jeweiligen Bedürfnissen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern angepassten Arbeitsorganisation.

Im öffentlichen Dienst setzen wir überdies auf gut ausgebildete Beamte, die regelmäßig weitergebildet werden. Die Aufgaben, die auf den öffentlichen Dienst zukommen, werden wir nämlich nur mit bestens vorbereiteten und motivierten Staatsdienern bewältigen können.

Zu flexiblen Arbeitsbedingungen gehört seit der Corona-Krise natürlich auch das Home-Office. Die DP betrachtet sich als Vorreiter in diesem Bereich, der sowohl den Beschäftigten als auch den Arbeitgebern entgegenkommt. Ausgenommen natürlich jene Berufe, in denen die Anwesenheit am Arbeitsplatz unabdingbar ist. Wir setzen uns auf jeden Fall für einen Gesetzesrahmen ein, der allen Akteuren zugutekommt.

Damit das Home-Office zu einem wahrhaften Erfolg wird, bedarf es eines Steuerabkommens mit unseren drei Nachbarländern, damit ein grenzübergreifendes Home-Office nicht an steuerlichen Nachteilen für die Grenzgänger scheitert. Die DP könnte sich vorstellen, dass solch ein Abkommen mindestens einen Tag Home-Office pro Woche beinhaltet.

Nach der Parlamentsdebatte über die Covid-19-Pandemie von vergangener Woche hat sich gezeigt, dass Luxemburg bisher gut durch die Krise gekommen ist. Es gilt jetzt, die richtigen Lehren daraus zu ziehen. Mit dem Ziel, nach dem Virus besser dazustehen als vor dem Virus.

Unser Ziel ist es nun, die Lebensqualität in Luxemburg weiter zu verbessern. Zum Wohle aller unserer Bürger.

## Hipster-Hotel

E Kingsize-Bett am Guichet,  
Eng Duplex-Suite mat Lack,  
Coworking-Space mat WiFi  
A Lifestyle op all Stack.

All Mënsch ass do begeeschtert:  
Eis Post ass weï e Schluss,  
E Bijou, dee mer weisen;  
D'Stad ass jo soss verschass.

Fir digital Nomaden,  
Eng Zär am Bannenhaff,  
Fir Powerlunch mat Yoga  
A Wellness no der Schaff.

D'Madam ass ganz zefridden,  
De Schäfferot steet stramm;  
Mee ass dee kale Kaffi  
Fir d'Post eng gutt Reklamm?

Jacques Drescher

## Die kleine Zeitzeugin

Michèle Thoma

Der luxemburgische Pass ist ein Zauberpas, die Welt sagt: Hallo! und winkt einen durch, weiter, und schon steht man am Strand, in dem Land, in das man hinein wollte. So einfach geht das. Es ist kein verfluchter Pass, mit dem man ein Flüchtling ist, eine Luxemburgerin ist eine Weltreisende, die Welt steht ihr offen und natürlich zu.

Und jetzt? Plötzlich Paria. Plötzlich No-Go. So was wie Libyen. Klar, berüchtigt als Bankenparadiesit/innen sind Luxemburger/innen immer noch, aber das schadet ja nicht, Cash wird nicht gebasht. Und jetzt plötzlich Parias. So wie die Schwed/innen, aber die sind wenigstens selber schuld.

Die Schwed/innen gingen einen Sonderweg, direkt zum Friedhof. Schleckten Eis in der Sonne, während wir hinter schwedischen Gardinen schmorten. Sie protesten uns ungeniert zu, lachten. Mit anderen. Lachten. Uns aus. Eiskalt den Alten gegenüber. Wir nicht. Wir sperrten Alt und Jung solidarisch ein, sperrten die Kinder ein, die Spielplätze ab, desinfizierten Desinfektionsmittel, bügelten Zeitungen und sprachen nur noch mit der *Pissblumm* am Wegesrand. So lebten wir, einen verwunschenen Lenz lang. Und jetzt dies, das ist fies.

Das ist unfair. Eben erst hielten unser Außenminister und der deutsche Außenminister einander auf einer Brücke zwar nicht an den Händen, aber an der Maske, das war sehr schön und so humorvoll. Erleichtert lachten die Menschen auf, die Autos würden wieder rollen wie in den Bilderbüchern, über frisch lackierte Autobahnen, hin und her, die Euros auch. Es ist so schön im Schengen-Raum, er ist ein Weltraum! Und jetzt? Die Deutschen wollen uns zwei Wochen einsperren, nur weil wir auf Besuch kommen.

Manchmal kippt die Stimme des Premiers ins leicht Hysterische. Die Gesundheitsministerin schaut ein bisschen müde und auf eine schön melancholische Art besorgt aus. So als lägen wir ihr am Herzen, so als könne sie nicht schlafen, weil sie sich so um uns sorgt. So stellt man sich eine Großherzogin der Herzen vor. Sie ist überzeugt von ihrem Weg, den aber immer mehr für plemplem halten. Plemplem hat sie auch einmal gesagt, sie drückt sich ebenfalls verständlich aus. Die meisten Luxemburer Politiker/

## Die Schwed/innen lachten uns aus. Wir sperrten Alt und Jung solidarisch ein

innen tun das, sie reden nicht lang um die *Brach* herum, wenn sie sich nicht gerade in französischem Floskelfirlefanz verheddern. Die Gesundheitsministerin, die über unsere Gesundheit wacht, so sehr, dass sie vermutlich nicht schlafen kann, bemüht sich, uns den steinig und unattraktiven Weg schmackhaft zu machen. Er sei der beste, der allerbeste. Die Regierung will nur das Beste für die Menschen im Land. Die im Dunkeln sieht man nicht, das ist die Aussage, die Dunkelziffern im Ausland sehen wir eben nicht und das Ausland sieht seine Dunkelziffer auch nicht. Nur bei uns kommt alles ans Licht, unser Röntgenblick outet alles.

All das tröstet zwar die nicht, die gerade mit gepackten Koffern vor ihrer rollenden Festung stehen, man

wollte sowieso schon nur nach nebenan. Mit Meer eben. Oder doch mal flugs in ein fliegendes Zeug. Obschon es zuhause schön ist, aber man war eben schon in Bourscheid und in Remich. Und im Mül-lerthal, wo es ebenfalls sehr schön ist.

Das *Tageblatt* berichtet von der im Kanton Esch am heftigsten grassierenden Seuche. Das Robert-Koch-Institut findet uns riskant. Das Ausland sieht rot. Höllisch rot, wie Balkan, wie Krieg. Belgien, noch nett, zwar nur orange.

Es ist wegen der Partys. Es ist wegen der Schulen. Es ist wegen den Jungen. Weil die Jungen so jung sind. Und jetzt haben es die Jungen. Was gut ist. Weil die Jungen so jung sind. Die Alten ducken sich vor der Welle. Die Jungen stürzen sich hinein. Sie glauben, sie können surfen. Die Armen haben es, weil sie arm sind. Die Grenzgänger/innen haben es auch, aber nicht so. Wer hat es am meisten? Wer hat es warum am meisten? Und warum wir?

Weil wir testen, sagt die Regierung. Dann hört auf zu testen, sagt das gescheite Volk. Es ist nicht nur wegen dem Testen, sagt die Regierung. Warum denn dann?, fragt das Volk. In Trier haben sie auch Party gemacht.

Die originelle Opposition verkündet, sie habe genug.



Nur bei uns kommt alles ans Licht, unser Röntgenblick outet alles

## Chroniques de l'urgence

# La pub, un venin pour le climat

Jean Lasar

Y a-t-il une place pour la publicité dans un monde qui chercherait sérieusement à se sevrer des énergies fossiles et à tourner le dos à ses pratiques écocidaires ?

Selon ses champions, la publicité a pour vocation d'informer le consommateur sur les choix qui

s'offrent à lui et aurait donc un rôle bénéfique pour l'économie. Dans une perspective de sauvetage du climat terrestre, elle est, au contraire, un maillon essentiel de la course à l'hyper-consommation et de l'exploitation irresponsable des ressources.

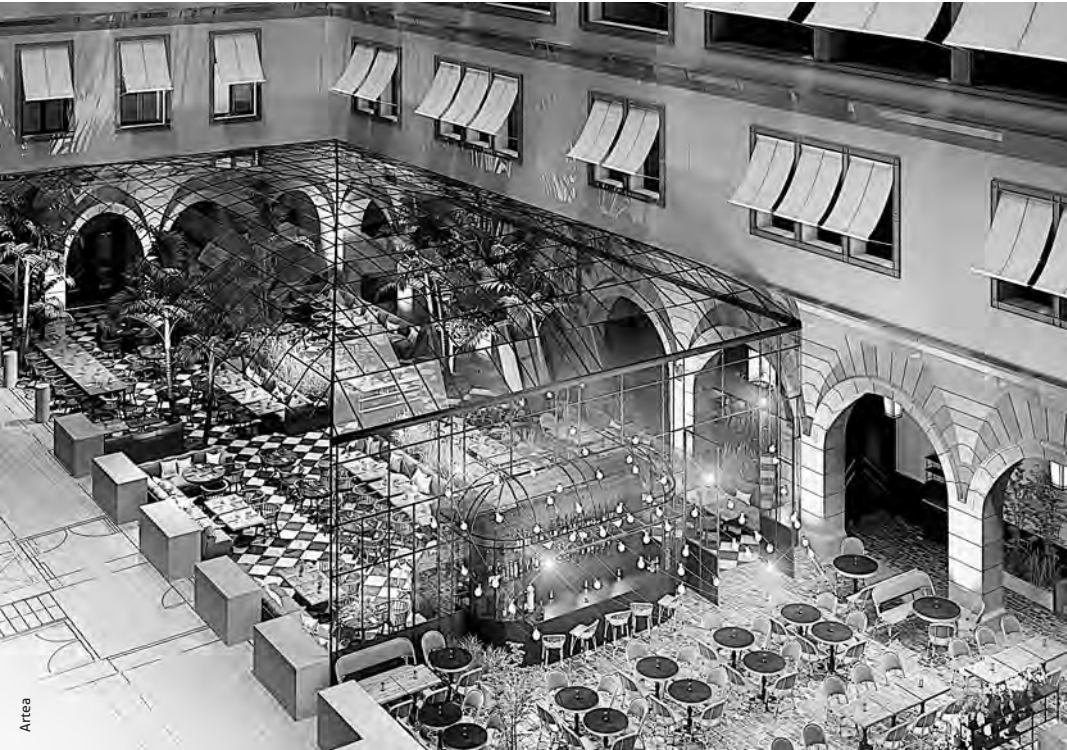
Admettons-le, les justifications passées de la « réclame » ne tiennent plus. C'est ce que s'attache à démontrer un rapport publié en mai en France par le programme Spim (Système Publicitaire & Influence des Multinationales), intitulé « Big Corpo – Encadrer la pub et l'influence des multinationales : un impératif écologique et démocratique ». Sur plus de 200 pages, ce rapport décortique le fonctionnement et l'impact des marchés publicitaires, qu'il chiffre à plus de 1 500 milliards de dollars en 2021 à l'échelle mondiale.

« S'il est avéré que le modèle publicitaire actuel participe activement à l'augmentation des segments les plus énergivores de la croissance – consommation massive de biens de masse à l'empreinte écologique forte – alors ce modèle devra être neutralisé ». À moins, nuance le rapport, qu'il ne parvienne à se réformer « pour servir uniquement les activités économiques les moins gourmandes en énergie ou contribuant directement à réduire la facture énergétique et à développer un modèle 'bas carbone' ». Le rapport souligne aussi le rôle croissant de la publicité comme bouclier de la réputation des grands groupes, à coup de positionnements sur des enjeux éthiques et sociétaux, afin de « maintenir artificiellement l'image et la crédibilité » dont ils ont besoin.

La publication de ce rapport a coïncidé à quelques semaines près avec celle des conclusions de la Convention citoyenne pour le climat, qui contiennent les recommandations suivantes : interdire la publicité pour les produits les plus polluants, interdire les pratiques publicitaires incitant à la consommation non choisie et imposer aux navigateurs internet un bloqueur de publicité par défaut, instaurer une mention obligatoire incitant à moins consommer dans les publicités et la vente en ligne. La plus radicale de ces mesures, la première, est, selon des juristes consultés par *Le Monde*, entachée d'un « risque d'inconstitutionnalité ». Point épineux : qui détermine, et comment, quels sont les produits et services les plus polluants ?

Restent les questions lancinantes de la dépendance des médias d'information, y compris des réseaux sociaux, envers la publicité et, par le biais de l'autocensure ou d'une emprise directe, de l'influence des annonceurs sur leur ligne éditoriale. En plus d'être un rouage central de la course effrénée à la croissance, la pub participe aussi à la perversion de la formation de l'opinion. Il convient de la recadrer.

## Admettons-le, les justifications passées de la « réclame » ne tiennent plus





Naher Osten

# Blutige Milch und bitterer Honig

Robert Goebbels

Immer wieder wird die internationale Aktualität dominiert von den Streitigkeiten zwischen Israel und den Palästinensern um den von beiden Völkern beanspruchten Streifen Land, der seit Beginn der geschriebenen Geschichte als Geburtsstätte verschiedener Religionen gilt.

Die Juden behaupten, ihr Gott Jahve habe ihnen das Gebiet zwischen dem Jordan-Tal und dem Mittelmeer anvertraut. Doch die von den Juden geheiligten biblischen Texte belegen, dass Moses nach dem Auszug aus Ägypten kein leeres Land vorfand. Es gab „im gelobten Land“ bereits viele Völker. Die damals besiegt und gar ausgerottet wurden.

Die Thora zeugt von einem rachsüchtigen Gott, der gnadenlos selbst Gefolgsleute mit dem Tode bestraft. Etwa nach der Huldigung des „goldenen Kalbs“. Die Propheten der heiligen Schrift schildern in grausamsten Tönen die vielen Schlachten der jüdischen Stämme gegen die Ansässigen. Laut Steven Pinkers Standardwerk *Gewalt* enthält die hebräische Bibel „mehr als 600 Passagen, in denen ausdrücklich davon die Rede ist, wie Nationen, Könige oder Einzelpersonen andere angreifen, zerstören und ermorden ...“

Die Autoren der Bibel, so Pinker, „sahen nichts Schlimmes in Sklaverei oder grausamen Bestrafungen wie Blenden, Steinigung oder Zerstücken eines Menschen“. Sklaverei, unterstreicht Pinker, „wird in der hebräischen wie christlichen Bibel befürwortet, und sowohl Platon als auch Aristoteles rechtfertigten sie als natürliche Institution, die für das Funktionieren einer zivilisierten Gesellschaft notwendig sei“. Die heute wieder angestrebte „Direkte Demokratie“ der Athener funktionierte nur, weil im Zeitalter des Perikles „die freien Bürger“ auf der Agora palavern konnten, da die Arbeit der Frauen und vor allem der Sklaven dies ermöglichte. Immerhin war ein Drittel der Athener Bevölkerung versklavt.

Heute hat die Menschheit eine etwas weniger brutale Konzeption von Zivilisation. Dennoch steht Landraub noch immer auf der Tagesordnung. Wie die aktuellen Konflikte zwischen Indien und China oder um Syrien wie Libyen zeigen. Sowie die von Netanjahu mit dem Segen Trumps angestrebte Einverleibung eines Drittels des palästinensischen Territoriums.

## Die Uno wollte zwei Staaten

Israel ist eine Kreation der Vereinten Nationen. Kraft des internationalen Völkerrechts beschloss die 2. Vollversammlung der Uno am 29. November 1947 eine Teilung Palästinas, das seit dem Ersten Weltkrieg unter britischem Mandat stand. Für die Teilung des Landes stimmten 33 Staaten, angeführt von der Sowjetunion. Es gab 13 Nein-Stimmen, vor allem von arabischen Staaten, sowie

zehn Enthaltungen, darunter Großbritannien. Neben einem eigenen Staat für damals 600 000 Juden sowie einem Staat für damals 1,3 Millionen Palästinenser sollte Jerusalem wegen seiner Bedeutung für die drei monotheistischen Religionen eine neutrale Enklave werden. Alles vereint in einer Wirtschaftsunion.

Doch weder Juden noch Araber waren gewillt, den Schiedsspruch der Vereinten Nationen anzunehmen. Nach dem Ende des britischen Mandats am 14. Mai 1948 entbrannte ein Krieg zwischen dem neu ausgerufenen Staat Israel und sechs arabischen Nachbarstaaten. Den Israel dank der Waffenlieferungen der Sowjetunion und der Tschechoslowakei gewann. Mit kapitalkräftiger Unterstützung aus den USA.

Die von der Uno herbeigeführten Waffenstillstände zwischen den verschiedenen Kriegsteilnehmern ermöglichten es Israel, sich einen Großteil des umstrittenen Territoriums einzuverleiben. Darunter drei Viertel von Jerusalem. Gleichzeitig wurden 650 000 Palästinenser ihrer Besitztümer beraubt und vertrieben. Die Schaffung des Staates Israel als Heimstatt aller Juden wurde vor allem in Europa und in den USA getragen vom schlechten Gewissen der Siegermächte über Nazi-Deutschland. Zu viele hatten weggesehen bei den Judenverfolgungen durch Hitlers Reich, zu wenige hatten jüdische Flüchtlinge aufgenommen. Diese wurden bestenfalls nach Palästina weitergereicht, leider kein leeres Land.



Eine Demonstration im Dezember 2011 gegen die Beschlagnahme von Land in der West Bank zum Bau einer Trennungsmauer

Die Regierenden in Israel spielen weiterhin mit diesem schlechten Gewissen. Besonders in Deutschland ist jede Kritik an den unschönen Begleitumständen des Vorgehens des israelischen Staates gegen die Palästinenser tabu. Steine werfende Jugendliche im Gaza-Streifen sind automatisch „Terroristen“. Die Bomben-Angriffe von „Tsahal“ sind immer berechtigt. Selbst Israels Aufstieg zur Nuklearnacht wird verdrängt.

## Doppelmoral?

Als Putin die Krim heim in sein Reich holte, war die Aufregung groß. Die USA und die EU beschlossen sofort Sanktionen. Im gleichen Moment genehmigte Israel neue Siedlungen auf Kosten der Palästinenser. Die damalige Hohe Außenbeauftragte der EU, Cathy Ashton, rechtfertigte die Bestrafung Russlands wegen „Landraub“, befand aber gleichzeitig, die EU könne Israel nicht mit Sanktionen belegen.

Laut dem israelischen Historiker Yuval Noah Harari hat Israel den während des Unabhängigkeitskrieges von 1948 ausgerufenen Notstand nie ganz aufgehoben. Sein Land habe „viele der temporären Maßnahmen von 1948 nicht zurückgenommen“, besonders was die „Landkonfiskation“ anbelangt (*Neue Zürcher Zeitung*, 24.3.2020). Was erklärt, weshalb die israelischen Regierungen immer wieder die illegalen Landbesetzungen durch radikale Siedler ratifizierten, selbst gegen anderslautende Urteile des Obersten Gerichtshofes.

Nach dem Sechs-Tage-Krieg von 1967 hatte Israel Großteile der umkämpften Gebiete besetzt, darunter die Sinai-Halbinsel und Gaza. Was Israel in der Folge eine gewisse Großzügigkeit erlaubte. Es kam zu einem Friedensvertrag mit Ägypten und zur Rückgabe des Sinai. Vor allem eröffnete das Osloer Abkommen von 1994 die Möglichkeit einer Befriedung der Region durch die Schaffung zweier Staaten bis 1999. Die Ermordung von Premierminister Rabin durch einen jüdischen Extremisten am 4. November 1995 warf den Friedensplan über den Haufen. Nach Neuwahlen kam die nationalistische Partei mit Premierminister Begin an die Macht. Der nach Neuverhandlungen mit den Palästinensern durch den Vertrag von Sharm El-Sheik einen eigenständigen Palästinenser-Staat für das Jahr 2000 versprach.

Doch außer der Rückgabe von Gaza unter Premierminister Sharon nutzten die sich folgenden Regierungen jede Gelegenheit, um einen eigenständigen Palästinenser-Staat unmöglich zu machen. So wurden „Schutz“-Mauern um die illegalen Siedlungen gebaut, immer auf palästinensischem Land. Mit dem Resultat, dass über 400 000 Palästinenser in 53 Ortschaften von ihrem theoretischen Staat abgeschnitten sind. Besonders Netanjahu verfolgt eine brutale Politik für die Schaffung eines „biblischen“ Groß-Israels. Es ist diese permanente Vermischung von politischen und religiösen Zielen, welche die Situation in und um Israel so verkompliziert.

Selbst in Israel gibt es kritische Stimmen gegen ein neues „gelobtes Land“ ausschließlich für Juden. Pro-

## Sollte Israel massiven Landraub an Palästina begehen, sind Sanktionen unumgänglich

fessor Shlomo Sand von der Universität von Tel Aviv unterstreicht, dass sich aus der Vertreibung der Juden vor 2 000 Jahren aus dem „heiligen Land“ keine heutigen Besitzansprüche ableiten lassen. Wie reagierte die Weltöffentlichkeit, so Shlomo Sand, wenn nunmehr die Schaffung eines arabischen Staates in Spanien angestrebt würde? Mit dem Argument, die ehemals muslimischen Bewohner Andalusiens seien vor 500 Jahren durch die katholische „Reconquista“ aus ihrer Heimat vertrieben worden?

Geschichte ist, wie der britische Historiker Arnold Toynbee befand, „nur ein verdammtes Ding nach einem anderen“: eine lose Folge von Ereignissen ohne wirkliche Logik und klares Ziel. Das Resultat ist nachträglich nicht abzuändern. Die Menschheit lebt in der Gegenwart. Die Zukunft bleibt immer ungewiss.

Sollte Israel seine Annexionspläne durchsetzen, entsteht kein Land, wo „Milch und Honig“ fließen. Fließen wird bloß viel unschuldiges Blut.

Die internationale Gemeinschaft und besonders die westlichen Staaten können bei aller Sympathie für Israels Juden und Respekt vor dem Holocaust nicht akzeptieren, dass der Entscheid der Vereinten Nationen zugunsten einer Zwei-Staaten-Lösung Makulatur wird. Reagierte die EU nicht gegen solch massiven Landraub, ginge ihre internationale Glaubwürdigkeit verloren.

Außenminister Jean Asselborn hat sich resolut der Verteidigung des internationalen Rechts verschrieben. Eine gesicherte Existenz Israels kann nur einhergehen mit der Schaffung eines unabhängigen Palästinenser-Staates. Was viele UN-Resolutionen und völkerrechtlich bindende Verträge bekräftigen.

Die einzige Alternative wäre ein gemeinsamer Staat, basierend auf dem demokratischen Prinzip „ein Mensch, eine Stimme“. Eine Perspektive, die gerade den fanatischsten Israeli kaum gefallen dürfte.

Robert Goebbels (LSAP) war zwischen 1984 und 1999 Staatssekretär beziehungsweise Minister in verschiedenen Ressorts. Von 1999 bis 2014 war er Europaabgeordneter in der Fraktion der Sozialisten.

Turquie

# À propos de Sainte-Sophie

Laurent Mignon

Une vidéo circule sur les médias sociaux en Turquie. On y voit le comédien Turgay Yıldız incarnant un citoyen turc lambda téléphonant à son grand frère Raif en Allemagne pour lui annoncer la bonne nouvelle : « On peut de nouveau prier à Sainte-Sophie. » Cependant le frère aîné ne partage pas l'enthousiasme de son cadet qui se voit obligé de confirmer que tout n'est pas parfait : « Ah non, je suis toujours au chômage. Il n'y a toujours pas de travail, mais j'ai une bonne nouvelle : On peut prier à Sainte-Sophie. » À l'autre bout du fil, Raif passe en revue les maux qui caractérisent la Turquie actuelle : l'inflation, la répression, la censure, l'état de l'économie et la corruption. À chaque fois, le petit frère confirme que le problème subsiste mais rajoute, la mine réjouie, « qu'on peut désormais prier à Sainte-Sophie ». À la fin du sketch, Raif, exaspéré, raccroche brusquement le téléphone, un geste que le petit frère interprète comme étant causé par l'excitation de l'aîné voulant vite venir en Turquie pour prier à Sainte-Sophie.

En quelques minutes hilarantes, Yıldız réussit à cerner la véritable signification de la réouverture de Sainte-Sophie en tant que mosquée. Il s'agit d'un acte de diversion, un art dans

lequel excellent les leaders populistes. Certes, en révoquant une mesure gouvernementale de 1934 qui conférait à l'ancienne basilique byzantine, puis mosquée ottomane, le statut de musée, le Conseil d'État a accédé à la requête de plusieurs associations. Cependant, cette pétition n'était pas vraiment représentative d'une quelconque demande populaire. Il est néanmoins vrai que depuis des décennies, des groupes religieux-nationalistes et islamistes revendiquaient la réouverture de la mosquée. Il était inévitable qu'à partir du moment où le Président de la république épousait leur revendication, le statut de l'édifice allait être remis en question. Pour le président turc, il s'agit d'un geste symbolique dans le cadre du démantèlement plus ou moins systématique de l'État laïc, même s'il est loin d'être clair quelle forme prendra cette réouverture. En révoquant une décision prise par Mustafa Kemal Atatürk, le président Erdoğan se met une fois de plus en avant comme leader d'une Turquie nouvelle et indépendante. Toutefois, ce genre de mesures susceptibles de diviser l'opinion, bien qu'elles offusquent les milieux kémalistes et laïcs, sont insuffisantes pour rallier ses troupes, alors que sa popularité est en baisse et que la Turquie continue de traverser de graves difficultés sociales et économiques.

C'est pourquoi Erdoğan compte sur les réactions internationales, particulièrement en Europe et dans le monde islamique, par rapport à cette décision. En effet la condamnation de l'Union européenne lui permet de jouer la fameuse carte du « eux » contre « nous ». Certains aspects de son discours, parsemé de citation littéraires, expliquant la décision du Conseil d'État sont indicatives de cette stratégie. Tout d'abord, en mettant en exergue la question de la souveraineté nationale, il peut rassembler les nationalistes et souverainistes autour de sa personne, ou du moins réduire au silence ceux qui ne partagent pas sa vision du monde, mais ne veulent pas contester l'argument que ce ne sont pas des États étrangers qui peuvent dicter à la Turquie comment gérer son patrimoine. Un autre aspect de

cette volonté de rassemblement de son électorat à travers la confrontation avec l'autre est son attaque à peine voilée contre Israël. Dans son discours il note que la « résurrection de Sainte-Sophie est l'annonciatrice de la libération de la mosquée al-Aqsa » à Jérusalem. D'ailleurs, le Hamas fut un des premiers à saluer la décision du Conseil d'État turc. L'un de ses porte-paroles déclara que « l'ouverture de Sainte-Sophie en tant que mosquée est une mesure dont tous les musulmans seront fiers ». Critiquant la réaction plutôt tiède de nombreux régimes arabes, le représentant du Hamas continua en affirmant que « nous n'avons pas vu que ces milieux pleuraient pour la mosquée al-Aqsa, alors qu'elle était exposée à des violations de l'occupation israélienne. Nous n'avons pas vu qu'ils étaient affligés lorsque les sionistes attaquèrent le Dôme du Rocher à Jérusalem. Nous ne les avons pas entendus dire un mot quand les occupants interdirent l'appel à la prière dans la mosquée al-Khalil ou les mosquées palestiniennes. »

Bien entendu, Erdoğan n'est pas le premier leader musulman à instrumentaliser la question palestinienne, mais il est conscient combien cette question combinée à une « israélophobie » viscérale est mobilisatrice de son électorat et au-delà. Et finalement, prévoyant les accusations d'agression contre la chrétienté, il souligne que « si une discussion doit avoir lieu au sujet de [la liberté] de croyance, ce n'est pas de Sainte-Sophie, mais bien de la montée de l'islamophobie et de la xénophobie dans le monde qu'il faut s'occuper ». Ainsi, il se situe comme protecteur des musulmans à un moment de l'histoire où les minorités musulmanes sont dans le collimateur de l'extrême-droite partout dans le monde. Le brouhaha international provoqué par le décret du Conseil d'État lui permet donc de retrouver un second souffle, alors que le frère de Raif continue à aller pointer au chômage.

Laurent Mignon est professeur en littérature turque à l'Université d'Oxford.

## La condamnation de l'Union européenne permet à Erdoğan de jouer la fameuse carte du « eux » contre « nous »





Am Anfang war ein Satz: „Je me souviens de lui.“ Erst später hat der junge Schriftsteller Antoine Pohn (geboren 1999) eine Struktur und Handlung für seinen ersten Roman *La Quête* (Op der Lay) entworfen. Sein Debüt, das er am Mittwoch im Café littéraire Le Bovary vorstellte, ist eine doppelte Geschichte, die ineinander verschränkt ist: Ein älterer Autor sucht in seiner Erinnerung nach Inspiration, um eine Schaffenskrise zu überwinden. Und das Ergebnis dieses Prozesses ist eine Science-Fiction-Geschichte mit Flugschiffen im Stile des japanischen Anime-Regisseurs Hayao Miyazaki. Für das Manuskript von *La Quête* hat Pohn den nationalen Literaturwettbewerb 2019 in der Kategorie bis 25 Jahre gewonnen. Sein Stil gilt als schlicht und präzise. Ursprünglich wollte er einmal mit *Punchlines* die Leser aus ihrer Komfortzone bewegen. „Aber das lag mir nicht wirklich.“ Aktuell arbeitet der in Brüssel lebende Geschichtsstudent bereits an einem nächsten Roman. ps

S. von Bräuer

## Land-Art



### No showoff

Michel Petit (\*1954) partage avec les pairs de sa génération, comme Christian Bauer (\*1947) ou François Valentiny (\*1953), un engagement enthousiaste pour l'émancipation et la promotion de l'architecture au Luxembourg. Son style à lui n'est ni criard, ni bling-bling, mais recherche une certaine élégance minimaliste dans l'équilibre des formes et des matériaux. Associé désormais à Cyril Carrée (\*1967), il propose, pour son intervention d'artiste que vous trouverez en page 17 de cette édition, une confrontation dialectique entre l'imagination et le réel, entre le dessin architectural et la construction, à l'image du Kanner-campus Belval. Ce projet, pour lequel Michel Petit a remporté un concours d'architecture et qui est en voie d'achèvement, est son deuxième campus scolaire, après l'École européenne à Mamer (photo ci-dessus, PetitCarrée). Il partage avec ce dernier des espaces généreux, des lignes géométriques claires, un certain calme dans les formes et les couleurs. Le campus accueillera 600 enfants, dans différentes écoles, une maison-relais et un hall sportif. « Avec cette juxtaposition, je veux montrer qu'en architecture, il s'agit aussi de construire ce qu'on imagine, explique Michel Petit. Il ne sert à rien de penser une architecture qu'on ne peut pas transposer dans le réel. » jh

## Politique

### Geld für Onlineauftritte

Mal eine gute Nachricht für Musiker/innen: die Sacem, Verwaltungsgesellschaft für Urheberrechte der Musiker/innen, zahlt mittlerweile Beiträge für *Livestreams* oder Onlinekonzerte. Noch bis zum 31. August haben Sacem-Mitglieder die Möglichkeit, ihre Onlineauftritte auf *YouTube*, *Facebook* oder anderen digitalen Plattformen bei der Verwertungsgesellschaft einzureichen. Für einen Auftritt bis fünf Minuten erhält ein Musiker zehn Euro, für 20 Minuten 46 Euro und für einen längeren *Livestream* 76 Euro. Hinzu kommen 0,001 Euro pro Klick – das heißt, für 1 000 Klicks erhält der Künstler zusätzlich einen Euro. „Ziel ist es, den Musikern in dieser schweren Zeit etwas über die Runden zu helfen“, so Marc Nicks, Geschäftsführer von Sacem Luxembourg. Die Regelung, die gemeinsam mit der französischen Sacem getroffen wurde, gilt vorerst bis zum 31. August. Aber wenn es nach Nicks geht, sollte sie dauerhaft sein. Möglich machen diese *Livestream-Zahlung* Sacem-Verträge mit Plattformen wie *YouTube* und *Facebook*. Sacem Luxembourg zählt rund 1 200 Mitglieder und rund 7 000 Kunden. Im vergangenen Jahr wurde etwas mehr als eine Million Euro an rund 450 Musiker aus Luxemburg verteilt. ps

## Musiques

### Kammer mal machen

Das Kammerorchester Luxembourg meldet sich aus dem Lockdown zurück – mit neuem Programm für die Saison 2020/21 und neuem Präsidenten. Nach neun Jahren hat der alte Kulturpatron Guy Dockendorf sein Amt an den Diplomaten Georges Santer übergeben. Santer ist kein Unbekannter in der Kulturszene: Er ist Chef der luxemburgischen Delegation bei der International Holocaust Remembrance Alliance, war von 2007 bis 2013 Präsident des Echternacher Festivals und hat vor kurzem den Vorsitz des Luxfilm-festivals übernommen. Zudem soll in naher Zukunft noch ein künstlersicher Leiter des Orchesters vorgestellt werden. Das OCL (Foto: K. Kikkas) plant, wie in der Vergangenheit, einen Zyklus von fünf Konzerten in der Philharmonie zu spielen. Dafür lädt es erneut Dirigent/innen aus unterschiedlichen Teilen Europas ein: den Schweizer Joseph Bastian, Julien Leroy aus Frankreich, den Italiener Carlo Rizzari, Corinna Niemeyer aus Deutschland und Jean-Claude Picard aus Kanada. Das Konzertprogramm des OCL ist wie nahezu alle derzeitigen *Events* unter Vorbehalt zu genießen und kann je nach Corona-Maßnahmen variieren. (ocl.lu) ps



## Arts plastiques



### Voyage culturel en vue

Avant le Covid-19, le monde de l'art contemporain était une sorte de cirque ambulant, dont les membres prenaient l'avion en été pour enchaîner les biennales de Venise et de Lyon, *Art Basel* et la *Documenta*, pour aller voir des œuvres d'artistes allemands ou danois qui leur expliquaient que prendre l'avion était mal. Aujourd'hui, alors que tous les grands événements, biennales, foires et autres grandes expositions, sont annulés, ces mêmes amateurs et professionnels de l'art sont affamés. C'est donc une excellente nouvelle que d'apprendre que *Le voyage à Nantes* aura bien lieu. Cette grande exposition propose un parcours original dans la ville de Loire-Atlantique, où une soixantaine d'artistes contemporains prennent possession de lieux publics et privés, dont une vingtaine de nouvelles œuvres cette année. Si on vous en parle ici, c'est parce que le duo franco-luxembourgeois Martine Feipel & Jean Bechameil figure parmi ces nouveaux artistes, et ce avec une installation in situ, *Les brutalistes* (image ci-dessus issue du catalogue) et une exposition *Automatic revolution* (vue au Casino). À six heures de TGV ou huit heures de voiture du Luxembourg, *Le voyage à Nantes* pourrait, du 8 août au 27 septembre, devenir le voyage culturel de cet été (levoyageanantes.fr). jh

## Luxemburgensia

### Aufbruch in die Schweiz

Elise Schmit (Foto: sb) wird Mitglied der Jury der Schweizer Literaturpreise. Das hat die Schriftstellerin, Servais-Preisträgerin und Feuilletonistin dem *Land* mitgeteilt. Die Zusammenarbeit hat sich laut Schmit durch ihr Stipendium am Literarischen Colloquium Berlin (LCB) im vergangenen Jahr ergeben. Sie habe Jury-Präsidentin Ruth Gantert (Leiterin der dreisprachigen Literaturzeitschrift *Viceversa*) kennengelernt und anschließend eine Bewerbung eingereicht. Bis September muss sie 40 Werke lesen und bewerten. Die Schweizer Literaturpreise werden seit 2012 jährlich vergeben und zeichnen fünf bis sieben herausragende Werke von Schweizer Autor/innen in den unterschiedlichen Landessprachen aus. Zudem wird jährlich der Schweizer Grand Prix Literatur verliehen. Er ging in diesem Jahr an die Schriftstellerin Sibylle Berg. ps



## Musées



### Rester humble

Chaque directeur – Bernard Ceysson, Marie-Claude Beaud, Enrico Lunghi et elle – a imprimé sa marque sur la collection du Mudam, explique la directrice Suzanne Cotter dans une interview au *Wort* (du 1<sup>er</sup> juillet). Mais que, dans la continuité de l'évolution d'une jeune collection, il « faut rester humble, car l'on est qu'éphémère ». Dans la généreuse présentation actuelle de la collection, intitulée *Hier, aujourd'hui, demain* (photo d'une installation d'Adriano Amara : TPC), on sera donc étonné de ne trouver qu'une seule œuvre récemment acquise, par Suzanne Cotter, une toile d'Ana Manso (*Expiration*, 2018). Entre l'arrivée de Suzanne Cotter en 2018 et cette année, la dotation publique du Mudam a augmenté de 1,3 million d'euros, à 8,4 millions. Interrogé sur les œuvres acquises par Suzanne Cotter, le service de presse du Mudam a transmis au *Land* une liste d'une soixantaine de nouvelles entrées, dont moins de la moitié sont des acquisitions (Etel Adnan, Katinka Bock, Wolfgang Tillman ou Su-Mei Tse), les autres étant des donations, souvent des artistes eux-mêmes, ou des dépôts. jh



Art contemporain

# La dimension physique

Marianne Brausch

Goethe a théorisé les couleurs, Yves Klein a plongé dans la matière d'une seule, le bleu. Picasso, à la fin de sa vie disait : « Tout de même, avant de mourir, je voudrais deviner ce que c'est, la couleur... ». Eugénie Paultre philosophe aïnsi sur la fascination que la couleur a exercée sur Picasso, Matisse, Klee, Van Gogh, Kandinsky, dans la petite brochure qui accompagne son exposition *Des liens plus que terrestres*.

Dans ce titre d'exposition, chaque mot est pesé et discourir ainsi, Eugénie Paultre peut se le permettre parce qu'elle sait de quoi elle parle. Née en 1979 à Paris, où elle vit, Eugénie Paultre a étudié et enseigné la philosophie « pour trouver la vérité de la pensée, la droiture de l'esprit... pour tenter de comprendre les raisons d'un Occident à la dérive ». Et d'ajouter un peu plus loin « pour me discipliner, pour me tranquilliser – mais en vain, les émotions étaient trop fortes ». Réfléchir, théoriser ne lui suffisant pas, elle est restée certes du côté de l'écriture et en plus, ou surtout, elle est passée disciple de la peinture. Mais pas de n'importe laquelle : celle de la couleur pure, qu'elle applique en lignes verticales juxtaposées. Au pastel, à la gouache, à l'acrylique sur des papiers de différents grains, textures et touchers.

C'est cela, exactement, qui a plu à Erna Hecey quand elle a découvert Eugénie Paultre au Mudam, grâce à un dialogue avec Etel Adnan, également écrivante et peintre. La galeriste avait envie d'exposer (accrocher est le mot juste ici) de la peinture au sens classique du terme, dans son appartement-galerie au Limpertsberg. Parce que les murs-cimaises se prêtent à accueillir l'archétype du tableau, et donc les petits formats d'Eugénie Paultre. Mais des grands formats sui-

## La liberté des couleurs est au rendez-vous avec Eugénie Paultre. Premier aperçu luxembourgeois chez Erna Hecey

vront après l'été, résultat d'une résidence dans le très grand espace que Damien Hirst, qui a découvert son travail de petits formats à une exposition à Paris et l'a invitée à pratiquer une gestuelle plus grande. Car Eugénie Paultre ne fait pas un travail d'introspection, en retrait du monde, au contraire.

On retrouve bien là aussi Erna Hecey, l'exigeante (voir *d'Land* n°28/20) qui, donne ici encore une fois la preuve de sa rigueur intellectuelle et de son attachement à une continuité dans l'histoire de l'art, d'une part à travers le format millénaire du tableau



Ces lignes juxtaposées, fines, plus larges, qui se succèdent soit de manière harmonieuse, soit plus dissonante

et, comme le dit Eugénie Paultre, « qu'est-ce que peindre depuis toujours sinon utiliser des couleurs et tracer des lignes ? » Durant tout l'été, on pourra donc prendre rendez-vous et aller voir ces lignes juxtaposées, fines, plus larges, qui se succèdent soit de manière harmonieuse ou dissonante, parfois se chevauchent, même si l'exécution est minutieuse et exacte (une règle permet de conduire la main et l'outil couleur).

Voici une immersion dans quelque chose de vivant : le pigment pur, qui donc fixe l'esprit d'Eugénie

Paultre, car ce faisant, il se passe quelque chose en-dehors d'elle, entre la couleur et le papier. Une texture plutôt matte pour les pastels sur papier granuleux ou comme absorbée dans la série de gouaches par le papier chiffon, quand l'encadrement a été soigneusement pensé (marie-louise et cadre fin), ensemble avec Erna Hecey, pour mettre en valeur la brillances des acryliques.

Si donc la mise en ordre par le trait vertical est rationnelle (dans l'esprit), l'impact émotionnel par les pigments (sur la rétine) est émotionnel. La dis-

cipline qu'Eugénie Paultre s'impose, combinée au lâcher prise face à l'aléatoire du jeu des couleurs aboutit à quelque chose que l'on qualifiera d'un mot galvaudé sinon honni : le beau. Et pourtant : « le beau est ce qui est représenté sans concepts comme l'objet d'une satisfaction universelle ». Qui a dit cela ? Un philosophe : Emmanuel Kant.

*Des liens plus que terrestres* d'Eugénie Paultre est à voir jusqu'au 10 septembre à la galerie Erna Hecey, à Luxembourg-Limpertsberg ; visite uniquement sur rendez-vous ; [ernahecey.com](http://ernahecey.com).

Arts plastiques

# Carré de peintresses

Lucien Kayser

La forme féminine, inattendue, inédite, est due à Mandiargues, l'écrivain, pour caractériser son épouse Bona, pour dire en premier l'énergie qu'il reconnaissait à l'artiste qu'il côtoyait. *Peintresses*, comme tigresses, aurait-il ajouté, le qualificatif dans ce sens d'engagement fort convient parfaitement aux quatre femmes artistes réunies en l'occurrence à Neumünster, dans l'ordre alphabétique Marie-Paule Feiereisen, Carine Kraus, Patricia Lippert et Flora Mar. Peut-être plus que celui de pionnières retenu dans le titre de l'exposition (passons sur les images qu'il évoque, héritées de lectures ou de films). Pour ouvrir la voie dont il s'agit, elles eurent d'autres femmes artistes qui les ont précédées, nées celles-là avant la guerre, à chacun d'y mettre les noms qu'il veut, pour elles en tout cas la domination mâle fut bien plus grande, le nombre des galeries plus réduit.

Tant de choses ont en effet changé autour des années 80 : l'argent d'un coup était là, les banques se mirent à acheter de l'art, les particuliers de même, et les galeries pullulèrent. L'époque vit également l'essor féminin ou féministe, l'art ne fit pas exception, rappelons la virulence juste des Guerilla Girls, jusque dans Venise. Avec le résultat que trente ou quarante ans après les manifestations internationales d'art présentent souvent une majorité d'artistes femmes. Et si dans notre pays le nombre de galeries n'est plus le même, cela s'est professionnalisé, et les institutions ont plus ou moins suivi.

Retour aux deux dernières décennies du vingtième siècle. Marie-Paule Feiereisen et Patricia Lippert, passées toutes deux par Venise, ont conquis de haute lutte leur place sur la scène autochtone. Ah, elles étaient trois, Sonja Roef manque à l'appel du Grund, avec sa peinture qui s'avère une formidable matrice de sensations colorées, lieu d'un continuel

et éblouissant spectacle. Dans l'ordre des expositions, c'est elle d'ailleurs la première, dès 1979, à la galerie Charles Munchen, ensuite à la galerie La Cité et à la galerie Beaumont où les trois se retrouvèrent. Avec Carine Kraus et Flora Mar, nous voici au tournant des siècles, et là encore, à chacun d'allonger la liste de ses favorites.

Face à l'exposition de Neimënster, une constatation s'impose de suite, elle n'a rien de surprenant : il n'y en a eu alors que pour la peinture, ou presque. Marie-Paule Feiereisen en explore le potentiel abstrait, l'attrait de la nuance colorée, sa vivacité, y glisse tels éléments géométriques, voire décoratifs. Après, dans les autres salles, l'art tend plus ou moins vers la narration. Avec de l'expressivité, du dramatisme, chez Patricia Lippert, un univers comme plongé dans une atmosphère nocturne, nuits des fois éclairées d'une lumière également secrète ; on fera le rapprochement avec tels contes, telles légendes, tels mythes, dans des tableaux qui véhiculent des sujets lourds de sens, de signification.

Cela s'allège avec Carine Kraus, question de traitement de la toile, de matérialité picturale. Ce qui fait qu'on s'éloigne aussi, quant à notre regard, de quelque chose qui peut tenir d'une empoignade, sans rien perdre toutefois du caractère symbolique ; le moment arrêté sur la toile, fixé comme dans une suspension du temps, en gagne sans doute en universalité. Flora Mar nous éloigne de la peinture, c'est qu'elle emploie d'autres techniques, dans son interrogation de l'identité, de la relation à l'autre, avec une poésie et une acuité plus que certaines dans telle série ; et c'est à elle que l'exposition doit une sculpture, la seule, on dirait une statue de la commandante qui vaudrait en quelque sorte pour l'exposition tout entière.

## Retour au siècle dernier avec Marie-Paule Feiereisen, Carine Kraus, Patricia Lippert et Flora Mar au Neimënster

Ce qui amène peut-être à une considération qui n'avait guère été envisagée. Patricia Lippert, dans ses études à Karlsruhe, s'était penchée sur la question de l'existence ou non d'une esthétique féminine. Le sujet passionnait à l'époque, de même en littérature, et aujourd'hui encore la réponse reste pendante. Notre exposition, en tout cas, de ce point de vue, apporte un éclairage intéressant, combien les approches, les attitudes, de quatre artistes femmes, ont changé, en gros au long d'une vingtaine d'années. Ce n'en est pas le moindre mérite, suscitant un questionnement qui reste fructueux.

L'exposition *Les pionnières*, avec des œuvres de Marie-Paule Feiereisen, Carine Kraus, Patricia Lippert et Flora Mar ; commissaire : Alex Reding, dure encore jusqu'au 20 septembre dans les salles voûtées de Neimënster ; ouvert tous les jours de 10 heures à midi et de 13 à 18 heures ; entrée libre ; [neimenster.lu](http://neimenster.lu).



Vues de l'exposition, de gauche à droite : Marie-Paule Feiereisen, Carine Kraus et Flora Mar, Patricia Lippert



## Autrement/Anders (1)

# Penser le cinéma après le confinement

Entretien : Loïc Millot

**Après presque cinq mois de fermeture, la Cinémathèque de la Ville de Luxembourg rouvre enfin ses portes avec une programmation estivale pensée en fonction des nouvelles conditions sanitaires. Pour le *Land*, le directeur et conservateur de la Cinémathèque, Claude Bertemes, revient sur la période difficile que nous venons de connaître et défend, plus que jamais, une cinéphilie et une sociabilité de la salle de cinéma.**

d'Land : *Monsieur Bertemes, comment avez-vous appris la nouvelle de la pandémie de Covid-19 et quelle a été votre réaction face à la fermeture provisoire de votre établissement ?*

Claude Bertemes : Il y avait de premiers signes annonciateurs fin février, début mars, avant même qu'on soit confronté à une situation pandémique au Luxembourg. Le fantôme de Bergamo planait déjà sur les préparatifs du LuxFilmFest, tout en semblant encore lointain. Nous avons respecté les recommandations sanitaires du moment. Je me rappelle que lors de la soirée d'ouverture du festival, l'atmosphère était encore bon enfant : on se serrait les coudes et le tour était joué. Et le public au rendez-vous. Mais l'ambiance s'est dégradée subrepticement après le week-end. Le 12 mars en soirée, le conseil du LuxFilmFest a pris la décision – juste et courageuse – d'arrêter net le festival. J'ai tout de suite compris que la Cinémathèque allait fermer ses portes pour une longue période. C'était un véritable crève-cœur : la programmation du mois d'avril était déjà établie, comprenant des rétrospectives Fellini (à l'occasion de son centième anniversaire) et Costa-Gavras.

*Au cours de cette période de confinement, de nombreuses réflexions ont émergé pour interroger nos habitudes de travail et notre façon de vivre. Partagez-vous ce constat et, si c'est le cas, avez-vous élaboré de votre côté une autre façon de penser et de travailler la programmation et la conservation-valorisation des films à la Cinémathèque ?*

Je suis intimement convaincu que la remise en question de soi-même, l'évaluation et l'évolution permanente sont des facteurs cruciaux dans la vie professionnelle. Dans ce sens, je me réjouissais à l'idée d'un corollaire du confinement : celui du recul, de la respiration et de la dés-accélération – conditions préalables à toutes formes d'inventivité. Mais fatalement, les « efforts de la plaine », pour citer Brecht, semblent avoir tendance à prendre le dessus sur les belles envolées réflexives. En tout cas, mon quotidien professionnel depuis le confinement était largement dominé par un management de crise plutôt terre-à-terre. Ceci dit, les impondérables de la pandémie semblent mobiliser des énergies inédites de virtuosité pratique. On tourne les options de report d'événements annulés dans tous les sens, on jongle avec des hypothèses de jauge à une date x ou y, on évalue le futur selon des probabilités et des plans A, B et C. Ce pliage dans tous les sens et sans filet ressemble à un jeu d'origami – mais dans une version perverse créée par Christopher Nolan. Mais j'aime bien *le mind-game*, je peux m'y adonner avec un plaisir certain.

*Pouvez-vous évoquer la collaboration entre la Cinémathèque et la Ville de Luxembourg concernant la formule « Kino um Glacis – Drive & Walk-in » qui se déroulera du 17 juillet au 1<sup>er</sup> août prochain ?*

C'est du gros boulot et tout un engagement depuis des mois, mais c'est surtout excitant. Investir l'espace public par un projet accessible aux grandes foules et décloisonner ainsi le dispositif du cinéma est très stimulant. C'est d'ailleurs une tradition pour la Cinémathèque qui, de longue date, propose du cinéma en plein-air durant l'été. Réanimer et repenser le dispositif du *Drive-in*, qui est largement tombé aux oubliettes après le pic de popularité des années 50 et 60, revient aujourd'hui presque à une expédition archéologique digne d'Indiana Jones. Il me semble que ce côté *vintage* du dispositif résonne très bien avec la philosophie



Claude Bertemes à la Cinémathèque, cette semaine

**« Fatalement, les 'efforts de la plaine', pour citer Brecht, semblent avoir tendance à prendre le dessus sur les belles envolées réflexives »**

d'une cinémathèque. D'ailleurs, pour la projection du *Gendarme de Saint-Tropez* au Glacis, il y aura des *oldtimers* et une *fanbase* portant les uniformes d'époque du gendarme alias Louis de Funès.

*Parmi les propositions estivales figurent également une sélection de films réunis sous la thématique Why we love cinema. Ressentez-vous le besoin de défendre aujourd'hui une cinéphilie de la salle, du visionnement sur grand écran, face à la prolifération des canaux de diffusion digitale ?*

J'ai ressenti cette déclaration d'amour au cinéma, après la longue séquence de fermeture et de souffrance des salles – au Luxembourg

comme partout dans le monde – comme un geste évident, même impératif. J'ai hésité à intituler notre rétrospective « Cinéma mon amour », en référence au film d'Alain Resnais *Hiroshima mon amour*. Le confinement n'était certes pas un Hiroshima pour les salles, mais un coup très dur. Économiquement, mais surtout symboliquement.

Le confinement a vu l'action *Netflix* bondir de 35 pour cent. L'équipe de la Cinémathèque a plus que jamais ressenti le besoin de réaffirmer pourquoi on aime, pourquoi on préfère, pourquoi on choisit le cinéma. La cinéphilie est par nature polyamoureuse, et notre programmation d'été *Why we love cinema* en est le reflet

**« S'il y a un effet collatéral positif de la pandémie, ce serait celui d'avoir fortifié mon amour et mes réflexes de défense du dispositif de la salle »**

kaléidoscopique, à l'image d'un cristal lumineux à mille facettes.

Nous aimons le cinéma pour son langage universel, pour l'archétype de la femme fatale, pour l'heure de gloire du technicolor, pour ses délices voyeuristes, pour l'hymne à l'anarchie des Marx Brothers, pour le tourbillon de dialogues en rafale dans les films de Howard Hawks, pour les yeux de Bette Davis... Mais surtout : parce que l'expérience en salle ne se réduit pas au simple produit filmique.

Je reste très attaché à la catégorie stimulante de Walter Benjamin des « maisons du rêve collectif » qui évoquent irrésistiblement les théâtres cinématographiques des années 1920. Au cinéma, on rêve collectivement, les yeux ouverts. S'il y a un effet collatéral positif de la pandémie, ce serait celui d'avoir fortifié mon amour et mes réflexes de défense du dispositif de la salle. Ce n'est probablement qu'au moment de la perte, même temporaire, qu'on s'aperçoit que rien n'est acquis dans la vie. Enfant, j'ai d'ailleurs vu le « Cinéma du Parc » – la splendide salle à Differdange que mes arrière grands-parents ont exploitée depuis les années 20 – faire place à un supermarché dans les années 70. Je sais donc de quoi je parle.

*En rapport avec la question précédente, quel regard portez-vous sur les canaux de diffusion domestique (VOD, streaming, etc.), qui ont pris momentanément le relais du visionnement traditionnel en salles ? Les considérez-vous comme une menace pour la fréquentation des salles ou plutôt comme un supplément ou un complément au travail en salle mené par la Cinémathèque de la Ville de Luxembourg ?*

Je suis moi-même abonné à plusieurs plateformes de *streaming* – il s'agit donc d'un dispositif que j'utilise et ne condamne nullement. Mais je reste très conscient que le régime spectral de la cinéphilie domestique ne s'apparente en rien à l'expérience collective en salle. Le tremblement commun qui parcourt la salle n'est pas reproductible chez soi, sur le sofa. Un exemple actuel : suite à la pandémie du Coronavirus, Google Chrome vient de développer une extension intitulée « Netflix Party » et permettant de regarder « ensemble » un film avec des amis à distance et d'en discuter en direct, grâce à une barre de chat. Il s'agit à mes yeux d'un plagiat et d'un pâle simulacre de l'expérience collective en salle, à la limite du ridicule.

On assiste actuellement à une fulgurante déterritorialisation des lieux et modes de visionnage pour se retrouver finalement dans un *no man's land* entre le partout et le nulle part. Ce qui, j'en suis convaincu, ne peut que stimuler l'envie de s'essuyer les larmes collectivement dans les salles obscures ou, pourquoi pas, de se rouler des pelles dans le noir. Et de fréquenter ces hauts lieux de la cinéphilie qui proposent une offre véritablement pensée et éditorialisée, a contrario des algorithmes du type « si vous avez aimé ce film, vous allez adorer tel autre film »...



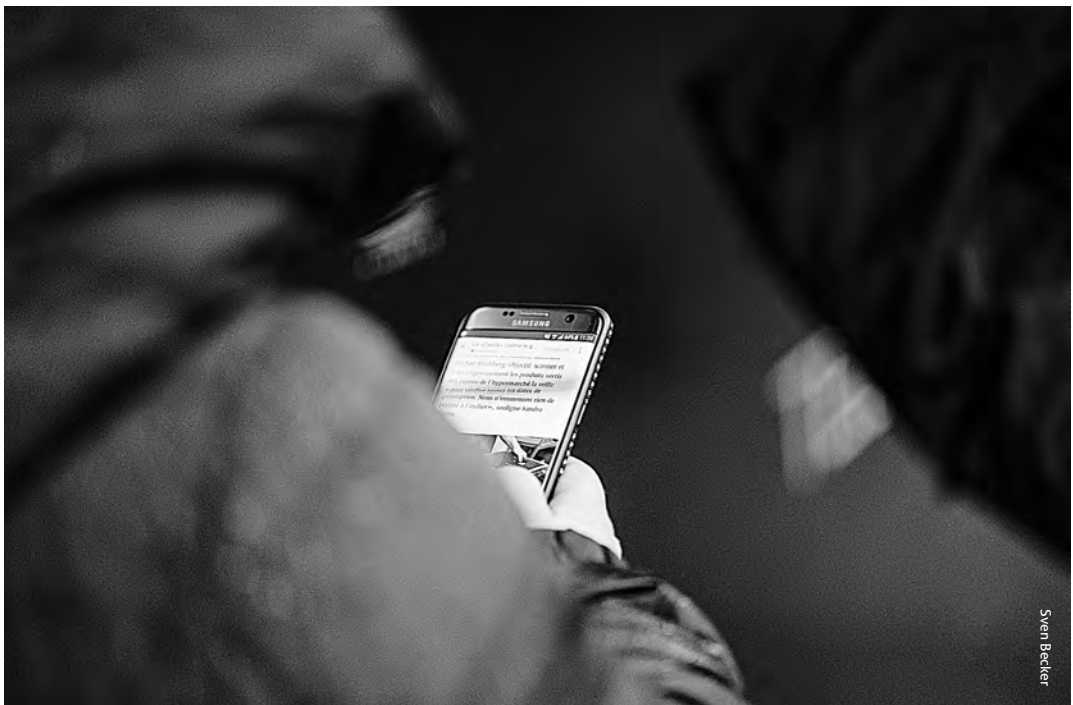


kannercampus belval-sud, esquisse et exécution



Du capitalisme de surveillance au « Screen New Deal »

# Pas de problème que la technologie ne puisse résoudre



Plateformes et algorithmes ne sont que la face visible d'un modèle économique

Jean Lasar

Depuis une vingtaine d'années, nos sociétés évoluent lentement mais sûrement vers ce que les universitaires s'accordent à appeler le « capitalisme de surveillance ». Publié en 2019, *The Age of Surveillance Capitalism*, de Shoshana Zuboff, est un ouvrage utile pour appréhender cette dérive glaçante vers une techno-dictature. Professeure émérite à Harvard, Zuboff dissèque comment Google, puis Facebook, Amazon et les autres « géants du Net », comme on les appelle avec beaucoup trop de déférence, ont établi les bases d'un modèle économique dans lequel l'exploitation des données et la colonisation des consciences supprime celle des corps. Avec la crise du Covid-19, qui nous a propulsés en quelques semaines dans un monde inédit qui exacerbe les enjeux du contrôle des flux d'informations, le réveil est brutal. Naomi Klein, qui en 2007 analysait minutieusement dans *The Shock Doctrine* les ressorts du « disaster capitalism » (l'art d'appliquer la fameuse formule « Never let a serious crisis go to waste ») a dit de ce livre qu'il est une lecture obligée au titre de l'« autodéfense numérique ».

Shoshana Zuboff commence son récit en décrivant comment on est passé d'Awake Home, un projet de laboratoire étudiant la symbiose entre humain et maison autour d'une informatique omniprésente, conçu en 2000 à Georgia Tech et prévoyant de strictes garanties de préservation des données personnelles – les données restant dans la maison où elles ont été recueillies –, à Nest, un « thermostat » sophistiqué proposé par Google qui, aujourd'hui, a fait de ces mêmes données, intimes s'il en est, un trésor de guerre qu'il croise et échange sans vergogne avec ses autres applications et celles de tiers. Pour l'auteur, ce glissement est emblématique du capitalisme de surveillance, un mode de domination qui présente « un risque aussi significatif pour la nature humaine au vingt-et-unième siècle que le capitalisme industriel l'a été pour le monde naturel aux dix-neuvième et vingtième siècles ».

Les discours des dirigeants des entreprises technologiques émergentes tendent à semer la confusion entre l'univers numérique et la logique du capitalisme de surveillance, en suggérant que Google, Facebook et autres géants du secteur, dont fait partie aussi désormais Microsoft, ne font que mettre en musique

## Loin de chômer pendant le confinement, les dirigeants des grands groupes de Silicon Valley se sont mis en ordre de bataille

ce que les progrès de la technologie rendent inévitables. Cette supposée inévitabilité, qui ressemble furieusement au refrain Tina (« there is no alternative ») des chantes de l'ultra-libéralisme, n'en est pas une. Car les plateformes, algorithmes et intelligences artificielles ne sont que la face visible de ce modèle économique, alors que ce qui les anime en dernier ressort sont les intérêts du capital de l'économie de surveillance, soutient Zuboff.

Un peu comme une course de chevaux, le livre décoratif le partage des rôles entre Google, l'indiscutable pionnier, et Facebook, qui jaillit dans son sillage, l'un s'appuyant tout à tour sur les avancées de l'autre pour asseoir son emprise. Le tout sur le mode incrémental, c'est-à-dire en s'arrogeant graduellement de plus en plus de droits sur les données récoltées et emmagasinées : c'est ce caractère incrémental, explique-t-il, qui a rendu acceptable ce qui, fait d'un seul coup, aurait à coup sûr été considéré comme abusif et illégal.

Au début des années 2000, Google, après avoir découvert le potentiel des cookies, se lança dans la logique d'extraction de données comportementales que ceux-ci rendaient possible, ce qui lui permit de multiplier ses bénéfices par 40 en l'espace de moins de quatre ans. Comparant ce saut qualitatif au paradigme de la chaîne d'assemblage inventée par Henry Ford en 1913, Zuboff raconte comment Larry Page, un des cofondateurs du moteur de recherche, a tenu à ce que l'entreprise cache soigneusement cette poule aux œufs d'or à ses utilisateurs.

À la faveur des attentats du 11 septembre 2001 naît un rapprochement entre Google et les agences de

renseignement américaines, qui vont œuvrer main dans la main contre le terrorisme. Cette collaboration, que Zuboff appelle « l'exceptionnalisme de surveillance », va couper court aux efforts de réglementation amorcés à cette époque par les législateurs et fournir « l'habitat fertile » sur lequel va s'épanouir et prospérer le capitalisme de surveillance. Edward Snowden finira par révéler le pot-aux-roses en 2013, mais le mal est fait, il est trop tard pour établir des garde-fous dignes de ce nom.

De Larry Page à Sergey Brin en passant par Eric Schmidt, de Mark Zuckerberg à Sheryl Sandberg, Shoshana Zuboff brosse le portrait de grands patrons parfaitement introduits dans les rouages du pouvoir américain et cyniques jusqu'au bout des ongles, loin de l'image de gentils iconoclastes visionnaires qu'on tendent donner d'eux-mêmes les stars de la Silicon Valley. Un des épisodes les plus révélateurs a trait au programme « Sidewalk Labs », un programme de ville intelligente mené par Google. Fort de son trésor de données que constituent *Google Maps* et *Street View*, l'entreprise entend analyser les flux citadins pour, notamment, fluidifier le trafic ou optimiser le stationnement. Mais il s'agit d'aller plus loin : sous la direction de l'ancien banquier et adjoint au maire de New York Michael Bloomberg, Dan Doctoroff, qui dirige la filiale d'Alphabet, il s'agit de transformer en marchandise les quantités phénoménales de données que génèrent les téléphones et autres objets connectés (*Internet of Things*), y compris, le cas échéant, en contraignant les villes à partager ces données en temps réel avec *Sidewalk*. Commencé en 2016 à Columbus, dans l'Ohio, étendu la même année à une quinzaine d'autres villes américaines, le programme avait l'année suivante obtenu le feu vert du Premier

ministre canadien Justin Trudeau pour être déployé sur des segments de Toronto. Eric Schmidt, qui était alors PDG de Google, était aux anges. Depuis, il n'a cessé de faire pression à Washington pour obtenir des conditions plus favorables au déploiement de ce genre de projets d'intelligence artificielle, en agitant l'épouvantail de l'avance irrattrapable qu'est supposée prendre la Chine dans ce domaine.

Cette année, on a appris l'arrêt brutal de ce déploiement à Toronto, après des controverses interminables sur le manque de garanties en matière de protection des données privées et alors que la ville s'interrogeait de manière persistante sur les bénéfices qu'elle pouvait espérer tirer de l'expérience. Ce alors que des pans entiers de l'opinion américaine commencent à se demander si le moment n'est pas venu de démembrer ces envahissants géants de Silicon Valley, une proposition sérieusement débattue lors des récentes primaires démocrates.

Faisant foin de ces états d'âme, le gouverneur de New York, Andrew Cuomo, a annoncé, en pleine crise du coronavirus, une coopération de son État avec Google et Microsoft. Une initiative que Naomi Klein, dans un article publié par *The Intercept*, baptise « Screen New Deal » et qu'elle dénonce comme une « dystopie hi-tech » voulue et construite par des milliardaires.

Ainsi, les époux Gates et Eric Schmidt ont-ils été invités par Cuomo à plancher sur des projets pour mettre la technologie au cœur du New York pandémique. La Fondation Gates va être appelée à intervenir sur les volets santé et enseignement, tandis que Schmidt va présider la commission chargée de

ce déploiement. Il y sera notamment question du casse-tête de l'enseignement en période de pandémie – casse-tête que, on s'en doute, Schmidt recommandera de résoudre grâce à un recours massif à l'enseignement à distance, alors que le président du syndicat des enseignants de l'État propose de le traiter plutôt en recrutant davantage de professeurs en cette période de chômage massif.

Loin de chômer pendant les semaines de confinement, les dirigeants des grands groupes de Silicon Valley se sont mis en ordre de bataille, estime Naomi Klein, pour faire passer en force ce qu'elle appelle une « Pandemic Shock Doctrine ». Sous couvert d'apporter des solutions technologiques aux problèmes liés au contrôle de l'épidémie, à la gestion des données de santé, à la distanciation physique, il faut se préparer à assister, selon elle, au passage en force d'un bouquet de mesures foulant aux pieds la sphère privée des citoyens et les contrôles démocratiques. Le télé-enseignement et autres technologies peuvent aider à endiguer la propagation du coronavirus, « mais toutes les solutions ne sont pas technologiques ». Pour Klein, confier à des hommes comme Bill Gates ou Eric Schmidt le soin de « ré-imaginer » nos villes est problématique parce qu'ils ont « affiché toute leur vie la croyance qu'il n'y a pas de problème que la technologie ne puisse résoudre ».

Shoshana Zuboff, *The Age of Surveillance Capitalism – The fight for a human future at the new frontier of power*. Profile Books

Naomi Klein, « Screen New Deal – Under Cover of Mass Death, Andrew Cuomo Calls in the Billionaires to Build a High-Tech Dystopia ». *The Intercept*, 8 mai 2020

Fondée en 2003, l'Université du Luxembourg est la première et unique université du Grand-Duché de Luxembourg. Multilingue, multiculturelle et internationale, c'est une institution moderne, à l'ambiance conviviale. L'objectif principal de l'Université est la recherche et la majeure partie des diplômés offerts sont au niveau du master et du doctorat. L'Université est composée de trois facultés ainsi que de trois centres interdisciplinaires. Elle compte aujourd'hui environ 6500 étudiants de près de 100 nationalités différentes, dont quelque 900 doctorants, plus de 2000 membres du personnel (doctorants sous contrats inclus) dont plus de 250 professeurs.



## L'Université du Luxembourg

recrute pour ses besoins un(e)

## Ombudsperson/Conciliateur (\*gn)

L'Ombudsperson est une personne indépendante et neutre qui aide les étudiants, les professeurs, le personnel à prévenir les différends interpersonnels et relationnels. Son objectif est d'éviter que les désaccords n'escaladent en conflits.

En cas de désaccord ou de conflit avéré, elle s'attache à les résoudre de manière confidentielle et impartiale, par des moyens informels : conseil, négociation et médiation. Elle reçoit les demandes d'intervention des membres de la communauté universitaire et met l'accent sur les stratégies qui peuvent être mises en œuvre afin de résoudre le problème avant de recourir à une procédure formelle. Elle formule également des recommandations sur l'amélioration des procédures en place. L'impartialité et la confidentialité sont des principes éthiques fondamentaux de l'Ombudsperson.

Afin que soit garantie l'indépendance de l'Ombudsperson, elle rapporte au Conseil de gouvernance de l'Université.

### Votre profil

- Niveau master ou doctorat
- Formation et expérience confirmée en tant que facilitateur, conciliateur, médiateur
- Excellentes aptitudes en matière d'écoute, de médiation et de communication et plusieurs années d'expérience dans les domaines du conseil, du règlement des conflits, de psychologie organisationnelle ou dans des domaines connexes
- Compétences démontrées pour écrire et parler sur des sujets complexes et sensibles
- Compréhension des réglementations luxembourgeoises, et autres (GDPR, règlements internes, propriété intellectuelle...)
- Très bonne compréhension du fonctionnement d'une université de recherche.
- Très bonne compréhension des structures, des politiques, des pratiques et de l'équité procédurale dans une grande institution complexe.
- Aptitude confirmée à travailler de manière indépendante et en équipe pour résoudre des problèmes.
- Excellent jugement éthique et capacité à gérer les informations confidentielles de manière appropriée.
- Capacité à travailler confortablement en anglais, français et allemand ; le luxembourgeois étant un atout.

### Autres informations

- Contrat à durée indéterminée
- Temps plein



Les candidats sont priés d'envoyer leur candidature (lettre et CV).

Lien pour postuler : <http://t.ly/D7S1>

\*gn = gender neutral

## d'Lëtzebuurger Land

Fondé en 1954 par Carlo Hemmer, édité par Leo Kinsch de 1958 à 1983

Hebdomadaire politique, économique et culturel indépendant paraissant le vendredi. Publié par les Éditions d'Letzeburger Land s.à r.l., R.C. B 19029, N° TVA LU 12 12 40 22. La reproduction des articles et illustrations est interdite sans l'accord écrit de l'éditeur. **Rédactrice en chef** Josée Hansen (48 57 57-26; [jhansen@land.lu](mailto:jhansen@land.lu)). **Rédaction** Peter Feist (48 57 57-24; [pfeist@land.lu](mailto:pfeist@land.lu)), Ines Kurschat (48 57 57-28; [ikurschat@land.lu](mailto:ikurschat@land.lu)), Pol Schock (48 57 57-35; [pschock@land.lu](mailto:pschock@land.lu)), Pierre Sorlut (48 57 57-20; [psorlut@land.lu](mailto:psorlut@land.lu)), Bernard Thomas (48 57 57-30; [bthomas@land.lu](mailto:bthomas@land.lu)) **Photos** Sven Becker (48 57 57-36; [sbecker@land.lu](mailto:sbecker@land.lu)) **Gérant et mise-en-page** Pierre Greiveldinger (48 57 57-34; [pgreiveldinger@land.lu](mailto:pgreiveldinger@land.lu)) **Administration et publicité** Zoubida Belgacem (48 57 57-32; [zbelgacem@land.lu](mailto:zbelgacem@land.lu)) **Édition et rédaction** 59, rue Glesener L-1631 Luxembourg **Courrier** Boîte postale 2083, L-1020 Luxembourg **Téléphone** 48 57 57-1 **Fax** 49 63 09 **E-mail** [land@land.lu](mailto:land@land.lu) **Internet** [www.land.lu](http://www.land.lu) **Twitter** @Letzland **Facebook** d'Lëtzebuurger Land **Instagram** letzeburger\_land **Impression offset** Imprimerie Saint-Paul **Prix par numéro** 4,00 € **Abonnement annuel** 140,00 € **Abonnement étudiant/e** 75,00 € **Comptes en banque** CCPLULL : IBAN LU59 1111 0000 5656 0000, BILLULL : IBAN LU29 0027 1003 6990 0000, BGLULL : IBAN LU32 0030 0431 7039 0000, BCEULL : IBAN LU30 0019 1000 2939 1000, CELLULL : IBAN LU71 0141 7162 5000 0000, BLUXULL : IBAN LU59 0080 0484 9600 1003



Films made in Luxembourg

# Des lendemains incertains

Pablo Chimienti

Présenté en première mondiale au Thessaloniki Film Festival à l'automne dernier, puis en avant-première lors du Luxembourg City Film Festival en mars, la coproduction grand-ducale *I will cross tomorrow* de l'Iranienne Sepideh Farsi rappelle que si la crise sanitaire a pris le dessus aux informations, la crise migratoire en Méditerranée, elle, demeure.

Des oiseaux migratoires volent haut dans le ciel tandis que sur terre des hommes écrasés par un soleil de plomb travaillent d'arrache-pied pour déraciner un vieil arbre. Un prégénérique abscons, tout en symboles, pour un film qui prendra ensuite un virage on ne peut plus réaliste.

L'histoire que nous raconte la réalisatrice iranienne installée en France, Sepideh Farsi (*Rêves de sable, Le regard, La maison sous leau...*) est double. D'un côté, il y a Maria, policière grecque, mère célibataire d'une ado de seize ans et fille unique d'une mère âgée qui commence à perdre la boule. De l'autre, Yussof, un jeune Syrien à qui une organisation, dont on ne saura pas grand-chose, demande d'assassiner un homme, au plus vite et sans trop poser de questions.

La première doit faire face à la crise économique qui a mis la Grèce à genoux. Le second à la guerre civile qui a mis la Syrie à feu et à sang. Deux décors, deux ambiances, deux continents mais une même problématique : comment survivre dans ce chaos ?

Maria doit quitter Athènes. Pas tant à cause du petit trafic de papiers auquel elle s'adonne parfois pour gagner quelques euros de plus – non, c'est juste que son poste a été purement et simplement supprimé. Le manque de budget amène une réduction d'effectifs ! Sa chance, pour ainsi dire, c'est qu'une place l'attend dans un camp de réfugiés sur l'île de Lesbos, tout à l'Est de l'archipel grec, à une dizaine de kilomètres seulement des côtes turques.

C'est dans ce même camp, sur cette petite île, que se retrouvera Yussof après avoir refusé de tuer, avoir rassemblé quelques billets et avoir pris la fuite. D'abord par la terre, jusqu'à la frontière turque – où



Le tourbillon de la vie les a réunis, puis chacun pour soi est reparti

## Clairement humaniste, *I will cross tomorrow* de Sepideh Farsi rend aux migrants et aux garde-côtes européens leur humanité

un militaire, après lui avoir tiré dessus, le laissera passer en échange de quelques euros –, puis sur un petit bateau pneumatique que des passeurs sans trop de scrupules ont rempli à ras bord. Et comme Yussof n'avait pas assez d'argent pour payer sa traversée, c'est lui qui devra conduire l'embarcation... Ce

qui ne sera pas sans conséquence une fois la troupe repêchée par les gardes-frontières helléniques.

Ces deux âmes en peine finiront ainsi par faire connaissance, tous deux entourés par ces mêmes kilomètres de fils barbelés qui enlaidissent ces décors marins par ailleurs magnifiques. Sans jamais esquiver un sourire, retrouver une certaine joie de vivre ou simplement prendre du plaisir, les deux vont se croiser, se croiser, coucher ensemble, se perdre de vue, prendre la route ensemble pour se rendre à Athènes. Bref, il y a presque du Jules et Jim en eux : « On s'est connus, on s'est reconnus, On s'est perdus de vue, on s'est r'perdus d'vue... ».

Le tourbillon de la vie les a réunis, puis chacun pour soi est reparti. Point de happy end pour ces deux âmes en peine. Deux personnages aux lendemains toujours incertains, ni bons, ni mauvais, juste des gens qui doivent faire face, pour des raisons différentes, à des situations difficiles, voire impossibles à régler.

Clairement humaniste, cette coproduction de Tarantula Luxembourg, rend aux migrants mais aussi aux garde-côtes européens une humanité que les reportages télévisés et les politiques migratoires leur avaient enlevé dans l'inconscient collectif. Il n'est pas ici question de chiffres, de vagues, de généralités mais au contraire d'être humains avec leurs défauts, leurs bons côtés, leurs craintes, leurs passions...

Rien que pour ce rappel, le film mérite d'exister et d'être vu. Et c'est bien heureux, car pour le reste, cet *I will cross tomorrow* risque de laisser pas mal de spectateurs circonspects. Les réactions de Maria sont souvent incompréhensibles, le contexte du récit reste totalement inexpliqué et dans ce mélange linguistique imposé par ces personnages syriens, grecs, mais aussi allemands ou africains dans le camp, la réalisatrice semble se perdre par moments. Et puis et surtout, à force de rester avec des personnages volontairement inexpressifs et aux sentiments constamment intériorisés, le récit a finalement bien du mal à transmettre des émotions.

Binge watching

## Eiszeit

Braucht es eine Serie, die auf einem äußerst mutigen Science-Fiction-Film basiert? Die auf Netflix verfügbare Serie *Snowpiercer* bejaht diese Frage – eine zweiten Staffel ist bereits in Produktion. Dem Film des südkoreanischen Regisseurs Bong Joon-Ho von 2013 nachempfunden, der seinerseits auf der Graphic Novel *Transperceneige* (1982) von Jacques Lob und Jean-Marc Rochette basiert, ist *Snowpiercer* augenscheinlich eine Kritik am modernen Kapitalismus. Dies dürfte vor Bongs biographischem Hintergrund auch kaum überraschen: 1988 schrieb er sich an der Yonsei-Universität mit dem Schwerpunkt Soziologie ein, ein Hochschulgelände das damals ein fruchtbarer Boden für die südkoreanische Demokratiebewegung war; Bong nahm aktiv an Studentendemonstrationen teil und machte mehrmals Bekanntheit mit Tränengas. Seine sozialistische Haltung bestimmt Bongs Werk maßgeblich, man denke da nur an den gepriesenen *Parasite* aus verganginem Jahr. Auch das *Setting* in *Snowpiercer* ist unmissverständlich eine Metapher für das Ungleichgewicht der sozialen Verhältnisse und freilich kann man hinter der Erzählung noch die Ausführungen von Karl Marx und Friedrich Engels erkennen, die im

## Auch das Setting in *Snowpiercer* ist unmissverständlich eine Metapher für das Ungleichgewicht der sozialen Verhältnisse

kommunistischen *Manifest* dargelegt werden: „Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen.“ In einer dystopischen Zukunft nämlich hat die Gesellschaft aufgrund der globalen Erwärmung eine chemische Substanz in die Atmosphäre freigesetzt, um sie abzukühlen. Die Folgen dieser Chemikalie wurden indes unterschätzt: Erde kühlt ab, es folgt eine neue Eiszeit. Als letztes Refugium der Menschheit wurden Plätze gegen Bezahlung im Zug von Wilford angeboten, der in rigide Klassenschichten eingeteilt ist. Doch die bestehenden Verhältnisse verleiten die Unterprivilegierten dazu, eine Revolution anzuzetteln. André Layton (Daveed Diggs) ist in alledem ein Mordermittler, dessen Suche nach dem Mörder auch die Suche nach Wahrheiten in diesem System der Klassen ist. Das Ganze steuert so offensichtlich auf einen *plot-twist* zu, dass weder die Vorhersehbarkeit der Handlung noch die flachen Charaktere irgendwie zur Identifikation oder Reflexion einladen.

Bongs Film war noch ein nachgerade mustergültiges Beispiel für gelungene Science-Fiction, das gekonnt darlegte, dass das Genre besonders auf die Präsentation ausgelegt ist, weniger auf Kriterien der Plausibilität. Die Stringenz der Handlung, die Begrenzung auf die reinsten Formen des Innenraums, die Ausdrucksstärke des Dekors, der Requisiten und der Maske, all dies setzte Bong in seinem Film noch immersionsgerichtet ein, so dass der Zuschauer sich der Sogkraft der diegetischen Welt nicht mehr entziehen konnte. Die Serie *Snowpiercer* dagegen muss diese Handlung aufbrechen und mit allerlei Momenten des Stillstands, der Ruhe und ja, der Geschwätzigkeit füllen und vernachlässigt dabei die Konzentration auf das Wesentliche. Nicht nur ist Daveed Diggs Figur neben einer Reihe Nebenfiguren äußerst reißbrettartig gezeichnet, er hat natürlich auch seine *backstory-wound*, und die muss im Gegensatz zu so vielen Filmen hier nun äußerst ausführlich darlegt werden. Aufgrund der längeren Laufzeit schieben sich nun Fragen der Plausibilität umso mehr in den Vordergrund und weisen auf die nahezu blödsinnigen Prämissen der Erzählung hin: Wieso muss dieser Zug ständig in Bewegung sein? Kann er seinen Zweck nicht ebenso gut im Stillstand erfüllen? Je mehr man sich auf die Handlung fokussiert, desto mehr wird *Snowpiercer* ad absurdum geführt, denn schließlich war die Konzentration und die Reduktion auf das Eigentliche, sowie die Parallelisierung der Bewegung des Zuges mit der Action-basierten Bewegung der Handlung, unabdingbar für den Film. Man kann nur hoffen, dass die angekündigte zweite Staffel der Serie hingegen schnellstens auf Eis gelegt wird. Oder anders formuliert: Braucht es letztlich diese Seriendramaturgie neben dem herausragenden Film? Die Antwort kann nur lauten: Nein. Marc Trappendreher

Luxemburgensia

# Prostituierte, Mörder und Taxifahrer

Claire Schmartz

Berlin, 2018: Am Flughafen Tegel geht eine Bombe hoch. Der Anschlag ist der erste einer mörderischen Reihe, die auf die Stadt niedergeht. In dem Chaos kreuzen sich die Existenzen von drei Figuren, zufällig und unauflöslich. Leon, gerade mit einem eigenen, düsteren Plan in Berlin gelandet, stirbt an seinen Verletzungen, und Eduard ergreift die Gelegenheit beim Schopf und schnappt sich dessen Papiere. Er selbst wollte die Stadt eigentlich verlassen, aber mit seiner neuen Identität kehrt er zurück ins Moloch Berlin. Auf den Spuren von Leon, von dem er eigentlich nur das Geld und den Namen will, recherchiert Eduard über seine neue Identität, liest ein Manuskript auf Leons Computer und vertieft sich

allmählich in dessen „Theorie der Kadaverisierung“, der zufolge alles vor die Hunde geht, unweigerlich und als einziger Zweck – Menschen, Beziehungen, die Gesellschaft. Er erfährt, dass Leons Leben nicht geradlinig verlief, sondern steil bergab führte. In Berlin sollte er Amelie treffen, eine Fotografin mit einem Hang zum Morbiden, die im *Darknet* unter dem Namen Proserpina nach der Erfüllung und Sublimierung ihrer Todessehnsucht sucht ...

Der Autor Fernand M. Gueff greift in seinem neuen Roman typische Themen vorherigen Texte auf: Die brodelnde Großstadt wird zum Begegnungsort von Figuren, deren Werdegang und Handlungen

von Hoffnungslosigkeit und Widerstand, Hass und Wissensdrang gezeichnet sind. Für sie scheint der Weg allein und unweigerlich ins Extreme, in die Perversion zu führen. Wie in *Ich kann nur am Anfang oder am Ende der Welt leben* (Passagen Verlag 2013) löst die Lektüre von mysteriösen, geheimen Aufzeichnungen bei einem der Protagonisten eine zerstörerische Abwärtsspirale aus. Und auch das erzählte, zeitgenössische Berlin selbst steht kurz vor dem Absturz: Nachrichten von Anschlägen peitschen durch die Stadt, der Tod und das Verkommene sind allgegenwärtig. Die Großstadt, der Gegenentwurf zu einer Welt, die „eine Mischung aus Dorf und Land, aus Kleinstadt und Träumen“ (14) ist, in die Eduard aufgewachsen ist, wird zum Schmelztiegel des Bösen und Verdorbenen, wo ein Cocktail aus Prostituierten, Mördern und Taxifahrern in abgrundtiefer Wertelosigkeit und Todessehnsucht köchelt. Es sind gute Zutaten, die der Roman aufdeckt – interessante Figuren mit dunklen und einzelgängerischen Leben und abseitige, deviante Themen. Die Figuren feiern – 100 Jahre nach Freud – den Todestrieb als revolutionäre Freiheit, als neues Maß, das Gut und Schlecht, Richtig und Falsch aushebelt.

Durch die rasanten Perspektivwechsel, die Rückblenden, die Schnipsel des Abscheulichen, werden die psychischen Abgründe der Figuren deutlich. Ihr bisheriges Leben ist eine Antürmung des Bösen, scharf und krass wie in Sibylle Bergs *Ein paar Leute suchen das Glück und lachen sich tot*, doch trotz der Rasanz und Absonderlichkeit bleiben die Figuren programmatisch. Eduard vertieft sich zunehmend in die dunkle Welt von Leon. Amelies innere Verzweiflung wird in ihren Überlegungen zur Vergänglichkeit und zur Fotografie klar. Jede neue Figur, so schrecklich-schauerlich und einzigartig sie ist, jede Begegnung führt jedoch vor allem zu einer weiteren Exposition statt zur Handlung.

## Es sind gute Zutaten, die der Roman aufdeckt – interessante Figuren mit dunklen und einzelgängerischen Leben

In *Ausnahmezustand* fehlt es an Aktion, die mit dem von den Figuren empfundenen Schrecken mithalten könnte. Es ist der Rhythmus, der Perspektivwechsel, der Geschwindigkeit vorgibt, nicht die Attentate, nicht die Handlung. Dabei scheint Terror in dieser angstgepeitschten Gegenwart eine reale Gefahr zu sein. Doch die Bedrohung bleibt schattenhaft, *sine causa*, grummelt im Text atmosphärisch vage im Hintergrund, wird nicht erklärt und bleibt im Endeffekt dadurch unwichtig für die Protagonisten. Ein Kunstgriff vielleicht, der sie jedoch aus dieser erzählten Welt herauslöst und ihre Figuration ausstellt. Und so bleiben die Hauptschauplätze isoliert, oft nur Orte der Reflektion und Introspektion, statt der Begegnung (wie z.B. Eduards Hotelzimmer).

Es ist eine traurige, skrupellose Welt, die sich in diesem finsternen Buch zwischen Thriller und Wertekrise entfaltet, erstaunlich böse und bemerkenswert verkommen. *Ausnahmezustand* ist kein wirklich rundes Werk, dafür fehlt es an Handlung. Aber der Roman besticht durch die messerscharfe Sezierung seiner Figuren, die innerste Abgründe freilegt.

**Fernand M. Gueff: *Ausnahmezustand*. Roman. Passagen Verlag 198 Seiten. 22,60 Euro.**



Der Friedhof der Namenlosen (Selbstmörderfriedhof) in Berlin



# STIL

## Revoir son éducation

Salomé Jeko

C'est mon amie institutrice qui me l'a fait remarquer, alors que je venais de reprendre mon enfant, avec une de ces phrases si caractéristiques des mamans un peu pénibles dites souvent par automatisme, de ce ton trop moralisateur que j'essaie pourtant si fort de ne pas adopter. J'étais donc au beau milieu d'un parc, en train de sermonner mon fils, tout en haut du toboggan, lui criant de ne pas le remonter à l'envers, lorsque celui-ci, feignant de ne pas m'entendre, m'a hurlé en retour un « Quoi ? » plein d'indifférence, voire d'insolence. Un « quoi » auquel j'ai répliqué – et nous y sommes – par ce sempiternel « On ne dit pas quoi, on dit pardon » de maman bien gavante.

C'est en retournant auprès de mon Aperol Spritz et de mon amie que cette dernière m'a demandé, de son ton de maîtresse d'école bien gavant lui aussi : « Pourquoi pardon ? Pourquoi lui demander de s'excuser sous prétexte qu'il ne t'a pas entendu ? ». Ah ben oui, vu comme ça... Mince alors. C'est vrai ça, le pardon c'est pour se repentir d'une grosse bêtise, pour dire les regrets, pour demander la rémission d'une faute. Et voilà. Trois ans que je lui demande dire « pardon » pour rien. Trois ans d'éducation à refaire. Et ce n'est pas faute d'avoir lu et relu « Les cinq piliers de l'éducation positive » et le très promoteur « Cools parents make happy kids » pendant ma grossesse. Imaginez donc ma culpabilité de faire ainsi culpabiliser mon enfant pour rien, culpabilité renforcée par l'arrivée de notre seconde tournée de boissons orangées à table, à l'heure où le soleil était selon moi encore un peu trop haut dans le ciel pour ça.

Bref, cette phrase m'a travaillée. Parce que si l'on y réfléchit, force est de constater que « pardon » est davantage devenu un tic langagier qu'une sincère forme de regret. Des excuses, on en distribue à tire-larigot. « Excusez-moi de vous déranger » quand on veut parler à quelqu'un au téléphone, « Excusez-moi est-ce que je pourrais commander » quand on est au restaurant, « pardon » mais je n'ai que ma carte pour payer, « pardon » je suis trop fatiguée pour sortir ce soir, « désolée » mais je voudrais poser des congés et j'en passe... Ces situations justifient-elles l'usage d'excuses ? Non. La majeure partie du temps, très peu de circonstances réelles ne requièrent le besoin d'être pardonné. Parmi ces emplois excessifs du pardon, on distinguera ainsi l'excuse réfléchie, destinée à anticiper un éventuel mécontentement, l'excuse qui impose un état de fait, qui ne se discute pas, l'excuse sarcastique qui n'excuse en réalité rien du tout et qui aurait plutôt tendance à jeter de l'huile sur le feu...



« Pourquoi pardon ? Pourquoi lui demander de s'excuser sous prétexte qu'il ne t'a pas entendu ? »

Et puis finalement, tout en bout de course, les véritables excuses. Les seules qui devraient être. Celles que l'on exprime du fond du cœur, quand on a pris conscience d'avoir réellement blessé quelqu'un. Celles que l'on dit parce qu'on ne peut rien effacer mais qu'on voudrait consoler. Celles que l'on formule parce qu'on réalise les conséquences de nos actes sur les sentiments de l'autre, et que l'autre nous importe. Celles qui sont destinées à apaiser et aussi un peu à nous soulager. Celles qui se finissent par une accolade rassurante ou par un câlin torride. Celles qui sont belles parce qu'elles sont

rare, élégantes et fondées. Ces vraies excuses qui ne sont pas synonymes de faiblesse, mais qui prouvent que l'on valorise davantage l'autre que notre ego. J'en ai conclu que c'était plutôt cet usage-là du pardon que j'avais envie d'inculquer à mon fils.

Depuis cet épisode du parc, je lui ai donc expliqué qu'on allait garder ce joli mot pour de vraies occasions. Et j'en ai profité pour revoir mes principes d'éducation. S'il ne dira désormais plus « Quoi ? », mais « Comment ? », il pourra aussi remonter le toboggan à l'envers cet été, au

grand dam de toutes ces mamans qui vont râler. Car moi j'ai décidé qu'il était temps d'arrêter de me, et de le, gaver. Parce que remonter le toboggan à l'envers, c'est comme boire des Spritz avant l'heure autorisée : ça fait du bien et basta. Alors stop à la culpabilité quotidienne et inutile qu'on s'impose tous, stop aux pardons qui ne veulent rien dire, aux règles toutes faites et à tous ces principes de vie sortis de je ne sais où que l'on ne remet jamais en question. Après tout, c'est les vacances, et peu importe les menaces qui planent sur cet été, moi, désolée, mais j'ai vraiment décidé d'en profiter.

### L'endroit

Le local baigne dans son jus comme au temps où il fut créé, avec ses boiseries et son énorme pompe à bière d'époque derrière le bar. On ne va pas à la **Mousel's Cantine** pour se vautrer dans le contemporain, ni au niveau déco, ni à celui de l'assiette. D'ailleurs, ce sont beaucoup de visiteurs étrangers qui s'y ruent, curieux de connaître ce que la cuisine luxembourgeoise propose de plus traditionnel. Depuis le confinement, un nouveau vent y souffle pourtant, qui pourrait être bénéfique au lieu en rendant curieux tous ceux qui, certes aiment la cuisine ancienne, mais aiment quand on lui apporte une nouvelle touche par ci, un autre goût par-là. Ce qui est entrain de se produire grâce à la nouvelle jeune Cheffe importée de Bourgogne. Emeline Niot n'est pas totalement néophyte en matière de spécialités culinaires autochtones, car elle a fait un passage chez Oberweis avant de reprendre la direction des cuisines au bas de la montée de Clausen. Devant les fours de la Cantine elle peut se laisser à de nouvelles aventures, et on voit à la fraîche présentation des assiettes qu'un effort d'adaptation est fait pour un brin de modernité en plus. Si vous commencez par l'os à moelle, vous serez déjà à moitié convaincus, et vous constatarez que votre *Judd mat Gardebounen* n'a jamais été aussi tendre car cuit à basse température. Si la plupart des plats ne connaissent que de toutes petites modifications, la vraie surprise réside dans le dessert composé de ... *Kniddelen* au caramel beurre salé et flambées au cognac. Tentez l'essai. Vous reviendrez pour en reprendre. GD

### L'endroit

Végans et végétariens, c'est par ici que ça se passe. Dans la rue de Strasbourg, un peu plus bas que la place du même nom, un petit local bien sympathique vient d'ouvrir. On vous y propose des spécialités sans viande, préparées avec soin et que vous pouvez déguster sur place ou emmener chez vous. Certes, le **Green Olive** (photo : GD) commet de temps à autre une petite incartade en proposant un seul plat au poulet, que l'on pourra cacher sous son riz nature ou préparé. Les mets sont proposés dans divers comptoirs-vitrines, et vont de celui des sauces et riz à celui du baklava sucré, en passant par les feuilletés, briques et autres rouleaux fromage-menthe, ainsi que diverses salades. Dans celui des fraîcheurs, difficile de choisir, tellement la variation est riche. Mais il y a de la place sur les assiettes ou dans les cartons à emporter pour mélanger des petites portions de délicieux humus, lentilles, choux rouge râpé, betteraves citronnées, j'en passe et des meilleures. Au fin fond du local on trouve des boissons (pas d'alcool) et quelques produits d'épicerie. En devanture vous serez séduits par l'offre du lieu, qui propose sur son tableau, du lundi au samedi de 11h à 21h, un menu « salades fraîches » au prix de 4,50€ les 250 gr, allant jusqu'à 10,50€ le kilo. Une offre difficile à toper. La livraison maison se fait via [wedely.lu](http://wedely.lu) GD



### d'Land méi mobil

Désormais, les abonnés peuvent lire le Lëtzebuerger Land sur leurs iPad et iPhone, ainsi que sur leurs portables et tablettes pourvus du système d'exploitation Android. Il suffit de télécharger l'application dans l'App Store de Apple ou dans le Play Store de Google.

[www.land.lu](http://www.land.lu)

